



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | *Vormerken!* 10. März 2016 | TECHNIK | PRAXIS



Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags - v. l.: Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Bernd Buckenhofer, Vorsitzender Dr. Ulrich Maly und Pressesprecher Dr. Achim Sing.

Einladung der GZ: 1. Bayerisches InfrastrukturForum

Die kommunale Infrastruktur im Freistaat steht vor sehr großen finanziellen, technischen und rechtlichen Herausforderungen. Insbesondere Schwerpunkte wie Kommunaler Hoch- und Tiefbau, Verkehrs- und Leitungsinfrastruktur sowie so genannte weiche Standortfaktoren und deren optimale Finanzierung müssen beleuchtet werden. Letztlich ist es Aufgabe der kommunalen Entscheidungsträger, hierfür die jeweils optimale Lösung zu finden und damit zur Stärkung der eigenen Region und des Wirtschaftsstandortes Bayern allgemein beizutragen.

Auf dem 1. Bayerischen InfrastrukturForum am 10. März 2016 finden die verantwortlichen Repräsentanten aus Bayerns Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken die exakt auf ihren Bedarf zugeschnittenen Lösungsangebote. Hochkarätige Referenten diskutieren mit den Gästen ihre jeweiligen Fachgebiete.

Die Tagung findet in den Räumen des Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V. in der Landeshauptstadt München statt.

Weitere Infos unter www.bayerisches-infrastrukturforum.de
 Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung.

Dr. Franz Dirnberger im GZ-Interview:

„Die Flüchtlingskrise hält uns in Atem“

100-Tage-Bilanz des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds des Bayerischen Gemeindetags

Im November 2015 fiel der Startschuss für die neue Geschäftsführung des Bayerischen Gemeindetags. Dr. Franz Dirnberger hat als Geschäftsführendes Präsidialmitglied zusammen mit Dr. Juliane Thimet und Hans-Peter Mayer als seinen Stellvertretern die Führung der Verbandsgeschäftsstelle in München übernommen - Zeit, eine erste 100-Tage-Bilanz zu ziehen. Welche Aufgaben nun aktuell auf ihn zukommen und welche Weichen in diesen spannenden Zeiten gestellt werden müssen, darüber informierte Dr. Dirnberger im Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung.

GZ: Herr Dr. Dirnberger, als langjähriger Referent in der Geschäftsstelle sind Sie mit der Verbandsarbeit bestens vertraut. Wie sehen die Themenschwerpunkte in Ihrer neuen Funktion aus?

Dr. Dirnberger: Hier hat sich inhaltlich natürlich einiges verschoben. Ganz oben auf der kom-

munalen Kassen durch. Der Bund muss die Kommunen entlasten, sonst drohen langfristige Risiken für kommunale Haushalte. Integrationskosten dürfen nicht kommunalisiert werden – etwa die Grundsicherung für Arbeitsuchende und die Kosten der Unterkunft.“

GZ: Die Unterbringung findet aber in der Kommune statt.

Dr. Dirnberger: In der Tat sind hier die Städte und Gemeinden gefragt. Sie müssen für entsprechende Unterkünfte sorgen und gegenüber der Bevölkerung Überzeugungsarbeit leisten. Unserer Erfahrung nach sind die meisten Bürgermeister bereit, mitzuhelfen. Fast alles funktioniert im Moment ohne Zwang.

GZ: Nun gibt es aber durchaus auch weniger positive Fälle, weshalb den Landratsämtern künftig eine gesetzliche Ermächtigung eingeräumt werden soll, ihren kreisangehörigen Ge-



Dr. Franz Dirnberger.

munalpolitischen Agenda steht aktuell die Bewältigung der hochbrisanten Flüchtlings- und Asylthematik. Zum Tagesgeschäft des Bayerischen Gemeindetags zählt jedoch die kontinuierliche Unterstützung seiner über 2.000 Mitglieder in allen kommunalpolitischen Fragestellungen.

GZ: Stichwort Flüchtlinge: Mit welchen Herausforderungen sehen Sie sich aktuell konfrontiert?

Dr. Dirnberger: Die Frage der Erstunterbringung stand und steht bis zu einem gewissen Grad immer noch im Mittelpunkt. Die Flüchtlinge kommen nach wie vor zahlreich nach Bayern und müssen versorgt werden. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern übernimmt der Freistaat die



In manchen Schulkantinen geht es um die Wurst - genauer gesagt um Schweineprodukte. Sollte sie aus Rücksicht auf Muslime nicht angeboten werden oder sollte sie im Gegenteil sogar verpflichtend auf den Tisch kommen? Manche vergessen in dieser Diskussion wie immer, dass jeder am besten nach seiner Fassung glücklich wird. S. 15

Bayerischer Städtetag zur Flüchtlingspolitik:

Nein zu „kommunalisierten“ Integrationskosten

Die Marschrichtung ist klar: Bund und Europäische Union müssen Perspektiven zur baldigen Reduzierung der Zuwanderung aufzeigen. Die Möglichkeiten der Kommunen sind begrenzt, sie sind an vielen Orten in Bayern nahezu überschritten. Wie der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, bei einer Pressekonferenz in München erläuterte, „müssen wir neben den Problemen bei der Erstaufnahme die langfristige Integration in den Blick nehmen, denn das entscheidet über das Zusammenleben in unseren Städten“.

Maly zufolge können Bayerns Kommunen Integration, jedoch funktioniere dies nicht zum Nulltarif. Kommunen erbrächten vielfältige Leistungen, die sich kurz- und langfristig in ihren Haushalten niederschlagen. Sie dürften nicht auf den Integrationskosten sitzen bleiben „und es darf nicht zur kalten Kommunalisierung der Integrationskosten kommen“.

Asylbewerbern und Flüchtlingen zu lösen. Dies gelinge aber nur, wenn auch Bund und Land zu ihrer finanziellen Verantwortung stehen. Sie müssten die Kosten erstatten, die bei Kommunen für Asyl, Flüchtlinge und Integration anfallen.

Für Kinder und Jugendliche

sind Kitas und Schulen die erste Integrationsinstanz, so der der Verbandsvorsitzende. Kommunen müssten zur Schaffung von zusätzlichen Kindertagesplätzen mehr Mittel erhalten; bei den Schulen sei der Freistaat gemeinsam mit den Kommunen gefordert. Für Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit, Sprachkurse, Integrationsangebote und Berufsbildung müssten seitens der Kommunen Gelder aufgewendet werden; dies bedeute einen zusätzlichen Personalaufwand in Kindertagesstätten, Schulen, Jugendämtern und Sozialämtern.

Maly: „Personalkosten für Jobcenter, Kosten der Unterkunft und Hartz IV-Leistungen für anerkannte Flüchtlinge und Asylbewerber schlagen auf die

Mehr Geld vom Bund nötig

Unterdessen haben auch Finanzminister Markus Söder und sein nordrhein-westfälischer Amtskollege Norbert Walter-Borjans deutlich mehr Geld vom Bund gefordert. „Angesichts der alleinigen Zuständigkeit für die Zuwanderungspolitik kommt der Bund mit seiner Ausgabenbeteiligung seiner finanziellen Verantwortung nur unzureichend nach“, heißt es in einem Brief der beiden Politiker an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Konkret fordern die beiden Minister, Berlin müsse seinen Finanzierungsanteil auf mindestens 50 Prozent der tatsächlichen Kosten aufstocken. Derzeit sei der Anteil

20 Jahre Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Bayern:

Erfolgreich gegen alle Widerstände

Festakt im Landtag mit zahlreicher Politprominenz

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gehören in Bayern seit 20 Jahren zum Alltag in den Kommunen. Entgegen aller damaligen Befürchtungen wurde der vom „Verein Mehr Demokratie e.V.“ initiierte Volksentscheid ein großer Erfolg und verschaffte den Bayern ein wirksames demokratisches Mittel, um im politischen Prozess mitzuentcheiden. Das 20-jährige Jubiläum dieses plebiszitären Elements wurde nun im Landtag im Rahmen eines Festakts mit knapp 300 Gästen gebührend gefeiert.

Die Möglichkeit der Beteiligung und Mitwirkung auf kommunaler Ebene wurde und wird weiterhin sehr gut genutzt. Seitdem das Gesetz zum Bürgerentscheid am 1.11.1995 in Kraft getreten ist, kam es in Bayern zu 2.676 Verfahren (Bürgerbegehren und Ratsreferenden), von denen 1.629 in einen Bürgerentscheid mündeten. Damit ist Bayern absoluter Spitzenreiter im bundesweiten Vergleich.

43 Prozent aller abgeschlossenen Verfahren waren erfolgreich im Sinne der Vorlage. Betrachtet man nur die Abstimmungen, waren von den durch Bürgerbegehren ausgelösten Bürgerentscheiden 48,3 Prozent erfolgreich. Des Weiteren scheiterten 7,9 Prozent der Bürgerentscheide am 1. April 1999 eingeführten Abstimmungsquorum, d.h. sie erhielten zwar die Mehrheit der Stimmen, konnten das geforderte Quorum aber

nicht überspringen. Durchschnittlich beteiligten sich 52,2 Prozent der Abstimmungsberechtigten an den Abstimmungen der vergangenen 20 Jahre. Zur Auswertung wurden 1.612 Bürgerentscheide von 1995 bis 2015 herangezogen.

Aktives Oberbayern

Die meisten Verfahren wurden in Oberbayern eingeleitet, die engagiertesten Städte waren Augsburg, München, Regensburg und Passau. Die meisten Abstimmungen gab es in Landsberg am Lech (15 Bürgerentscheide), Coburg (14 Bürgerentscheide) und Oberammergau (12 Bürgerentscheide).

Durchschnittlich erlebt eine bayerische Gemeinde alle 16 Jahre ein Bürgerbegehren oder ein Ratsreferendum, ein Landkreis alle 23 Jahre. Damit liegt Bayern (Fortsetzung auf Seite 4)

Finanzielle Verantwortung

Nach Darstellung des Städtetagschefs sind Kommunen dabei behilflich, das gesamtgesellschaftliche Problem der Zuwanderung und der Integration von

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bundes-SGK: Kommunale Rolle in der Pflege stärken	Seite ... 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Gelebte aktive Bürgergesellschaft	... 3
Bayerns Tourismus: Boom von Rekord zu Rekord	... 3
GZ-Fachthemen: Kommunale Infrastruktur	... 5-7
EDV · IT	... 7-11
Kommunikationstechnologie · Breitband	... 8-9
Technik für die Kommunalverwaltung	... 12
Umwelt	... 12
Fachliteratur	... 13
Aus den bayerischen Kommunen	... 13-16

Klausurtagung der SPD-Finanzexperten:

Mehr Finanzmittel für Bayerns Kommunen!

Die finanzielle Ausstattung von Bayerns Kommunen erweitern, mehr Handhabungsmöglichkeiten für Gemeinden und Landkreise beim sozialen Wohnungsbau und die bayerische Steuerverwaltung stärken. Dies sind die drei Hauptforderungen der fünf SPD-Haushaltspolitiker, die sie auf einer Klausurtagung im Mühldorfer Rathaus stellten. Damit bestätigt und konkretisiert die Landtags-SPD ihre kommunalpolitische Haltung, die sie bereits im vergangenen Jahr in der Haushaltsdebatte zum Nachtragsetat 2016 dargelegt hatte. Damals hatte Günther Knoblauch die zu geringe Berücksichtigung der Kommunen bemängelt und eine Milliarde Euro mehr im Wege des Finanzausgleichs für diese gefordert.

Im Einzelnen geht es zunächst um eine Sonderpauschale von 70 Millionen Euro für kommunale Kosten durch Asylbewerber und Flüchtlinge. Hierbei beziehen sich die Haushaltspolitiker auf eine Umfrage des Bayerischen Städtetags unter 25 kreisfreien Städten, wonach diesen bis Oktober 2015 durch die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen 66,1 Millionen Euro Mehrkosten entstanden seien. In diesem Zusammenhang seien letztes Jahr 847,54 Stellen neu geschaffen sowie in 2016 596,95 neue Stellen geplant. Das verdeutliche, dass es über die Kostenerstattung für Unterkunft und Verpflegung durch den Freistaat hinaus ganz erhebliche Mehrkosten für Bayerns Kommunen gebe. Diese müssten im Wege des kommunalen Finanzausgleichs durch die geforderte Sonderpauschale von 70 Millionen Euro jährlich erstattet werden.

Koordinationsstellen

Ein weiterer Punkt sind die von der Staatsregierung angekündigten 14 Standorte für Koordinationsstellen für ehrenamtliche Helfer im Asylbereich. Nach Meinung der SPD seien hier flächendeckend jedoch 96 Stellen erforderlich, die einen jährlichen Mittelbedarf von 2,87 Millionen Euro ausmachen. Für die Sanierung ihrer Bäder benötigten die Kommunen ca. 30 Millionen Euro. Dies alleine schon im Interesse des Schwimmunterrichts an den Schulen. Des Weiteren benötige man für dringende energetische Sanierungsmaßnahmen kommunaler Gebäude in den nächsten Jahren Finanzmittel von 30 Millionen Euro. Hierbei seien Bund

und Land gefordert. Schließlich sei ein kommunaler Entschuldungsfonds von 100 Millionen Euro vor allem für die Gemeinden im ländlichen Raum dringend notwendig.

Wohnungsbaugesellschaften

Die SPD-Haushaltsexperten halten den „Wohnungspakt Bayern“ der Staatsregierung hinsichtlich des sozialen Wohnungsbaus für unzureichend und widersprüchlich. Um der aktuellen Wohnungsnot und dem Bedarf an bezahlbarem Wohnraum gerecht zu werden, müssten Kommunen und Landkreise mehr Handhabungsmöglichkeiten erhalten. Dabei gehe es vor allem um den einfacheren Verkauf von staatlichen Grundstücken an Gemeinden, die Möglichkeit des sozialen Wohnungsbaus auch für Landkreise sowie die Stärkung kommunaler Wohnungsgesellschaften hierbei. Dies geschehe auch im Interesse der wirksamen Umsetzung des Wohnungspakts.

Abschließend fordern die SPD-Politiker die Einstellung von zusätzlich 1.000 Beamtinnen und Beamten in der Steuerverwaltung. Hier bestehe für die Staatsregierung dringender Handlungsbedarf, zumal derzeit ca. 1.500 Stellen bei den Finanzämtern nicht mit Steuerbeamten besetzt seien. Aufgrund dieser Personalausstattung bilde Bayern im Ländervergleich das Schlusslicht. Daher müssten unverzüglich mindestens 1.000 Steuerbeamte neu eingestellt werden. So könnte der bayerische Staatshaushalt jährlich rund 250 Millionen Euro Mehreinnahmen verbuchen.

Zur Verbesserung der Personalsituation müssten auch die Ausbil-

dungskapazitäten erweitert werden, d. h. 20 zusätzliche Dozentenstellen im Bereich Finanzen an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Herrsching, am Studienort Kaufbeuren sowie an der Landesfinanzschule in Ansbach. Schließlich seien zusätzlich ca. 500 Stellen für Anwärterinnen und Anwärter im Stellenplan erforderlich. Dadurch könne man die künftigen Altersabgänge ausgleichen und

Positionspapier der Bundes-SGK:

Kommunale Rolle in der Pflege stärken

Die Kommunen leisten vielfältige Beiträge, um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden, Pflegeleistungen und -strukturen mit zu organisieren und im Bedürftigkeitsfall im Rahmen der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe Sachleistungen zu erbringen und mit zu finanzieren. Seit der Einführung der Pflegeversicherung 1995, die mehr als eine Halbierung der Aufwendungen der Träger der Sozialhilfe mit sich brachte, sind die Aufwendungen für die Hilfe zur Pflege regelmäßig weiter gestiegen. „Der Demografische Wandel und fehlende Vermögen zukünftig älter werdender Jahrgänge werden diesen Trend weiter verstärken“, heißt es in einem aktuellen Positionspapier, beschlossen vom Vorstand der Bundes-SGK.

„Zugleich“, so der Hinweis, „werden die Kommunen noch stärker als bisher mit eigenen Einrichtungen, in der Beratung, als Dienstleister und als Unterstützer tätig sein. Sie wirken präventiv, wenn sie in einer sozialraumbezogenen Planung die Rahmenbedingungen des Lebens in den Quartieren und Ortsteilen so mitgestalten, dass ein Leben zu Hause so lange wie möglich für die alternde Bevölkerung ermöglicht wird. Dort wo der Markt keine ausreichenden Angebote macht, werden die Kommunen eigene Einrichtungen und Dienste als kommunale Daseinsvorsorge anbieten müssen.“ Insofern sei eine sozialräumliche Pflegestrukturplanung mit eigenen Durchsetzungsmöglichkeiten erforderlich. Neben dem einschlägigen Landesrecht gelte es, auch im Bundesrecht entsprechende Rahmenvorgaben zu schaffen.

Kommunales Initiativrecht

Nach Verabschiedung des Pflegegestärkungsgesetzes II durch den Deutschen Bundestag bleibt laut Bundes-SGK die Kritik vieler Verbände und Bundesländer bestehen, „dass dieses Gesetzgebungsverfahren nicht dazu genutzt wurde, die Vereinbarungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Stärkung der Rolle der Kommunen in der Pflege mit aufzunehmen“. Dieses betreffe aus sozialdemokratischer Sicht nicht nur die „Modellkommunen Pflege“, sondern auch weitere Rechte der Kommunen im Hinblick auf die verpflichtende Bereitstellung von geeigneten vergleichbaren kleinräumigen Daten durch die Träger der Pflegeversicherung oder ein kommunales Initiativrecht für die Gründung von Pflegestützpunkten. Die Bundesregierung habe in diesem Zusammenhang auf ein weiteres Gesetzgebungsverfahren (PSG III) verwiesen.

Grundsätzlich begrüßt die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik das Pflegegestärkungsgesetz II mit der Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes. Die Miteinbeziehung dementieller Erkrankungen in den Leistungsbereich der Pflegeversicherung entsprechen den Ansprüchen an soziale Gerechtigkeit. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff, der ab dem 1. Januar 2017 gelten soll, müsse

den Personalkörper in den Finanzämtern dauerhaft und nachhaltig stärken.

Wohnungsnot

Unterdessen hat der Präsident des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) Bund und Land aufgefordert, den Kommunen die Kosten für Asyl, Flüchtlinge und Integration zu erstatten. „Bayerns Kommunen können Integration, aber dies funktioniert nicht zum Nulltarif“, erklärte Maly. Auch müsse man alle Mittel und Kräfte zur Linderung der Wohnungsnot mobilisieren. Darüber hinaus müssten die Europäische Union und der Bund Perspektiven zur baldigen Reduzierung der Zuwanderung aufzeigen. **rm**

Bayern vorbildlich bei Energieeinsparung

Innenminister Herrmann veröffentlicht 7. Energiebericht

Mit dem seit 2008 laufenden Sonderprogramm zur energetischen Sanierung staatlicher Gebäude ist Bayern Vorbild und Vorreiter bei der Energieeinsparung. Dies erklärte Innen- und Bauminister Joachim Herrmann anlässlich der Veröffentlichung des 7. Energieberichts der Bayerischen Hochbauverwaltung.

Als Eckpunkt nannte der Minister die energetische Sanierung von bisher 680 staatlichen Gebäuden, wodurch ca. 1,3 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden konnten. Seit Beginn des Sonderprogramms habe der Freistaat hier insgesamt 240 Millionen Euro zusätzlich investiert. Es gelte die Devise

nicht gebrauchte Energie müsse auch nicht erzeugt werden.

In Bayern würden seit 2011 neue Verwaltungsgebäude und ausgewählte Sondergebäude im Passivhausstandard errichtet, erläuterte Herrmann weiter. Davon seien 31 staatliche Gebäude betroffen, von denen bereits zwölf fertiggestellt sind. Beispielsweise nannte er die Erweiterung des Maximilianeums, den Neubau eines Unterkunftsgebäudes an der FH Herrsching sowie die Errichtung der Polizeidienststellen in Nürnberg Süd und Grafenau.

Die Palette zum energieeffizienten Bauen und Betreiben staatlicher Gebäude sei vielfältig. Sie reiche vom Einsatz geeigneter LED-Beleuchtung bis zum Einbau innovativer Heizanlagen. Als großen Erfolg bezeichnete der Bauminister die „Contracting-Initiative Bayern“. Dabei werde bei verschiedenen Modellen öffentlich-privater Partnerschaften durch Modernisierungsmaßnahmen an bereits bestehenden Gebäuden Energie ohne zusätzliche Haushaltsmittel eingespart. **rm**

Da hoffen wir auf das Gesetzgebungsverfahren.“

Mit Blick auf den vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzentwurf zum Energiewirtschaftsgesetz erklärten der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, der Beigeordnete des Deutschen Landkreistages, Dr. Kay Ruge, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg sowie die Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Katherina Reiche: „Unklare gesetzliche Vorgaben und viele obergerichtliche Urteile haben in den vergangenen Jahren zu Rechtsunsicherheiten bei der Konzessionsvergabe geführt. Im Ergebnis kostet das Zeit und Geld. Der heute vom Bundeskabinett beschlossene Gesetzentwurf ist ein wichtiger Schritt, den Kommunen mehr Rechtssicherheit zu verschaffen.“

Der Gesetzentwurf greift eine Reihe zentraler kommunaler Forderungen auf. So enthält er erstmalig Vorgaben zum Netzaufpreis und zum Umfang der notwendigen Informationen, die der Alt- dem Neukonzessionär übermitteln muss. Die Gewährleistung einer Weiterzahlung der Konzessionsabgabe bei Rechtsstreitigkeiten ist ein weiterer wichtiger Punkt. Bei den zulässigen Kriterien der Konzessionsvergabe sind zudem nun auch kommunale Belange aufgeführt, was die kommunalen Spitzenverbände und der VKU positiv bewerten.

Sie alle fordern im Sinne einer effektiveren Energiepolitik bereits seit Jahren gesetzliche Anpassungen. Ihrer Ansicht nach bedürften die jetzt vorgesehenen Neuregelungen allerdings weiterer Verbesserungen. So sollten die lokalen und regionalen Gegebenheiten noch stärker bei der Netzvergabe berücksichtigt werden können. Insbesondere dürfe es nicht zu einer nachrangigen Berücksichtigung örtlicher Angelegenheiten bei der Konzessionsvergabe kommen. Klimaschutz- und energiepolitische Konzepte sollten mit dem neuen Konzessionär vereinbart werden können und das Vergabeverfahren durch die Einschaltung der neutralen Vergabekammern für alle Seiten rechtssicherer gestaltet werden. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Daferner
84543 Winhöring
am 4.3.

Bürgermeister Eberhard Jehle
87497 Wertach
am 7.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Ingrid Pongratz
83714 Miesbach
am 25.2.

Bürgermeister Franz Xaver Sanftl
83544 Albaching
am 28.2.

Bürgermeister Hubert Kroiß
82393 Iffeldorf
am 28.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Luise Hausberger
84171 Baierbach
am 1.3.

Bürgermeister Thomas Einwang
84428 Buchbach
am 5.3.

Bürgermeister Oswald Siebenhaar
91094 Langensendelbach
am 25.2.

Bürgermeister Alfred Stier
95671 Bärnau
am 26.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Frank Stumpf
95119 Naila
am 1.3.

Bürgermeister Rolf Rosenbauer
96253 Untersiemau
am 2.3.

Bürgermeister Knut Morgenroth
96274 Schneckenlohe
am 5.3.

Bürgermeister Jürgen Sommer
93093 Donaustauf
am 6.3.

Bürgermeister Jürgen Lippert
97737 Gemünden a. Main
am 8.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister Joachim Wolbergs
93047 Regensburg
am 2.3.

Bürgermeister Stefan Fadinger
83674 Gailbach
am 7.3.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Gründl
83670 Bad Heilbrunn
am 27.2.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bayerns Tourismus boomt:

Von Rekord zu Rekord

Möglichst viele Urlaubs- und Freizeit-Attraktionen im Freistaat sollen barrierefrei zugänglich werden

Auch 2015 hat dem bayerischen Tourismus wieder ein Rekordjahr mit Bestmarken bei Gästeankünften und Übernachtungen beschert. Nach den Erfolgsjahren 2012, 2013 und 2014 ist es bereits das vierte Rekordjahr in Folge. Ilse Aigner, Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, nannte bei der Präsentation der Ergebnisse den Tourismus „ein starkes Stück bayerischer Wirtschaft“. Der Bayerntourismus sei eine Boom- und Wachstumsbranche. Er befinde sich seit 2004 auf einem lang anhaltenden stabilen Wachstumskurs. „Bayern ist und bleibt Tourismusland Nr. 1 in Deutschland“, verkündete die Ministerin nicht ohne Stolz. Sie sei sich sicher, dass auch das laufende Jahr ein gutes Tourismusjahr werde und die bisherige Bestmarke von nahezu 90 Millionen Gästeübernachtungen überschritten werde.

Im Berichtsjahr stieg die Zahl der Gästeankünfte um 5,4 Prozent auf 34,2 Millionen, die Zahl der Übernachtungen nahm um 3,4 Prozent auf 88,1 Millionen zu. Die Touristen gaben in Bayern circa 31 Milliarden Euro aus. Damit trug der Freistaat mit 18,5

bisher bestes Jahresergebnis eingefahren. In Ostbayern hat sich vor allem die Oberpfalz sehr positiv entwickelt mit den bisher besten Ergebnissen. Die Region Allgäu/Bayerisch-Schwaben konnte neue Rekorde feiern. Und auch in Oberbayern gab es

Gesetze und Verordnungen müssten endlich den heutigen Erfordernissen angepasst werden. Um den Trend zu Betriebsaufgaben – vor allem auf dem Land – zu stoppen, müsse das Arbeitszeitgesetz von einer täglichen auf eine wöchentliche Höchst Arbeitszeit umgestellt werden. Es gehe nicht um Mehr-Arbeit, sondern darum, Mitarbeiter flexibler einsetzen zu können.

Auslandsmärkte

Für den Bayerischen Heilbäderverband kritisierte Klaus Holetschek, dass sich Europa zu sehr in den Tourismus einmische. So akzeptiere die EU bei der Beihilfe-Vergabe nur hoheitliches Handeln und negiere private Aktivitäten. Auch wenn die Zahl der Kuren von einst 900.000 auf heute 54.000 zurückgegangen sei, komme dem Gesundheitstourismus eine große Bedeutung zu, vor allem wenn es dabei um einzigartige, ortsgebundene Heilmittel gehe. Derzeit ließen einige Heilbäder und Kurorte die Wirkung dieser Heilmittel wissenschaftliche untersuchen. Erschlossen werden sollen auch neue Auslandsmärkte. Im Blick hat man vor allem Länder wie Russland, die Arabischen Emirate und China. Bei Russland gilt es wettzumachen, dass 2015 die Zahl der Gäste von dort um ein Drittel auf gut 208.000 sank. Generell aber sei der Gesundheitstourismus ein Wachstumsmarkt, wie verschiedene Studien zeigten. Schon deshalb müsse der Beruf der Pflegekräfte, an denen heute großer Mangel herrsche, endlich aufgewertet werden.

Zusammen mit der „Bayern Tourismus Marketing GmbH (by.TM)“ will der Verband die Marke „Gesundes Bayern“ weiter entwickeln. Martin Spantig, by.TM-Geschäftsführer, nannte weitere Maßnahmen, mit denen der Tourismus in Bayern befördert werden soll. Großes Potenzial sieht er z.B. in Angeboten, die Auszeiten für Körper und Geist bieten. Stille und Sinnsuche sollen Luxus im Tourismus werden. Mit der Marke „stadezeiten“ sollen neue Zielgruppen angesprochen werden. Dabei arbeitet man mit den Kirchen zusammen.

Kriterium Barrierefreiheit

Eine ganz wichtige Rolle aber, und dies betonte Aigner besonders, spielen die Bemühungen, überall in Bayern nach und nach einen barrierefreien Zugang zu den Urlaubs- und Freizeitattraktionen zu schaffen, und zwar von der Ankunft entlang der gesamten Servicekette wieder bis zur Abreise. Gedacht ist dabei nicht nur an Behinderte, sondern auch an Menschen mit altersbedingten Einschränkungen. Auf diesem Wege seien 2015 große Fortschritte gemacht worden. Inzwischen sind folgende zehn Pilotregionen ausgewählt worden, deren Angebote kostenfrei lizenziert werden: Chiemsee-Alpenland, Oberstdorf, Fränkisches Seenland, Tourismusverband Naturpark Haßberge, Alpenregion Tegernsee-Schliersee, München, Arberland-Bayerischer Wald (Landkreis Regen), Nationalpark Bayerischer Wald und Nationalpark-Ferienland Bayerischer Wald (Landkreis Freyung-Grafenau).

Große Möglichkeiten sieht Spantig auch in der Pflege bayerischer Traditionen, was sich gut mit Genuss-Tourismus verbinden lassen. In diesem Zusammenhang



V. l.: Geschäftsführer der BAYERN TOURISMUS Marketing GmbH Dr. Martin Spantig, Vorsitzender des Tourismusverbandes Allgäu/Bayerisch-Schwaben und des Bayerischen Heilbäderverbandes Klaus Holetschek, Bayerns Wirtschafts- und Tourismusministerin Ilse Aigner, Präsident des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA Bayern Ulrich N. Brandl □

Prozent zur touristischen Wertschöpfung in Deutschland bei. Das Einkommen von rund 560.000 Einwohnern in Bayern hängt vollständig vom Tourismus ab. Hinzu kommen all jene, denen der Tourismus einen Zuerwerb bietet. Tourismuspolitik, so die Ministerin, sei zugleich Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die vor allem in der Fläche zum Tragen komme.

Wachstumsmotor

Besonders beliebt ist Bayern bei deutschen Gästen, denn 80 Prozent der Übernachtungen entfallen auf inländische Besucher. Aber das ausländische Interesse nimmt zu, denn 2015 legten die Ankünfte der Ausländer mit 7,6 Prozent und die Übernachtungen mit 6,0 Prozent deutliche stärker zu als die Inlandsnachfrage, die es bei den Übernachtungen mit einem Plus von 2,8 Prozent auf knapp 70,6 Millionen brachte. Bei den insgesamt rund 17,6 Millionen Auslandsübernachtungen führten die USA mit einem Anteil von 9,2 Prozent vor den Niederlanden (8,5 Prozent), der Schweiz (8,3 Prozent), Österreich (8,2 Prozent), Italien (7,1 Prozent), Großbritannien und Nordirland (6,1 Prozent), den Arabischen Golfstaaten (5,1 Prozent), China einschließlich Hongkong (4,2 Prozent), Frankreich (3,2 Prozent), Russland (2,9 Prozent) und schließlich Japan (2,1 Prozent).

Tourismus ist gleichermaßen ein Wachstumsmotor für Städte und den ländlichen Raum. Rund 72 Prozent aller Übernachtungen in Bayern finden nach wie vor in den Landkreisen statt. Dazu tragen insbesondere die Heilbäder bei, auf die ein gutes Viertel aller Übernachtungen im Freistaat entfällt.

Gut entwickelt haben sich alle vier bayerischen Tourismusregionen. Franken hat bei Ankünften und Übernachtungen sein

neue Bestmarken. Von den Ankünften entfielen gut 46 Prozent auf Oberbayern, bei den Übernachtungen 42,4 Prozent. Auf Platz 2 folgte Schwaben mit 14,4 Prozent bzw. 16,7 Prozent. Platz 3 erreichte bei den Ankünften Mittelfranken mit 11,3 Prozent, bei den Übernachtungen Niederbayern mit 13,2 Prozent.

Getragen wurde das Wachstum im Bayerntourismus durch „eine enorme Vielfalt der Angebote“, erläuterte Aigner die Entwicklung. So stellte der Städtetourismus mit 5,2 Prozent mehr Ankünften und 4,5 Prozent mehr Übernachtungen neue Bestmarken auf. Mit Wachstumsraten über dem bayerischen Durchschnitt wartete der Campingtourismus auf. Zulegen konnten auch die Hotellerie sowie die Vorsorge- und Reha-Kliniken. Als Wachstumsbereich zeigte sich der Gesundheitstourismus. Mit diesem Bereich will man international noch stärker punkten. Für den ländlichen Raum ist Urlaub auf dem Bauernhof ganz wichtig. An diesem Programm nehmen fast 5000 Betriebe teil, die es im Berichtsjahr auf gut 11 Millionen Übernachtungen brachten.

Mehr Engagement für den Ländlichen Raum

Neben der Ministerin kamen auch wieder Vertreter der Tourismusbranche zu Wort. Ulrich N. Brandl, Präsident des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA) monierte, dass bei der Tourismus-Förderung zuviel für die Städte und zuwenig für den ländlichen Raum getan werde. Er beklagte zuviel Bürokratie durch Verordnungen und Dokumentationen, unter denen vor allem kleine Familienbetriebe zu leiden hätten. Er nannte als Beispiel die „unsinnige“ Allergie-Kennzeichnung bei Speisen. Allergiker informierten sich bei Bedienung oder beim Koch. Jahrzehnte alte

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

das schreckliche Bahnunglück in Bad Aibling in den Morgenstunden des diesjährigen Faschingsdienstags hat uns alle tief bewegt. Uns wurde wieder einmal ungefiltert vor Augen geführt, was jedem von uns ohne Vorwarnung im scheinbar risikoarmen Alltag passieren kann.

Die CSU hat daraufhin ohne Zögern eine ihrer größten und wichtigsten politischen Kundgebungen, den politischen Aschermittwoch in Passau, zum allerersten Mal abgesagt. Andere Parteien haben sich daran angeschlossen. Dies war richtig so und ein wichtiges Zeichen des Respektes vor den unschuldigen Opfern und



uns, zur KPV und der Kommunalpolitik spannen. Unsere Rettungsorganisationen in den Landkreisen, Städten, Märkten und Gemeinden gehören seit jeher zu den Paradebeispielen einer gelebten aktiven Bürgergesellschaft. Tausende Stunden an Freizeit werden von den Mitgliedern Jahr für Jahr zum Zwecke der Ausbildungen und Übungen sowie für Prüfungen und Instandhaltungen der Gerätschaften aufgebracht - mit dem Ziel, „im Falle des Falles“ für andere da zu sein.

Als kommunale Mandatsträger unterstützen wir dieses Engagement ideell und vor allem auch finanziell. In Bayern gibt es kaum einen kommunalen Haushalt, der ohne eine Investition für den Bereich Sicherheit mit neuen Gerätschaften für die entsprechenden Organisationen bis hin zu Personalleistungen verabschiedet wird. Dass jeder Euro, jede Unterstützungsleistung und jede Arbeitsstunde und jede Wertschätzung hier gut angelegt sind, wurde uns wieder einmal mehr am Faschingsdienstag eindrucksvoll vor Augen geführt.

Apropos Euro: Als KPV setzen wir uns übrigens seit Jahren erfolgreich dafür ein, dass auch der Freistaat Bayern - neben der Aufrechterhaltung seiner leistungsfähigen Polizei - seine Zuwendungen für die ehrenamtlichen Rettungskräfte weiterhin beibehält bzw. ausbaut.

Völliges Unverständnis herrscht bei der KPV hinsichtlich des Umstandes, dass in den vergangenen Wochen vermehrt Helfer bei ihren Rettungseinsätzen gezielt behindert bzw. beleidigt oder sogar angegriffen wurden. Diese abartigen gesellschaftlichen Auswüchse müssen wir schon im Keim ersticken.

Summa summarum lässt sich festhalten: Natürlich hoffen wir alle, dass sich solche Unglücke wie die Bahnkollision in Bad Aibling nicht wiederholen. Doch sollte dennoch ein derartiges Ereignis erneut passieren, kann die kommunale Familie und die gesamte Bevölkerung sich darauf verlassen, dass es Menschen gibt, die schnell und kompetent Hilfe leisten.

Dafür lohnt es sich auch für uns als KPV mit ganzer Kraft zu arbeiten.

Ihr Stefan Rößle
KPV-Landesvorsitzender

Gelebte aktive Bürgergesellschaft

deren Angehörigen. Sowohl die Kommunalpolitische Vereinigung, als auch ich persönlich, unterstützen diese Entscheidung.

In den Begründungen sprachen die Parteien u. a. von einem Wir-Gefühl in Bayern, dem damit Rechnung getragen werden soll. Dies stimmt sogar in mehrfacher Weise. Denn dieses gelebte Miteinander im Freistaat wurde nicht nur hinsichtlich des Verzichts auf die Aschermittwochsveranstaltung dokumentiert, sondern hat sich auch bei einem anderen Aspekt im Zusammenhang mit dem tragischen Bahnunglück deutlich gezeigt: Wenige Minuten nach dem Zusammenstoß der Züge waren bereits zahlreiche Rettungskräfte im Einsatz vor Ort und haben unter schwierigsten Bedingungen den Verletzten geholfen. Insgesamt leisteten rund 700 Aktive von Feuerwehr, Polizei, Rotem Kreuz, Wasserwacht, Bergwacht, THW und anderen Organisationen an diesem Unglückstag hervorragende und hochprofessionelle Arbeit. Einige davon mussten wegen der extremen Belastung sogar selbst Betreuung in Anspruch nehmen. Diesen Menschen, die zum großen Teil ehrenamtlich ihren Dienst im Sinne der gesamten Bevölkerung verrichten, gilt unser ganz großer Dank.

Hier lässt sich dann auch leicht ein Bogen zu

soll heuer eine ganz große Rolle das Bayerische Reinheitsgebot für Bier spielen, das vor 500 Jahren erlassen wurde. Neben zahlreichen Veranstaltungen wird es dazu in Altersbach eine Landesausstellung geben.

Sich einstellen auf den Klimawandel

Der Schneemangel, so Holetschek, der auch dem Tourismusverband Allgäu vorsteht, sei für

die Region kein Problem gewesen. Die Betriebe hätten rechtzeitig in den Wellness- und Gesundheitsbereich investiert. Häuser mit Indoor-Angeboten hätten kaum Probleme, ergänzte Brandl. Viele Gäste seien einfach aufs Wandern umgestiegen. Vor dem Klima-Wandel sei ihm nicht bange. Man stelle sich darauf ein.

Die große Zahl der Flüchtlinge, so Aigner und die Verbandsvertreter auf Nachfrage, tangiere den Tourismus nicht. Die Ent-

wicklung werde in vernünftige Bahnen gelenkt, wenn der Zustrom begrenzt werde, die Angekommenen gleichmäßig aufs Land verteilt und den Menschen baldmöglichst Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten geboten würden. Bayern sei dafür gut gerüstet.

Wie sich die Dinge tatsächlich entwickeln, wird man wohl auf dem Bayerischen Tourismustag 2016 erfahren. Er findet im Herbst in Augsburg statt. dhg.

Krankenhäuser und Krankenkassen einigen sich auf Vergütung:

Planungssicherheit für 2016

Die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) und die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände in Bayern (ARGE) haben sich über die Vergütung der Krankenhausbehandlungen im Jahr 2016 geeinigt.

Der landesweite Basisfallwert steigt von bislang 3.255,50 Euro auf 3.312,00 Euro. Nach dem Basisfallwert rechnen in Bayern rund 330 Kliniken ab. Damit stehen für die stationäre Behandlung von rund drei Millionen Patienten in den Kliniken Bayerns über zehn Milliarden Euro zur Verfügung.

Nach einer außergewöhnlich schwierigen Verhandlungsrunde, die im November 2015 begann

und zwei Schiedsstellentermine unter der Leitung eines neutralen Schlichters beinhalten, gelang am 10. Februar der Durchbruch.

Den Kompromiss bezeichnen beide Seiten als „problematisch, aber gerade noch annehmbar“. Dass trotz unterschiedlicher Interessenlage sowie komplexer und oft strittiger Regelungen eine Einigung erzielt werden konnte, werten die BKG und Kranken-

kassen als Beleg für die funktionierende Selbstverwaltung im Krankenhausbereich in Bayern.

Die Kliniken müssen nun mit den Krankenkassen vor Ort vereinbaren, welche und wie viele stationäre Behandlungen sie im kommenden Jahr voraussichtlich erbringen und mit dem landesweiten Basisfallwert abrechnen werden.

Der landesweite Basisfallwert ist die Stellschraube für den größten Ausgabenposten der Krankenkassen. Auf Klinikseite entscheidet er über den weitaus größten Teil der Erlöse.

Im DRG-Vergütungssystem bestimmt er den Preis für eine Krankenhausbehandlung mit durchschnittlichem Aufwand. Je nach Schwierigkeitsgrad der Behandlung wird der Wert mit einem Faktor multipliziert, der dann den Rechnungsbetrag ergibt.

So beträgt zum Beispiel der Faktor für die komplikationslose Entbindung rund 0,5. Für einen schwerstverletzten Patienten mit wochenlangem Intensivbehandlung und Beatmung kann dieser Wert bis zu 60 betragen. □

8. Runde des Stadtmarketingpreises Bayern

Auch in diesem Jahr sucht die Bayerische Staatsregierung wieder kommunale Erfolgsgeschichten, um unter ihrer Schirmherrschaft die innovativsten City- und Marketingkonzepte bayerischer Städte bzw. Werbegemeinschaften mit dem Stadtmarketingpreis Bayern auszuzeichnen. Es gibt viele Möglichkeiten, sich für diesen Preis zu qualifizieren und von der publikumswirksamen Präsentation zu profitieren. Die Anmeldung muss bis 31. März 2016 erfolgen. Die feierliche Preisverleihung ist dann auf den 13. Juli terminiert.

Mehr Informationen unter: www.stadtmarketingpreis.de □

Nein zu „kommunalisierten“...

(Fortsetzung von Seite 1)
nicht einmal halb so hoch. Weiter fordern Söder und Walter-Borjans Unterstützung bei den Folgekosten der Zuwanderung, etwa bei Sozialleistungen wie Hartz IV.

Allein die erwarteten Mietkostenzuschüsse nach dem Auszug anerkannter Asylbewerber aus den Erstaufnahmeeinrichtungen dürften die bayerischen Kommunen laut Maly mit 170 bis 180 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich belasten. Allein in Nürnberg müssten für Flüchtlingskinder bereits Kita-Plätze im Umfang von drei neuen Kindertagesstätten sowie 120 Übergangs-Schulklassen geschaffen werden. Letzteres bedinge allein rund 100 Millionen Euro an Schulbaukosten, von denen nur ein Drittel bezuschusst werde.

Bislang sei der Freistaat weder bereit, die Jugendhilfekosten für junge Volljährige zu übernehmen, die als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Bayern gekommen sind noch willens, die gesamten Verwaltungs-

kosten entsprechend der Belastungen zu erstatten. Daran muss sich nach Auffassung des Bayerischen Städtetags dringend etwas ändern.

Zudem seien alle Mittel und Kräfte zu mobilisieren, um die Wohnungsnot zu lindern, fuhr Ulrich Maly fort. Dabei bezeichnete er den Wohnungspakt Bayern als wichtigen Schritt. Dieser will 28.000 neue staatlich finanzierte oder geförderte Mietwohnungen bis 2019 schaffen; hinzu kommt ein Sofortprogramm für die Schaffung von Übergangskapazitäten.

In der Praxis allerdings ist die Bereitstellung staatlicher Fördergelder für Kommunen, die selbst Wohnungen bauen wollen, noch ausbaufähig, meinte Maly. Exemplarisch nannte er die Stadt Landshut, die sich mit dem Bau neuer preiswerter Wohnungen habe engagieren wollen. Jedoch sei ihr von der Bezirksregierung Niederbayern aus haushaltsrechtlichen Gründen untersagt worden, die Mittel für die Kofi-

anzierung aufzunehmen. Andere Städte befürchteten nun ähnliches, wobei der Städtetagschef aber davon ausgeht, dass mit der Staatsregierung eine Lösung gefunden werden kann.

Tatsache sei: Können sich Bürger nicht selbst am Wohnungsmarkt versorgen, droht Obdachlosigkeit. Letztlich fällt das Problem der Wohnungssuchenden auf die kommunale Ebene. Maly: „Nachdem ein Asylbewerber anerkannt ist, muss er aus der Gemeinschaftsunterkunft ziehen und braucht eine Wohnung. Zuständig sind dann Städte und Gemeinden - die Aufgabe bleibt aber eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Die Unterbringung von hunderten Flüchtlingen ist eine Sondersituation: Der Freistaat darf die Kommunen nicht im Stich lassen. Die Wohnungsnot darf nicht allein auf die Schultern der Städte und Gemeinden geladen werden.“

Der Städtetagsvorsitzende wies auch darauf hin, dass Programme zur Wohnbauförderung sich nicht auf einzelne Personengruppen beschränken dürften, berge dies doch die Gefahr von Ghettoisierung. Stabile Quartiere funktionierten mit einer Mischung aller gesellschaftlichen Schichten. Dafür sei ein geordneter Städtebau nötig. Maly: „Es geht nicht nur darum, Flüchtlinge in Wohnungen trocken, warm und sauber unterzubringen. Wir müssen allen Menschen helfen, die günstige Wohnungen brauchen.“

Da es in vielen Städten kaum mehr freie Flächen gebe, müsse der Bund prüfen, ob die Auflagen zum Lärmschutz noch zeitgemäß sind, um Wohnraum etwa an Sportplätzen schaffen zu können. Zudem sei zu untersuchen, ob so mancher Standard - so wichtig er aus Sicht von Naturschutz oder Energieeinsparung auch sein mag - zumindest vorübergehend ausgesetzt oder gesenkt werden kann. Da es gelte, rasch Wohnungen zu bauen, müssten die Verfahren beschleunigt werden.

Um ein Scheitern der Flüchtlingspolitik zu vermeiden, hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterdessen einen Umbau der Verwaltungs- und Leistungsstrukturen in Deutschland gefordert. „Unsere Systeme sind nicht darauf ausgelegt, dass innerhalb eines Jahres über eine Million Menschen nach Deutschland kommen. Wie bei der Energiewende brauchen wir deshalb eine Neuausrichtung. Alle Gesetze und Vorschriften betreffend die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen sollten in einem Flüchtlings- oder Integrationsgesetzgebungsgebündelt werden“ äußerte DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg im Rahmen einer Pressekonferenz.

Im Hinblick auf die Verfahren vor Ort sollte in einem Flüchtlingsgesetzbuch unmissverständlich klargestellt werden, dass jemand, der aus einem sicheren Herkunftsland kommt, in der Erstaufnahmeeinrichtung bleiben und nach Ablehnung seines Asylantrags so schnell wie möglich ausreisen muss.

Für eine gelingende Integration sei in einem Flüchtlingsgesetzbuch eindeutig festzulegen, dass jeder verpflichtet ist, an einem Deutschkurs teilzunehmen und die Werteordnung des Grundgesetzes zu akzeptieren. Zudem sollte festgeschrieben werden, dass auch nach der Anerkennung als Asylbewerber eine zeitlich befristete Residenzpflicht gilt, um eine ausgewogene und intelligente Verteilung der Flüchtlinge zu gewährleisten, die auch die Perspektiven am Wohnungs- und Arbeitsmarkt berücksichtigt.

Ein eigener Abschnitt eines

Flüchtlingsgesetzbuches sollte die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge erfassen. Ein angepasstes Leistungsrecht sollte hier Anwendung finden und etwa der Spracherwerb und die berufliche Orientierung viel deutlicher in den Vordergrund gestellt werden.

Darüber hinaus muss Landsberg zufolge der notwendige Staatsumbau von einem langfristigen Finanzierungskonzept begleitet werden, damit die Städte und Gemeinden die Integrationsarbeit langfristig planen und umsetzen können. Die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen sei eine Gemeinschaftsaufgabe und sollte als solche auch im Grundgesetz in Artikel 91a verankert werden. „Durch diese Änderung würde gewährleistet, dass der Bund eine Mitverantwortung dafür trägt, dass im Bereich der Integration in ganz Deutschland ähnliche Standards herrschen und der Bund für mindestens die Hälfte der entstehenden Kosten aufkommt“, erläuterte Landsberg. **DK**

Broschüre des Bayerischen Städtetags:

Grundbegriffe des sozialen Wohnungsbaus

Städte und Gemeinden wollen preiswerten Wohnraum schaffen und erhalten: Das ist aktuell eine der großen Herausforderungen für Kommunalpolitiker. Mit der Broschüre „Grundbegriffe des sozialen Wohnungsbaus“ unterstützt der Bayerische Städtetag seine Mitglieder bei diesem wichtigen Thema, um einen Einstieg zu geben und einen Überblick zu vermitteln.

Wie das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags Bernd Buckenhofer vor der Presse betonte, erkläre die Broschüre kompakt auf 35 Seiten das komplexe Regelwerk und die grundlegenden Begriffe rund um den geförderten Wohnungsbau. Dies reiche von AOF (aufwendungsorientierte Förderung) und Baulandumlegung bis zu EnEV (Energieeinsparverordnung) und Kappungsgrenzenesenkungsverordnung. Damit bringe die Publikation die vielen Aspekte eines Zukunftsthemas jeweils auf den Punkt.

Für Mitglieder des Bayerischen Städtetags steht die Broschüre kostenfrei zur Verfügung. Sie kann im Internet heruntergeladen werden unter:

www.bay-staedtetag.de/export_download.php?id=13124 **DK**

„Die Flüchtlingskrise...“

(Fortsetzung von Seite 1)
meinden bei Bedarf Asylbewerber zuweisen zu können.

Dr. Dirnberger: Klar ist: Bürgermeister dürfen sich ihrer Verantwortung nicht entziehen. Schließlich ist es der kommunalen Solidarität geschuldet, den Versuch zu unternehmen, gemeinsam die Probleme vor Ort zu lösen. Dabei kann es passieren, dass dem einen oder anderen Rathauschef dies nicht optimal gelingt. Aus diesen - überschaubaren - Fällen eine Möglichkeit ableiten zu wollen, den Bürgermeistern Flüchtlinge zwangsweise durch Beschheid zuzuweisen, ist mit Sicherheit nicht der richtige Weg.

GZ: Auf mittlere Sicht ist eine große Zahl an Flüchtlingen zu integrieren - für 2016 geht man bundesweit von einer Million aus, Familienangehörige nicht mitgerechnet. Wie wollen Sie auf diese Entwicklung reagieren?

Dr. Dirnberger: Fakt ist, dass sich die Flüchtlingsproblematik offenkundig allmählich zu verschieben beginnt. Die Gemeinden erkennen, dass es mit der Erstunterbringung nicht getan ist, sondern sie auch eine Integrationsleistung zu erbringen haben. Ich denke hier an Aufgaben in der Kinderbetreuung und bei der Beschaffung von Wohnraum. Führt man sich die bundesweite Größenordnung vor Augen - laut Königsteiner Schlüssel kommen auf die bayerischen Kommunen ca. 15 % der Flüchtlinge zu -, stellt sich die Frage, wie diese beispielsweise in einem Ballungsraum wie München unterkommen sollen, wo bereits Wohnungsnot herrscht.

GZ: Der letzte Baustein ist dann wohl die Integration im engeren Sinne?

Dr. Dirnberger: Exakt. Und diese spannen den Bogen vom Sprachunterricht über die Frage der kulturellen Wertevermittlung bis zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Das ist eine beträchtliche Bandbreite an Herausforderungen. Deshalb spricht sich der Bayerische Städtetag für einen „Masterplan Integration“ sowohl auf Landes-, als auch auf Bundesebene aus.

Wohnungsnotstand

GZ: Bei einer vom Bayerischen Städtetag durchgeführten Diskussionsveranstaltung zum Thema „Wohnungsnotstand“ in Germering wurde einhellig festgestellt, dass es für die Kommunen schwierig ist, Bauland auszuweisen. Inwiefern bewegt sich der Staat beim Thema Baurecht eigentlich?

Dr. Dirnberger: Zunächst: Dort, wo Wohnungsnot vor-

handelt, muss der Staat die Wohnungsbau auch verstärken. Dabei denken wir aber nicht nur an Flüchtlinge, sondern auch an bedürftige Einheimische, die nicht gegenüber Neubürgern benachteiligt werden dürfen.

Im Baurecht hat sich tatsächlich einiges getan: Im Baugesetzbuch wurden zwei „Flüchtlingsnovellen“ verabschiedet. Diese Baurechtsnovellen können aus meiner Sicht das Problem jedoch nicht lösen, weil es insbesondere um die Frage gehen muss, wie eine Gemeinde überhaupt Bauland erschließen kann. An dieser Stelle ist das Bauplanungsrecht selten der entsprechende Anknüpfungspunkt. Vielmehr geht es darum, die Eigentümer dazu zu bringen, entsprechende Flächen überhaupt zur Verfügung zu stellen. Im Übrigen ist uns als Gemeinde auch nicht daran gelegen, dass der Gesetzgeber die kommunale Planungshoheit aushöhlt. Wohnungsbau muss mit Augenmaß geschehen.

Thema Residenzpflicht

GZ: Womit sich bereits ein weiteres Problem stellt...

Dr. Dirnberger: Das Thema Residenzpflicht - ein äußerst wichtiger und nach wie vor ungelöster Punkt. In zahlreichen Gesprächen äußerten Bürgermeister, dass sie zwar gerne Wohnungen bauen würden, für sie aber leider keine Garantie besteht, dass in diese errichteten Bauten tatsächlich Menschen einziehen werden. Steht der Wohnblock in Germering, wird es keine Probleme geben; steht er aber in Oberfranken, sieht die Sache völlig anders aus.

GZ: Eine Großoffensive hat hier unter anderem das Zimmererhandwerk gestartet. Bekanntermaßen sind Holzbauten nachhaltig und wandelbar. Denkt der Gemeindegarten auch in diese Richtung - als Alternative zu Wohncontainern für Flüchtlinge?

Dr. Dirnberger: Als Verband haben wir nicht die Planungskraft, Standards im Wohnungsbau zu setzen. Gleichwohl hat unser Dachverband, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, ein Programm mit Unterstützung, demzufolge ortsansässige Zimmerer vorgeplante modulare Gebäude bauen können. Dieses Programm befürworten wir ausdrücklich.

GZ: Soweit zur Flüchtlingsproblematik. Welche Themen werden darüber hinaus aktuell verbandspolitisch diskutiert?

Dr. Dirnberger: Erörtert werden zum einen die Straßenausbaubeitragssatzung, zum anderen die RZWas. Bei der „StrABS“ sind wir verbandsintern teilweise heftiger Kritik ausgesetzt, weil die Erhebung von Straßen-

ausbaubeiträgen auch weiterhin für erforderlich halten. Bayerns Städte und Gemeinden sind auf derlei Beiträge angewiesen. Für die meisten Städte und Gemeinden gibt es keine gleichwertige Alternative zur Finanzierung der anstehenden Straßenausbaumaßnahmen. Auch das System „wiederkehrender Beiträge“ für jene Gemeinden und Städte, die bislang noch keine Straßenausbaubeiträge erhoben haben, stellt sich für uns positiv dar.

Guter Kompromiss

Dass es Verbandsmitglieder gibt, die hier anderer Ansicht sind, kann ich vollständig nachvollziehen. Auch für konträre Meinungen gibt es schließlich gute Argumente. Als Verband aber müssen wir uns auf eine Position einigen. Wir sind der Meinung, dass wir letztlich einen guten Kompromiss gefunden haben. Immerhin wird unser Standpunkt im Grundsatz von allen Landtagsfraktionen gleichermaßen geteilt.

GZ: Was tut sich in Sachen RZWas?

Dr. Dirnberger: Der Entwurf der zukünftigen Härtefallförderung für die Sanierung von Wasserleitungen und Abwasserkanälen liegt jetzt auf dem Tisch. Der gegenwärtige Inhalt kann die bayerischen Gemeinden allerdings nur bedingt zufriedenstellen. Leider beschränkt sich das Gesamtvolumen für ganz Bayern auf nur 30 Mio. Euro. Das ist der buchstäbliche Tropfen auf den heißen Stein. Die maßgebliche Pro-Kopf-Investitionsbelastung betrachtet nur die Vergangenheit. Es gibt zwar darüber hinaus eine investive „Ansparphase“ bis zum Jahr 2020, jedoch kann der Einrichtungsträger erst nach der Vorfinanzierung der Mittel tatsächlich einen Förderbescheid erhalten. Wir hoffen auf eine Evaluierung dieses Fördersystems.

GZ: Abschließend eine Frage zum Thema 20 Jahre Bürgerentscheid in Bayern: Inwiefern haben sich die Gemeinden mit diesem Instrument arrangiert? Wie ist hier ihre Beobachtung?

Dr. Dirnberger: Die Gemeinden haben sich mit dem Instrument Bürgerentscheid sehr gut arrangiert, wobei anfangs Partikularinteressen und nicht die politische beste Lösung im Vordergrund standen. Ich habe das Thema Bürgerentscheid lange Jahre fachlich mitbetreut und weiß aus dieser Zeit, dass kommunale Ängste letztlich unberechtigt waren. Das Prozedere hat sich eingependelt. Die Kommunen und auch der Bürger gehen mit dem Instrument Bürgerentscheid äußerst verantwortungsvoll um. **DK**

Erfolgreich gegen...

(Fortsetzung von Seite 1)
ausnahmsweise einmal nicht an der Spitze: In NRW kommt es in einer Gemeinde durchschnittlich alle 13 Jahre zu einem Bürgerbegehren oder Ratsreferendum.

Die thematischen Schwerpunkte bilden Wirtschaftsinstrumente mit 24,5 Prozent, Verkehrsprojekte mit 21,4 Prozent, öffentliche Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen mit 14,1 Prozent sowie öffentliche Sozial- und Bildungseinrichtungen mit 13,6 Prozent. Die Untertunnelung des Mittleren Rings (1996) entsprang ebenso dem Willen der Münchner wie der Bau des Fußballstadions in Fröttmaning (2001). Andere berühmte Entscheidungen sind die Ablehnung der dritten Stadtbahn am Flughafen Erding (2012) und die Ablehnung der Olympischen Spiele durch Garmisch-Partenkirchen, Traunstein und Berchtesgaden (2013).

Laut „Mehr Demokratie“ gehen die Bürger sehr verantwortungsbewusst mit dem Instrument um. Und: Es kam weder zu einer „Vorherrschaft der Berufsquerulanten“ noch zu einer grundsätzlichen Blockade von Wirtschaftsinstrumenten. Vielmehr zeigte sich bald: „Der Volksentscheid hat keine politische Farbe.“

Dass dennoch noch nicht alles Gold ist, was glänzt, zeigte Susanne Socher, Sprecherin des Landesvorstandes in Bayern und zuständig für die Beratung von Bürgerbegehren, beim Festakt auf. Kommt es zu einem Bürgerentscheid, liegt die Erfolgsquote zwar bei knapp 50 Prozent. Aber auch Bürgerentscheide, die eine Mehrheit der Stimmen bekommen, können scheitern. Dies betrifft besonders Städte mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern. Hier scheitern mehr als 20 Prozent aller Bürgerentscheide am Quorum. „Der Gesetzgeber ist dringend aufgefordert, diese Ungleichbehandlung aufzuheben und die Höhe der Quoren anzupassen oder bestenfalls ganz abzuschaffen. Mehr Demokratie fordert dies seit Jahren“, betonte Socher.

Landtagspräsidentin Barbara Stamm zufolge sind Bürgerbegehren und Bürgerentscheide inmitten der herrschenden Trends von sinkenden Wahlbeteiligungen und wachsender Politikskepsis stets ein Anlass für Politiker, zu überdenken, wie ernst sie die Sorgen und Ängste der Bürger nehmen und wie sie diese in ihre Entscheidungen einbinden wollten. „Der Dialog muss eigentlich viel früher stattfinden, und er muss transparenter stattfinden“, erklärte die Politikerin.

Günther Beckstein, in den Anfangsjahren des Bürgerbegehrens

bayerischer Innenminister, erinnerte daran, dass seine Partei damals äußerst skeptisch gewesen sei und unter anderem leere Kassen der Kommunen befürchtete. Diese Vorbehalte hätten sich freilich nicht bestätigt. In der Regel sei der Bürger sogar sparsamer als die Mandatsträger, meinte Beckstein.

Mitwirkungsrecht

Im Rahmen einer Podiumsgesprächs gelangten die Diskutanten Günther Beckstein, Münchens Alt-OB Christian Ude, der Beisitzer am bayerischen Verfassungsgerichtshof, Klaus Hahnzog, der Mitbegründer von Mehr Demokratie, Gerald Häfner, und Thomas Mayer, einstiger Initiator des Volksbegehrens Mehr Demokratie in Bayern, zu dem Ergebnis, dass das Mitwirkungsrecht der Bürger an politischen Entscheidungen weiter zu stärken und somit das plebiszitäre Instrument Bürgerentscheid weiterzuentwickeln.

Wie das Ringen um die Umsetzung dieses Instruments der direkten Demokratie an der Basis auch aussehen kann, schilderte Ammerthals Bürgermeisterin Alexandra Sitter-Czarneck. Die Vorsitzende einer unabhängigen Wählergemeinschaft unterstützte einen Bürgerentscheid ihrer Gemeindeglieder, dem gemäß sie sich von einem bestimmten Wasserversorger beliefern lassen wollten. Damit hatte sie sich jedoch eine übermächtige, parteiübergreifende Gemeinderatsmehrheit zum Feind gemacht. Auch die Ammerthaler, die einen Bürgerentscheid in Angriff nahmen, hatten den Zorn dieser lokalpolitischen Meinungsführer auf sich gezogen, und es wurde mit allen erdenklichen fairen und unfairen Mitteln bis hin zu Verwaltungsgerichtsverfahren und dem Petitionsausschuss des Landtages gekämpft. Für die Rathauschefin war dies freilich kein Grund, das Bürgerbegehren in Frage zu stellen: Durchhalten lautete die Parole.

Dass selbst gescheiterte Bürgerbegehren Auswirkungen auf die Politik im Ort haben, unterstrich Prof. Dr. Bruno Frey in seinem Vortrag zum Zusammenhang von direkter Demokratie und Glück: „Allein die Möglichkeit am politischen Geschehen teilzunehmen, verstärkt die Lebenszufriedenheit der Menschen. Nicht das Ergebnis ist das Ausschlaggebende, sondern der Prozess.“ In diesem Sinne zogen alle Beteiligten ein positives Fazit. Wenn auch mit dem Verweis, dass man noch lange nicht am Ende des Weges angekommen sei. **DK**

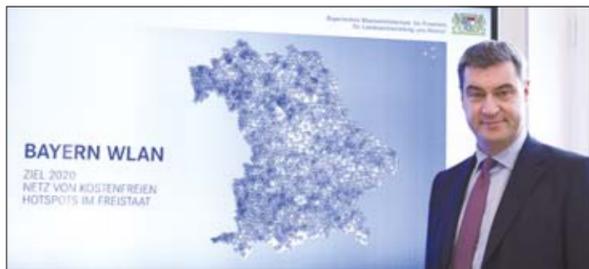
Start der bayerischen WLAN-Offensive

Modernität und Fortschritt kennzeichnen ein neues Vorhaben von Finanzminister Dr. Markus Söder, das bundesweit ein Vorzeigeprojekt werden könnte. Bis 2020 sollen in allen bayerischen Gemeinden insgesamt 10.000 kostenlose WLAN-Hotspots entstehen.

Herr Staatsminister, Sie haben ein Projekt für kostenfreies WLAN in ganz Bayern gestartet – was verbirgt sich dahinter?

Söder: Wir wollen gleiche Lebensverhältnisse in Stadt und

letzten Jahr begonnen, Hotspots an mehr als 100 Standorten im Bereich des Finanzressorts einzurichten: eine staatliche Behörde in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt erhält einen Hotspot.



Land. Digitalisierung und schnelles Internet darf kein Privileg von Großstädten sein. Mit Bayern-WLAN soll ein dichtes Netz kostenfreier Hotspots im Freistaat geknüpft werden. Bis 2020 wollen wir 10.000 freie Zugangspunkte an 5.000 Standorten in ganz Bayern einrichten. Jede Kommune in Bayern soll mit Unterstützung des Freistaats mindestens zwei Hotspots anbieten können. Dafür nehmen wir bis 2020 10 Millionen Euro in die Hand. Bayern wird WLAN-Land Nummer eins in Deutschland.

Das klingt gut! Wie soll das genau ablaufen?

Söder: Als ersten Schritt hat das Finanzministerium bereits im

Dazu gehören mehr als zehn Schlösser und Burgen, sowie zusätzlich 15 Schiffe der staatlichen Seenschiffahrt. Anschließend wollen wir das Netz kontinuierlich verdichten. Das können wir nur gemeinsam mit den Kommunen schaffen. Deshalb bieten wir den Kommunen einen Rahmenvertrag mit attraktiven Konditionen an.

Sie sprachen von finanzieller Unterstützung für die Kommunen...

Söder: Wir wollen ein dichtes Netz an freien WLAN-Hotspots in Bayern. Um den Start zu erleichtern, soll jede Gemeinde zwei kommunale Hotspots erhalten. Der Freistaat übernimmt die Kosten der Ersteinrichtungskosten, die Kom-

mune trägt die Betriebskosten. Jede Gemeinde entscheidet selbst, wo sie das BayernWLAN anbieten will. Um für die Kommunen bestmögliche Bedingungen zu erhalten verhandeln wir als Freistaat mit potentiellen Providern und stellen diese Konditionen dann den Gemeinden in Form eines Rahmenvertrags zur Verfügung. Die Gemeinde kann dann die Konditionen des Rahmenvertrags auch für beliebig viele weitere Standorte nutzen.

Wann wird es den Rahmenvertrag geben?

Söder: Der Rahmenvertrag wird Ende März 2016 geschlossen. Dann können wir auch die genauen Konditionen mitteilen – zu wenigen Details sind wir noch in Verhandlung. Das breite Rollout beginnt Ende Juni. Aber schon heute sollten die Kommunen sich überlegen, wo sie BayernWLAN einrichten wollen.



An wen müssen die Kommunen sich wenden?

Söder: Zentraler Ansprechpartner ist das neu gegründete BayernWLAN-Zentrum in Straubing. Wir wollen hier einen unbürokratischen Ablauf für die Gemeinden sicherstellen! Von Antrag und Beratung über die Planung und technische Konzeption, bis hin

zur eigentlichen Umsetzung ist das WLAN-Zentrum ein kompetenter Ansprechpartner für Kommunen.

Was kann das Bayern-WLAN?

Söder: Das Wichtigste: Der Einstieg ist leicht und praktisch – keine Anmeldung, keine Kennwörter, keine Kosten. Jeder Hotspot heißt „@BayernWLAN“, unabhängig vom Standort. Sie stehen rund um die Uhr, ohne Datenbegrenzung zur Verfügung. Jeder Nutzer surft sicher und der Datenschutz ist selbstverständlich gewährleistet. Wir haben auch einen Jugendschutzfilter integriert.

Wie wird mit dem Problem der Störerhaftung umgegangen?

Söder: Alle Gemeinden, die unser BayernWLAN nutzen, müssen sich um die Störerhaftung keine Gedanken machen. Dieses Risiko übernimmt der Provider. In der Tat ist die Störerhaftung aber ein großer Hemmschuh für den schnellen Ausbau von kostenfreiem WLAN im gewerblichen Bereich. Viele Cafés, Einkaufszentren oder Anbieter von Freizeitangeboten scheuen sich, freies WLAN anzubieten – aufgrund der Störerhaftung. Deshalb setzen wir uns auch für eine Abschaffung dieser Digitalisierungsbremse in Berlin ein.

Über den Bundesrat wurde die Bundesregierung aufgefordert, die Störerhaftung durch eine Reform des Telemediengesetzes angemessen zu begrenzen. Die Bundesregierung hat mittlerweile auch einen Reformvorschlag vorgelegt, der allerdings immer noch nicht weit genug geht. Aufgrund der Kritik Bayerns und anderer Länder wird der Entwurf aktuell noch einmal überarbeitet. Unser Ziel ist es, die Störerhaftung in ihrer bisherigen Form abzuschaffen. Die Chancen hierfür stehen derzeit gut. □

Einladung der GZ:

1. Bayerisches InfrastrukturForum

Die kommunale Infrastruktur im Freistaat steht vor sehr großen finanziellen, technischen und rechtlichen Herausforderungen. Insbesondere Schwerpunkte wie Kommunaler Hoch- und Tiefbau, Verkehrs- und Leitungsinfrastruktur sowie so genannte weiche Standortfaktoren und deren optimale Finanzierung müssen beleuchtet werden. Letztlich ist es Aufgabe der kommunalen Entscheidungsträger, hierfür die jeweils optimale Lösung zu finden und damit zur Stärkung der eigenen Region und des Wirtschaftsstandortes Bayern allgemein beizutragen.

Auf dem 1. Bayerischen InfrastrukturForum am 10. März 2016 finden die verantwortlichen Repräsentanten aus Bayerns Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken die exakt auf ihren Bedarf zugeschnittenen Lösungsangebote.

Hochkarätige Referenten diskutieren mit den Gästen ihre jeweiligen Fachgebiete. Dazu zählen unter anderem:

- Dr.-Ing. Rainer Bauer, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat („Digitale Infrastruktur für Bayern“)
- Dr. Josef Wallner, Bayerischer Bauindustrieverband („Schnell bezahlbaren Wohnraum schaffen“)
- Wolfgang Schmidt, BayernLabo („Finanzierung Flüchtlingsunterkünfte“)
- Dr. Michael Kerkloh, Vorsitzender der Geschäftsführung Flughafen München GmbH („Aktuelle Perspektiven des Flughafens München und der Region“)
- Fabian Böttger, Project Manager Hendricks & Schwartz GmbH („Frühzeitiger Dialog und Bürgerbeteiligung als Erfolgsfaktoren für Infrastrukturprojekte“)
- Stefan Rummel, Geschäftsführer Messe München GmbH („IFAT – Weltleitmesse für kommunale und städtische Infrastruktur“)
- Detlef Fischer, Geschäftsführer VBEW („Energiewende ist Infrastruktur – Infrastruktur verändert die Landschaft“)
- Georg Distler, Leiter Finanzierung Infrastruktur Versicherungskammer Bayern („Assetklasse Infrastruktur / Erneuerbare Energien: Bedeutung, Umsetzung und Perspektiven aus Sicht der VKB für die Kommunen“).

Im Rahmen der Tagung wird die Bayerische Gemeindezeitung der Bayerischen Klimaallianz beitreten. Hierzu hat Ulrike Scharf, MdL, Bayerische Staatsministerin für Umwelt- und Verbraucherschutz, ihr Kommen angekündigt. Als Partner der Klimaallianz besiegelt man die Zusammenarbeit in einer „Gemeinsamen Erklärung für eine Zusammenarbeit zum Schutz des Klimas“, die individuell mit der Bayerischen Staatsregierung abgestimmt wird.

Die Tagung findet in den Räumen des Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V. in der Landeshauptstadt München statt.

Weitere Infos unter www.bayerisches-infrastrukturforum.de □

„Wir setzen ‘Bayern barrierefrei’ konsequent fort!“

Neue Themenschwerpunkte von Kommunikation bis Gesundheit

Appell: „Barrierefreiheit muss in allen Lebensbereichen Selbstverständlichkeit werden“

Sozialministerin Emilia Müller hat in der Ministerratsitzung die bisherigen Fortschritte des Programms „Bayern barrierefrei“ und die geplante Fortführung vorgestellt. Die Ministerin erklärte: „Bayern barrierefrei 2023 – das ist unser großes Ziel, das wir mit allem Nachdruck verfolgen und erreichen werden. In den vergangenen zwei Jahren haben wir bereits deutliche Fortschritte erzielt, schwerpunktmäßig in der Mobilität, in der Bildung und beim Abbau von Barrieren in staatlichen Gebäuden. Das wollen wir intensiv fortführen, zugleich aber auch drei neue Kerngebiete aufnehmen. In den nächsten Jahren werden Information und Kommunikation, Fortbildung und Gesundheit im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen.“

Im Doppelhaushalt 2015/2016 stehen insgesamt rund 221 Millionen Euro für den Abbau von Barrieren bereit. Der Freistaat unterstützt damit den barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen und Haltestellen (rund 25 Millionen Euro), die Neuananschaffung von Linienbussen mit Hublift oder Rampe (rund 60 Millionen Euro) oder die Beseitigung von Barrieren in staatlichen Gebäuden, die öffentlich zugänglich sind (69,5 Millionen Euro). 460 Baumaßnahmen werden noch in diesem Jahr abgeschlossen und eine Vielzahl von Barrieren in staatlichen Gebäuden verschwunden sein.

Neue Handlungsfelder

Um das Ziel eines barrierefreien Bayerns 2023 zu erreichen, werden die bisherigen Anstrengungen konsequent fortgesetzt und das bestehende Programm auf neue Handlungsfelder ausgeweitet. Einer der neuen Schwerpunkte ist der Bereich „Information und Kommunikation“. Dazu sollen z.B. die Verwaltungen die barrierefreien Online-Angebote und Verfahren weiter ausbauen. „Außerdem werden wir die Beschäftigten im staatlichen Be-

reich fortbilden und als wichtige Multiplikatoren noch mehr für das Thema Barrierefreiheit sensibilisieren“, so die Ministerin. Das dritte neue Handlungsfeld steht unter der Überschrift „Gesundheit“ und soll unter anderem die Barrierefreiheit in stationären Einrichtungen der Pflege verbessern.

Starke Partner gesucht

Sozialministerin Müller appellierte an die Privatwirtschaft und die gesamte Gesellschaft, sich noch stärker für die Barrierefreiheit zu engagieren. „Der Staat kann investieren und selbst tätig werden“, so die Ministerin, „aber es geht nicht ohne die Unterstützung aller Menschen in Bayern. Wir brauchen starke Partner, die Barrierefreiheit als Vorteil erkennen und mitmachen – seien es Kommunen oder die Privatwirtschaft. Es gilt: Barrierefreiheit muss in allen Lebensbereichen zur Selbstverständlichkeit werden.“ Deshalb wurde das Signet „Bayern barrierefrei – Wir sind dabei!“ entworfen. Es macht sichtbar, wer Barrierefreiheit in Bayern unterstützt und richtet sich vor allem an nichtstaatliche Organisationen. „Dabei ist zum

Beispiel die Größe eines Unternehmens nicht entscheidend: von der großen FC Bayern AG bis zum kleinen Café in München – wir sind stolz auf jeden Partner, der sich sichtbar am Abbau von Barrieren beteiligt“, so Müller.

Gewinn an Lebensqualität

Von zentraler Bedeutung für ein barrierefreies Bayern ist der Wohnungsbau. Innen- und Bauminister Joachim Herrmann wurde beauftragt, über die Maßnahmen beim Wohnungsbau für mehr Barrierefreiheit in einer der nächsten Ministerratsitzungen gesondert zu berichten.

„Ein Bayern ohne Barrieren ist für alle Menschen im Freistaat ein Gewinn an Lebensqualität – für Familien mit Kinderwagen genauso wie für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung“, betonte Ministerin Müller. „Wir werden unser Ziel ‚Bayern barrierefrei‘ hartnäckig weiterverfolgen!“

Zentrale Anlaufstelle

Das Sozialministerium unterstützt den Ausbau von Beratungsstellen, die Interessierte kostenlos mit Informationen versorgen. Um gezielt über das Thema Barrierefreiheit zu informieren, gibt es seit Ende November 2015 im Internet die zentrale Anlaufstelle www.barrierefrei.bayern.de. Das völlig neu gestaltete Portal der Bayerischen Staatsregierung ist eine Erlebniswelt, eine Beratungsstelle, ein Infocenter, ein Magazin, das Menschen mit und ohne Behinderung gleichermaßen anspricht. □



Willkommen in München, Oberanger 32
Bayerischer Bauindustrieverband e. V.
1. Bayerisches InfrastrukturForum
der Bayerischen Gemeindezeitung
10.03.2016

Jetzt neues Förderdarlehen und Zuschüsse sichern!

Exklusive Wohnraumförderung für bayerische Gemeinden

Mit dem kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP) unterstützt der Freistaat Bayern zusammen mit der BayernLabo bayerische Gemeinden dabei, selbst preisgünstigen Wohnraum zu schaffen. Weitere Informationen unter ► www.bayernlabo.de oder über die Hotline für Kommunen +49 89 2171-22004.

Das Förderinstitut der BayernLB



Der Flughafen München aus Sicht seiner Nachbarn

Ergebnisse einer repräsentativen Befragung im Jahr 2015
Wichtige Anhaltspunkte für die Regionalarbeit

Einen Überblick über die aktuelle Situation und die spezifischen Entwicklungen der vergangenen fünf Jahre im Münchner Flughafenumland vermittelt eine aktuelle repräsentative Befragung, die der Vorsitzende der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH Dr. Michael Kerkloh jüngst den Bürgermeister und politischen Mandatsträgern am Airport vorstellte. Nach den Jahren 1995, 2003 und 2010 liegt damit eine weitere repräsentative Untersuchung mit weitgehend vergleichbaren Fragestellungen vor.

Basis für die Ergebnisse waren 2.441 Interviews, die mit Flughafenanliegern in insgesamt 43 Gemeinden geführt worden sind. Das Befragungsgebiet wurde abermals vergrößert und gegenüber 2010 um weitere fünf Gemeinden im Norden und Süden des bisherigen Umgriffs abgerundet. Die in der Studie gewonnenen Erkenntnisse liefern der Flughafen München GmbH wichtige Anhaltspunkte für die Fortsetzung ihrer aktiven und nachhaltigen Regionalarbeit.

Eine wichtige und zugleich erfreuliche Erkenntnis der Studie ist Kerkloh zufolge, dass die Ansiedlung des Flughafens von den Nachbarn mit großer Mehrheit

(80 %) positiv bewertet wird. Allerdings schätzen nur 42 % die zukünftige Flughafenentwicklung für sich selbst als positiv ein. Dagegen wird die weitere Entwicklung in Bezug auf den eigenen Wohnort von 66 % der Befragten als positiv eingeschätzt sowie auch für die Region von 70 % und für die Bayerische Wirtschaft sogar von 89 % der Befragten.

Drehkreuz mit positivem Einfluss

Weitgehend positiv wird das am Flughafen eingerichtete Luftverkehrsdrehkreuz gesehen (64 % positive Beurteilungen). Noch größer fällt die Zuschreibung ei-

nes positiven Einflusses des Drehkreuzes in Bezug auf die Region (74 %) und auf die Bayerische Wirtschaft (87 %) aus.

Hoher Nutzungsgrad

Gut jeder zweite der Befragten hat den Münchner Airport in den vergangenen zwölf Monaten für Flugreisen in Anspruch genommen. Im Durchschnitt nutzte jeder der Fluggäste aus den Umlandgemeinden den Flughafen mehr als dreimal. Der Anteil der Flughafenbenutzer stellt im Vergleich zum Bundesgebiet (ca. 29 %) und auch Bayern insgesamt (ca. 31 %) einen überdurchschnittlich hohen Wert dar. Gut die Hälfte besuchte den Flughafen aus anderen Gründen, z. B. für den Besuch gastronomischer Einrichtungen, zum Einkaufen oder für den Besuch von Veranstaltungen.

Die Umlandbevölkerung bewertet die Verkehrsanbindung des Münchner Flughafens mit dem

PKW mit einer Mehrheit von 78 % als gut. Lediglich 11 % halten die Anbindung des Flughafens an den Wohnort für Anreisen mit dem PKW für verbesserungswürdig. Für 45 % ist dagegen die Anbindung des Flughafens mit dem Bus oder der S-Bahn noch nicht optimal. Besonders hoch ist dieser Anteil in Orten ohne Bahnanschluss und in kleineren Gemeinden.

Insgesamt beurteilen zwei Drittel der Bürger des gesamten Untersuchungsgebietes in 2015 die Lärmsituation in ihrem Wohnort als „sehr gut“ oder „gut“. Am häufigsten nennen die Einwohner Verkehrslärm (59 %) und Fluglärm (55 %) als stärkste Lärmquellen. Dabei fühlen sie sich durch Fluglärm mit 53 % in ähnlichem Ausmaß belastet wie durch Straßenverkehrslärm (50 %). Im kombinierten Tag-/Nachtschutzgebiet fällt dabei die Beeinträchtigung durch Fluglärm mit 83 % deutlich überdurchschnittlich aus.

Kommunalpolitische Aufgaben

Der Verkehr (62 %) ist die mit Abstand am häufigsten genannte kommunalpolitische Aufgabe und hat gegenüber 2010 deutlich an Bedeutung zugenommen. Danach folgen mit einigem Abstand die Bereiche „Familie/Soziales“ (19 %), „Umwelt“ (14 %) und „Freizeitangebote“ (14 %). Im kombinierten Tag-/Nachtschutzgebiet wird die Umwelt mit 23 % deutlich überdurchschnittlich als wichtige kommunalpolitische Aufgabe betrachtet.

Gut entwickelt hat sich in den Augen der Befragten die Attraktivität ihrer Gemeinde als Wohnort (65 %) sowie als Gewerbestandort (60 %). Positiv betrachtet wird zudem die Entwicklung des Angebots an Schulen, Kindergärten und Ausbildungsplätzen. Negativ bewertet wird dagegen der Einfluss des Flughafens auf die Luftqualität und die Lärmsituation. Auch die Situation im Straßenverkehr hat sich nach Ansicht der Befragten durch den Flughafen negativ entwickelt. Besonders kritisch gesehen wird die Entwicklung der Grundstücks- und Mietpreise: Nur 6 % der befragten Mieter schätzen diese als positiv ein.

Heimatverbundenheit

Mit einem Wert von 91 % liegt die Heimatverbundenheit der Umlandbevölkerung in 2015 im gesamten Untersuchungsgebiet sehr hoch. Selbst in Gemeinden, die teilweise oder überwiegend innerhalb des kombinierten Tag-/Nachtschutzgebietes liegen, sind immer noch 88 % zufrieden gegenüber 92 % außerhalb des Tag-/Nachtschutzgebietes. Gegenüber 2010 (85 %) stellen die nun erreichten 88 % einen Zuwachs um 3 Prozentpunkte dar. Als Hauptgründe dafür, gerne an seinem Wohnort zu leben, werden die Lebensqualität, eine explizit geäußerte Heimatverbundenheit sowie familiäre Gründe genannt. **DK**

das einen Ausgleich von Nutzen und Lasten zwischen den Teilräumen fair aushandelt. Um die Steuerungsfunktion erfüllen zu können, schlagen die Forscherinnen und Forscher eine stärkere Kooperation der Gemeinden untereinander vor.

Komplementär zur Metropolregion München könnten kleinere, regionale Verbände Siedlungsstruktur, Flächenausweisung und den Ausbau der Verkehrsangebote koordinieren. Zu diesem Zwecke seien überlappende und bewegliche Strukturen zu fördern, auch im Sinne von Mehrfachmitgliedschaften von Gebietskörperschaften in zwei oder mehr regionalen Zusammenschlüssen, die sich innerhalb der Metropolregion finden oder in angrenzende Räume reichen. **DK**

Durchbruch beim Thema Trassenquerung

Telekommunikationsunternehmen einigen sich mit Deutscher Bahn

Große Teile der deutschen Telekommunikationsbranche haben sich mit der Deutschen Bahn auf einen Vertrag zur Querung von Bahntrassen bei der Verlegung von Breitbandkabeln verständigt. Die neue Richtlinie, die sich offiziell „Telekommunikationskreuzungsrichtlinie DB 879“ nennt, wurde unter maßgeblicher Beteiligung des Bundesverbands Breitbandkommunikation (BREKO) erstellt und tritt nach der nun erfolgten Freigabe durch das Eisenbahnbundesamt (EBA) rückwirkend zum 01.01.2016 in Kraft.

An der Erstellung der Richtlinie waren neben dem BREKO und der DB Netz AG auch die Verbände VATM und BUGLAS, die Deutsche Telekom sowie diverse Tochterunternehmen der Deutschen Bahn beteiligt.

Im Gegensatz zur Verlegung von Glasfaser- und anderen Breitbandkabeln bei der Kreuzung von Gas-, Wasser- oder Stromleitungen fehlte bislang eine Regelung für den Fall, dass ausschließlich eine TK-Infrastruktur eine Bahntrasse oder ein Gelände der Deutschen Bahn queren soll. Durch die nun geschlossene Kreuzungsrichtlinie werden das Antrags- und Bearbeitungsverfahren bei der Deutschen Bahn standardisiert und feste Bearbeitungsfristen gewährleistet. Für die Telekommunikationsunternehmen wird eine Bahntrassenquerung damit zeitlich und finanziell kalkulierbar.

Neue Kreuzungsrichtlinie

„Die neue Kreuzungsrichtlinie ist eine gute Nachricht für einen effizienten Breitbandausbau in Deutschland“, kommentiert BREKO-Vizepräsident Johannes Pruchnow das mit der Deutschen Bahn ausgehandelte Ergebnis. „Zeitraubende Bürokratie und teure Umwege bei der Querung von Bahntrassen im Zuge des Glasfaserausbaus dürften damit schon bald der Vergangenheit angehören.“ Von der neuen Richtlinie profitieren insbesondere auch große Unternehmen, die auf ein

eigenes Leitungsnetz angewiesen sind, das verschiedenste Firmenstandorte miteinander verbindet.

Kurzfristige Bearbeitung

Das konkrete Procedere: Die Deutsche Bahn bestätigt den Eingang des Antrags innerhalb von fünf Werktagen und prüft innerhalb von drei Wochen dessen Vollständigkeit und Richtigkeit. Liegen die Unterlagen komplett und fehlerfrei vor, bearbeitet die Bahn den Antrag dann innerhalb einer Frist von maximal 12 Wochen. Für die Bearbeitung des Kreuzungsantrags fällt ein Entgelt an, das sich an den Vereinbarungen mit anderen Branchen orientiert. Hinzu kommt ein einmaliger Betrag für die Nutzung des Bahn-Grundstücks sowie für die Bereitstellung des Kartenmaterials.

Abläufe effizienter gestalten

Die Verhandlungen aller Beteiligten werden auch in der Zukunft fortgesetzt, um nach den ersten Praxis-Erfahrungen weitere Verbesserungen an der Richtlinie vornehmen zu können. „Wir werden uns in diesem Jahr erneut mit der Deutschen Bahn zusammensetzen, um die notwendigen Abläufe im Sinne des Breitbandausbaus zugunsten von Bürgern und Unternehmen noch effizienter und schneller zu gestalten“, bekräftigt Johannes Pruchnow. **□**

Münchner Mobilitätskongress:

Rund 3,6 Milliarden Euro für Verkehrsprojekte in Bayern

Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Bayern genießt im Freistaat nach wie vor höchste Priorität. Dies erklärte Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann auf dem Mobilitätskongress in München, der unter dem Motto „Mobil in die Zukunft“ stand. Für bayerische Verkehrsprojekte steht in diesem Jahr die Rekordsumme von ca. 3,6 Milliarden Euro von Bund und Land zur Verfügung.

Gemeinsam mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und dem Bayerischen Bauindustrieverband erörterte der Minister mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen die Möglichkeiten für eine leistungsstarke und zukunftsgerechte Verkehrsinfrastruktur in Bayern. Dabei stünden laut Herrmann für Bundesfernstraßen rund 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung. Für Investitionen in Staatsstraßen, den Straßenbetriebsdienst sowie Planungsdienstleistungen gebe es 875 Millionen Euro. Bei Schienenprojekten rechne er mit Finanzmitteln von ca. 1,3 Milliarden Euro.

Als wichtigste der Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen sieht der Minister den Ausbau der S-Bahn in München, dem mit Abstand größten Netz im bayerischen Schienenpersonennahverkehr. Dabei werde er sich vehement für die 2.Stammstrecke einsetzen.

Auch beim Schienenverkehr setze der Freistaat deutliche Akzente. So könne die ICE-Strecke Nürnberg-Erfurt-Berlin bereits Ende 2017 in Betrieb genommen werden. Und durch die Neufahrer Kurve werde Ostbayern besser an den Münchner Flughafen angebunden. Als zentrale Weichenstellung sieht Herrmann die

Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans. Hier habe Bayern 398 Straßenprojekte mit rund 17 Milliarden Euro Gesamtkosten angemeldet. Bei Schienenprojekten stünden 30 Neu- und Ausbauten auf der Agenda. Und im Bereich der Wasserstraßen gehe es vor allem um den Donaubaustausch zwischen Straubing und Vilshofen sowie die Vertiefung des Mains zwischen Aschaffenburg und der hessischen Landesgrenze.

Verkehrsträger optimal nutzen

Abschließend betonte der Innenminister, dass alle Verkehrsträger entsprechend ihrer speziellen Stärken optimal genutzt werden müssten. Damit steigere man die Effizienz der Verkehrssysteme. Zu einer umwelt- und ressourcenschonenden Mobilität gehöre die Verlagerung des Verkehrswachstums auf Schienen und Wasserstraßen. Auch könne ein Umstieg aufs Fahrrad die Innenstädte deutlich entlasten. Daher werde der Freistaat den umweltfreundlichen Radverkehr bis 2019 durch Investitionen in den Radwegbau im dreistelligen Millionenbereich fördern, kündigte Herrmann an. **rm**

Neue TUM-Studie:

„Wohnen, Arbeiten, Mobilität in der Metropolregion München“

Ein Jahr lang haben sich der Lehrstuhl für Raumentwicklung sowie das Fachgebiet für Siedlungsstruktur und Verkehrsplanung der Technischen Universität München intensiv mit den Zukunftsoptionen in der EMM auseinandergesetzt. Die jetzt in Unterföhring vorgestellte Studie „WAM – Wohnen, Arbeiten, Mobilität in der Metropolregion München“ liefert Ansätze, wie Verkehrsplanung und Standortentwicklung zukunftsfähig verändert werden können.

Kern der Untersuchung war eine umfangreiche Onlineumfrage, an der mehr als 7.300 Menschen, die in den vergangenen drei Jahren ihren Wohnort oder Arbeitsplatz gewechselt haben, teilnahmen. Kommunen, Unternehmen und Mobilitätsdienstleister können anhand dieser Daten Rückschlüsse daraus ziehen, welche Faktoren den Bürgerinnen und Bürgern bei der Wahl von Wohnort, Arbeitsplatz und Verkehrsmittel am wichtigsten sind.

In dem sehr heterogenen Raum der Metropolregion München differenzierten die Forscherinnen und Forscher der Studie fünf Raumtypen. Neben den „urban-zentralen“ Räumen rund um München zeichnen sich auch die „urban-dezentralen“ Räume der Städte wie Ingolstadt, Augsburg, Kaufbeuren, Rosenheim, und Traunstein durch eine urbane Dichte aus. Als dritter Raum-Typus gilt das „städtische Einzugsgebiet“, das gemeinsam mit den „peripheren Standorten“ und „Wohnorten mit touristischer Prägung“ die ländlich geprägten und dünner besiedelten Teilräume umfasst.

Die Raumtypen unterscheiden sich hinsichtlich folgender sechs Kriterien: Erreichbarkeit durch Motorisierten Individualverkehr (MIV) und Öffentlichen Verkehr (ÖV), Siedlungsstruktur, Versorgung durch Einkauf, Dienstleistungen, Kultur und Freizeit, Mietkosten und Immobilienkaufpreise, Bebauungs- und Eigentumsstruktur sowie der Touristischen Nutzung.

Ein Blick auf die Siedlungsstruktur zeigt drei gleichzeitig stattfindende Entwicklungen: Während sich zum einen Bevölkerung und Arbeitsplätze in den größeren Zentren verdichten oder Standorte an gut erreichbaren Verkehrsknoten in der Metropolregion entwickelt werden, gibt es gleichzeitig auch eine flächenhafte Ausbreitung in die schlecht erschlossenen Räume zwischen den Verkehrs-

achsen. Konzentration, Dekonzentration und Dispersion finden also gleichzeitig statt. Um Ursachen und Wirkungszusammenhänge besser zu erkennen, wurden sechs Raumnutzungsmuster privater Haushalte mit ähnlichen Motivbündeln zusammengefasst.

Die Untersuchungen zeigen, dass ein Großteil der Personen durch Einkaufsmöglichkeiten und ÖPNV-Anbindung weiterhin mit der Stadt verbunden bleibt. Der Eigentumswunsch ist nicht mit dem Wunsch nach Ländlichkeit gleichzusetzen. Stattdessen können sich viele Menschen vorstellen, ihren Eigentumswunsch mit einer Stadtwohnung statt einem Eigenheim auf dem Land zu erfüllen - wenn es entsprechende Angebote gibt.

Zunehmender Handlungsdruck

Das Wachstum in der Metropolregion bündelt sich insbesondere in der Landeshauptstadt München, den benachbarten Landkreisen und in geringerem Maße in und um Augsburg, Ingolstadt und Rosenheim. Durch diese räumlich so stark konzentrierte Wachstumsentwicklung entsteht ein zunehmender Handlungsdruck. Weil die hohe Nachfrage nach Wohn- und Arbeitsraum in gut erreichbaren und funktional gemischten Lagen derzeit nicht gedeckt wird, bleiben wesentliche Bedürfnisse der Bevölkerung unbefriedigt. Zu den Leidtragenden gehören insbesondere auch Unternehmen, die einen starken Mangel an Fachkräften beklagen.

Tatsache ist, dass die hohen Lebenshaltungs- und Wohnkosten viele Menschen abschrecken. Durch den direkten Vergleich mit dem preiswerteren Alltag in ihrer Heimatregion ist ein Umzug für Beschäftigte aus anderen Regionen nur dann eine Option, wenn er mit einem beruflichen Aufstieg verbunden ist. Für Beschäftigte mit geringem oder mittlerem Ein-

kommen stellt sich die Frage eines Umzugs in die Metropolregion daher kaum.

Die Schaffung von bezahlbarem, zentral gelegenem Wohnraum mit guter Anbindung an ÖV ist und bleibt für die Politik und Verwaltung eine zentrale Herausforderung. Es geht darum, eine Vielfalt an Wohnformen - Miete wie Eigentum, Einfamilienhaus wie Etagenwohnung - anzubieten, ohne erstklassig erschlossenes Bauland durch geringe Dichte zu verschwenden. Die Studie zeigt, dass die Schulpolitik ein wirksames Handlungsfeld zur Vermeidung von Dekonzentration sein kann. Die Qualität der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen gehört zu den wichtigen Umzugsgründen der Gruppe von Menschen, die den dichten Zentren den Rücken kehrt.

Flächen intensiver nutzen

Die Forscher und Forscherinnen der Studie kommen zu dem Schluss, dass die begrenzten Flächen der Zentren intensiver und dichter als zuvor genutzt werden sollten. Bisher nicht optimal angebundene, dezentrale Gebiete mit guter Infrastruktur und urbaner Nahversorgung sollten besser verknüpft werden - dies betrifft zum Beispiel die Kommunen im Münchner Norden.

Städte wie Augsburg, Ingolstadt und Rosenheim könnten durch eine gezielte Innenentwicklung ein Teil des Münchener Wachstums auffangen. Orte mit großer Entfernung zu den Wachstumszentren der Region gelte es durch lokale Maßnahmen weiterzuentwickeln. Größtes Potential steckt für die peripheren Standorte in den landschaftlichen Qualitäten, die für Erholung und Gesundheit eine wichtige Ressource darstellen. Regionale Stadtbustnetze reduzieren langfristig die Abhängigkeit vom Automobil und halten Mitarbeiter von kleinen und mittleren Betrieben - auch jenen aus dem wissensintensiven Fertigungsgewerbe - am Standort.

Aufgrund der Unterschiedlichkeit der Entwicklungsoptionen wird empfohlen, ein regionales Ausgleichsmodell zu erarbeiten,

Amberg Vorreiter beim schlanken IT-Betrieb

Die Stadt Amberg setzt seit Anfang Januar bei der Kfz-Zulassung auf eine moderne Software aus dem AKDB-Rechenzentrum. In der örtlichen Zulassungsbehörde ist das neue Kfz-Fachverfahren OK.VERKEHR im Einsatz, das die Mitarbeiter bei der Abwicklung der täglich rund 80 oftmals komplexen Zulassungsvorgänge unterstützt. Die neue Software wird in einem zertifizierten Rechenzentrum betrieben und entlastet dadurch die IT-Aufwände der Stadt.

Die Aufgaben einer Kfz-Zulassungsstelle sind umfangreich: Damit verbunden ist die gesamte EDV-technische Verwaltung des bei einer kreisfreien Stadt oder einem Landkreis gemeldeten Fahrzeugbestands samt aller Fahrzeughalter sowie arbeitsintensiver Sonderfälle wie zum Beispiel Kräne, Traktoren oder umgebaute Fahrzeuge.

„OK.VERKEHR ist die Nachfolgegeneration unseres bewährten Zulassungsverfahrens OK.VORFAHRT, das bei drei Viertel aller bayerischen Zulassungsbehörden im Einsatz ist“, sagt Christoph Kratzer, AKDB-Geschäftsfeldleiter Verkehrswesen, nicht ohne Stolz. Bei der technologischen Weiterentwicklung habe man besonderen Wert auf ein-

heitliche Oberflächen, prozessorientierte Nutzerführung, moderne Kommunikationsschnittstellen und Open Source Komponenten gesetzt. Das macht OK.VERKEHR nach den Worten Kratzers besonders „teamfähig, wirtschaftlich und zukunftssicher.“

Reduzierte Fehlerquote

OK.VERKEHR unterstützt Sachbearbeiter beispielsweise mit Plausibilitätsprüfungen und Eingabehilfen, um die Fehlerquote auf ein Minimum zu reduzieren. Wichtige Zulassungsformulare seien in der Software im Hintergrund auch optisch hinterlegt, so dass sich Sachbearbeiter sehr schnell in der Anwendung

zurechtfinden, so Kratzer weiter.

Die Zulassungsbehörde der Stadt Amberg betreibt die neue Zulassungssoftware als IT-Dienstleistung in einem durch das Bundesamt für Informationstechnik (BSI) zertifizierten Rechenzentrum der AKDB, die auf eine sichere Datenverarbeitung kommunaler Daten spezialisiert ist.

Zukunftsweisendes Betriebsmodell

Oberbürgermeister Michael Cerny sieht in diesem Betriebsmodell, neudeutsch auch Software-as-a-Service genannt, die Zukunft. Bürger erwarteten, dass ihre Daten sicher aufgehoben und die Verwaltungen technologisch auf dem neuesten Stand seien, so Cerny bei der offiziellen Inbetriebnahme von OK.VERKEHR in der Zulassungsbehörde. Angesichts der hohen technologischen Anforderungen an einen sicheren IT-Betrieb sei es häufig sinnvoll, Software und IT-Infrastruktur bei einem spezialisierten IT-Dienstleister zu betreiben, argumentiert Cerny. Auf diesem Prinzip basiere das Modell Software-as-a-Service.

Das bestätigt auch Wolfgang Brehovsky, AKDB-Geschäftsfeldleiter Oberpfalz. Für kommunale IT-Verantwortliche bedeute ein Software-as-a-Service-Modell nicht nur eine spürbare Reduzierung der technischen Betreuung, sondern erspare der Verwaltung auch die beim auto-

nomen Betrieb häufig notwendigen Investitionen in neue Hardware und IT-Sicherheit. „Gerade öffentliche Verwaltungen kleinerer und mittlerer Größe lagern IT-Prozesse zunehmend in unser Rechenzentrum aus“, so Brehovsky. Kommunen behielten weiterhin die Kontrolle über ihre Daten, sie delegierten lediglich die Verantwortung für einen reibungslosen IT-Betrieb.

Positive Erfahrungen

Und wie profitiert der Bürger von der neuen Technik? Oberbürgermeister Cerny sieht vor allem im „stabilen, effizienten und bürgerfreundlichen Zulassungsbetrieb“ einen Vorteil. Die bisherigen Erfahrungen seien durchweg positiv, freut sich Cerny. Mögliche Fehlerquellen bei der Datenerfassung würden durch intelligente Programmfunktionen minimiert, was zum Beispiel bei der korrekten Kfz-Steuererhebung eine Rolle spiele und so letztlich dem Bürger zugutekäme.

Gutes Rüstzeug

Für bestimmte Angelegenheiten müsse der Fahrzeughalter ohnehin bald nicht mehr in die Zulassungsstelle kommen, sondern könne diese bequem von zu Hause aus erledigen. Denn: „Mit OK.VERKEHR sind wir auch für weitere innovative und bürgerfreundliche Vorhaben des Gesetzgebers wie das An- und Abmelden von Fahrzeugen über das Internet, also die i-Kfz Stufen I und II, gut gerüstet“, sagt Cerny. So wird voraussichtlich ab Ende des Jahres auch das Wiederzulassen eines Fahrzeugs bequem vom heimischen PC aus mit OK.VERKEHR bürgerfreundlich gelöst sein. □

Residenz Würzburg für Alle

Barrierefreiheit im UNESCO-Weltkulturerbe

Unüberwindlich – für den mittelalterlichen Angreifer ebenso wie für den heutigen Besucher, der schlecht zu Fuß ist – thront so manche bayerische Burg stolz auf ihrem Fels. Aber auch bei historischen Gemäuern in Tal-Lage ist der Besuch für viele Besucherinnen und Besucher mit eingeschränkter Mobilität häufig schwierig – für Rollstuhlfahrer und Nutzer von Gehhilfen ebenso wie für junge Eltern mit Kinderwagen oder Sportbegeisterte, die nach einem Bänderriss ein wenig humpeln.

Der Aufgabe, allen Besucherinnen und Besuchern die bayerischen Schlösser und Burgen zugänglich zu machen, stellt sich die Bayerische Schlösserverwaltung immer wieder. Lösungen zu finden, die die Bedürfnisse der Besucher mit dem Denkmalschutz und den teils schwierigen topographischen und baulichen Gegebenheiten in Einklang bringen, ist immer wieder eine neue Herausforderung.

Selbstbestimmtes Leben

Wichtig ist es daher, Besucherinnen und Besucher umfassend informieren und beraten zu können, wie sie unsere Museen besuchen können. Besonders gefreut haben wir uns daher über den Besuch von Anna Radtke, die sich als Inklusionsbotschafterin in einem von der Aktion Mensch geförderten Projekt der „Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland“ (ISL) für barrierefreie Freizeit- und Urlaubsmöglichkeiten einsetzt. Dazu rief sie das Internetportal www.holicap.de zur Planung barrierefreier Freizeit und Reisen ins Leben.

Die Inklusionsbotschafterin und E-Rollstuhlfahrerin Anna Radtke nahm die Würzburger Residenz samt Hofgarten ganz genau unter die Lupe. Entstanden sind eine detaillierte Beschreibung, ein Video und ein Plan vom Hofgarten mit

Wegekategorien für Rollstuhlfahrer und Menschen mit Gehbehinderung. Der Eindruck der Expertin: „In der Residenz Würzburg wurde viel unternommen, um das Museum für Rollstuhlfahrer und Menschen mit Gehbehinderung zugänglich zu machen. Es gibt überall im Gebäude Rampen und sogar einen nachträglich eingebauten Aufzug. Natürlich gibt es in Bezug auf Barrierefreiheit für Alle, also zum Beispiel auch für Menschen mit Seh- und Hörbehinderungen, immer einige Dinge, die verbessert werden können. Doch darf man nicht vergessen, dass dies bei alten, denkmalgeschützten Gebäuden oft keine leichte Aufgabe ist. Alles in allem bin ich positiv überrascht, wie viele gute Lösungen hier bereits gefunden wurden.“

Den Bericht kann man auf der Website www.holicap.de/resiwue nachlesen; das Video ist auch auf der Website der Residenz Würzburg unter <http://www.residenz-wuerzburg.de/deutsch/tourist/index.htm> zu sehen.

Ganz im Sinne der vor sieben Jahren von Deutschland ratifizierten UN-Behindertenkonvention ermöglicht die barrierefreie Erschließung mobilitätseingeschränkter Besucherinnen und Besuchern, die Residenz Würzburg und ihren Hofgarten größtenteils selbstständig zu erkunden. □



Gute Stimmung beim Produktivstart von OK.VERKEHR in der Zulassungsstelle der Stadt Amberg. Oberbürgermeister Michael Cerny (Mitte) und Werner Weiss, IT-Leiter der Stadt Amberg (links). Rechts AKDB-Geschäftsfeldleiter Wolfgang Brehovsky. □

Einfacheres Gewerbewesen in Oberfranken

Immer mehr Kommunalverwaltungen nutzen mit OK.GEWERBE ein Gewerbe- und Erlaubnisverfahren aus der neuen Produktgeneration SYNERGO®. Die Software ermöglicht einen einfachen und zukunftsfähigen Betrieb des Gewerbeverfahrens im AKDB-Rechenzentrum und trägt mit dazu bei, dass Kommunen ihren Gewerbetreibenden gegenüber modern auftreten können.

Oberkotzau Bürgermeister Stefan Breuer beispielsweise hat OK.GEWERBE aus der neuen AKDB-Produktgeneration SYNERGO® im Einsatz. Sein erster Eindruck: „Das Fachverfahren beschleunigt die Prozesse im Gewerbeamt, detaillierte Gewerbemeldungen sind jetzt im Rechenzentrum sicher aufgehoben und immer verfügbar.“

Die Oberkotzauer Verwaltung erhalte nun auf Knopf-

druck alle relevanten Daten und schnelle Auswertungen, betonte Breuer.

Auch Oberkotzau betreibt seine Verfahren im Rechenzentrum der AKDB und benötigt damit keine Updates und keine Wartungsarbeiten mehr. Darüber hinaus überzeugt das neue OK.GEWERBE mit einheitlicher Maskengestaltung, sinnvollen Assistenzfunktionen und intuitiver Bedienbarkeit. □

Standort Bamberg:

Studie zur Entwicklung der Gesundheitswirtschaft

Der Medizintechnik-Spitzencluster Medical Valley EMN e.V. hat die ersten Ergebnisse des Strategieprozess zur Entwicklung der Gesundheitswirtschaft am Standort Bamberg vorgestellt. Wirtschaftsministerin Ilse Aigner zieht ein positives Fazit: „Der Strategieprozess erfasst die Chancen der Gesundheitswirtschaft in Bamberg. Und die Ergebnisse zeigen ein positives Bild.“

Die Studie schlägt konkrete Maßnahmen vor, wie das Gesundheitswesen in der Region weiterentwickelt werden kann. Aigner sagt dafür ihre Unterstützung zu: „Wir wollen die Potenziale in Bamberg nutzen.

Durch die Anbindung an den Spitzencluster Medical Valley bietet das geplante Anwendungszentrum Gesundheitswirtschaft mit den Schwerpunkten Hygiene und Healthcare IT einen echten Mehrwert. Nicht nur für die Region, sondern für ganz Bayern.“

Auch das Thema Pflege sei hier gut aufgehoben. „Die Pflegeberufe gewinnen zunehmend an Bedeutung. Mit einem interdisziplinären Aus- und Weiterbildungscampus können wir diesen Sektor gezielt fördern“, so die Ministerin weiter. Aigner begrüßt auch die Überlegungen ein auf die Gesundheitswirtschaft zugeschnittenes Gründerprogramm in Bamberg. □

Teamplayer.

Der Bürgerbüro-Arbeitsplatz powered by SYNERGO®



GebIT Besuchen Sie uns in Halle 7!
BML - Stand A58
kommIT - Stand A62



Die Zukunft der Verwaltung findet jetzt statt.

Die neu entwickelten Fachverfahren auf Basis der SYNERGO®-Produktgeneration überzeugen nicht nur durch den Einsatz modernster Technologiestandards, sondern sind durch einheitliche Bedienkonzepte schnell erlernbar. Der Name ist Anspruch und Programm: Synergien über alle Fachbereiche hinweg. Überzeugen auch Sie sich, wie teamfähig und integrativ der Verwaltungs- und Bürgerbüro-Arbeitsplatz der Zukunft ist.

AKDB
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Kommunales GIS-Forum in Neu-Ulm:

Geodaten werden mobil

„Die digitale Gemeinde – Geodaten werden mobil“ lautete das Thema des 3. Kommunalen GIS-Forsums des Runden Tisches GIS e.V. in Neu-Ulm. Rund 130 Teilnehmer erörterten die Bedeutung von Geodaten für das Alltagsgeschäft der Städte und Gemeinden.

Nach einer Keynote von Neu-Ulms Landrat Thorsten Freudenberger wurden in den vier Vortragsblöcken „Potenziale in offenen und kommerziellen Daten nutzen“, „Geodaten – fit für die Zukunft“, „GeoApps als Service für den Bürger“ sowie „GIS und Daseinsvorsorge“ zahlreiche Anwendungsfelder geographischer Daten präsentiert. Diese reichten von der Schulentwicklung und Aspekten der fach- und länderübergreifenden Nutzung von Geoinformationen über die Frage, wie

Kommunen aktuell von der europäischen Richtlinie Inspire betroffen sind bis hin zur Kartierung und das Management von Brachflächen.

Neuer Leitfaden

Philipp Willkomm stellte den neuen Leitfaden des Runden Tisches GIS e.V. „3D-GIS und Energie“ vor. Dieser zeigt auf, welche Chancen dreidimensionale Geodaten bieten und was heute schon machbar ist. „Intelligente 3D-Geodaten“ sind mehr

als hübsche Visualisierungen. Sie besitzen eine Semantik, wie es der Informatiker ausdrückt. Das heißt, einem dreidimensionalen Objekt wie zum Beispiel einer einzelnen Hauswand oder auch einem kompletten Wohnblock können beliebige Informationen zugeordnet werden – etwa Baujahr, Dämmwert oder jede andere Angabe von Interesse. Das erlaubt automatisierte großflächige Analysen, die durch die Energiewende aufgeworfene Fragen beantwortet: Wie hoch ist der Energiebedarf von Gebäuden, Siedlungen und ganzen Städten? Wie hoch das Potenzial für Solarenergie, wenn man Wetterdaten, Dachformen und gegenseitige Verschattungen berücksichtigt? Wie wirken Windparks und Überlandleitungen in der Landschaft? Welche alternativen Standorte und Trassen sind möglich?

Aktuelle Forschungen

Insgesamt haben 60 Autoren ihr Wissen in diesem Leitfaden zusammen getragen. Wissenschaftler unter anderem von der Technischen Universität (TU) München, der Hochschule für Technik (HfT) Stuttgart und der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich berichten über ihre aktuellen praxisbezogenen Forschungen und werden ergänzt durch 18 Praxisbeispiele, in denen GIS-Anbieter und Energieversorger ihre entsprechenden Projekte vorstellen. Dazu gibt es einen knappen,

aber kompletten Überblick zu den aktuellen Rahmenbedingungen. Dazu zählen die gesetzlichen Vorgaben zur künftigen Energieversorgung ebenso wie der aktuelle Stand der Technik in Sachen 3D-Daten bei Stadt- und Landschaftsmodellen sowie Infos zu ihrer Verfügbarkeit durch öffentliche und private Datenanbieter.

Energie-Atlas Bayern

„Arbeiten mit dem Energie-Atlas Bayern“ lautete das Vortragsthema von Angela Dittfurth vom Bayerischen Landesamt für Umwelt, Ökoenergie-Institut Bayern. Der Energie-Atlas bietet umfangreiche Informationen rund um das Thema Energie, die auch über Karten- und Diagramme veranschaulicht werden. Daneben können sich Bürger zum Beispiel über das interaktive Mischpult „Energimix Bayern vor Ort“ ein Bild von Ausbaustand, Praxisbeispielen und Potentialen in ihren Gemeinden machen.

Karen Bounagas, Stadt Neu-Ulm, gab Auskunft über die Anwendung des Brachflächenkatasters in der Stadtplanung. Ihren Ausführungen zufolge ist der Aufbau des Katasters im GIS ein arbeitsintensiver Prozess, der nicht abgeschlossen ist. In der laufenden Anwendung gebe es Fehlerkorrekturen und Verbesserungsvorschläge. „Die Vorteile des GIS-gestützten Bau- und Brachflächenkatasters überwiegen“, so Bounagas Fazit.

Förderprogramm

Mit Anmerkungen zum umfangreichen Förderprogramm des Freistaats (Laufzeit bis 2018) wartete Oliver Schrempel, Leiter des Bayerischen Breitbandzentrums Amberg, auf. Nach seinen Worten sind von 2.065 Gemeinden in Bayern mit insgesamt 40.000 Ortsteilen aktuell 1.889 Gemeinden im Förderverfahren (Stand: 16.11.15). Dies entspricht einem Anteil von 92 Prozent. Mit einer Gesamtfördersumme von 189 Millionen Euro starten nun bereits 555 Kommunen in den Breitbandausbau.

Als Zielsetzungen für den Ausbau definierte Schrempel einen hohen Grad an Flächendeckung mit schnellem Internet, außerdem zukunftsfähige Lösungen wie hoher Glasfaseraufbau (FTTB), z. B. in Gewerbegebieten oder sonstigen Gewerbestandorten, Hotels etc. (Bandbreite 100 Mbit/s aufwärts) sowie – soweit noch nicht versorgt – die Erschließung der Schulen mit schnellem Internet. Breitbandmanager an den Ämtern für Digitalisierung, Breitband und Vermessung berieten die Gemeinden entsprechend.

Bereits im Mai 2015 fiel der einstimmige Beschluss: Der langjährige Vorstandsvorsitzende des Runden Tisches GIS e.V. Prof. Dr. Mathäus Schilcher wird zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Auf dem kommunalen GIS-Forum nutzte man nun die Gelegenheit, den Titel auch offiziell zu verleihen.

Ehrenvorsitzender Schilcher

Als „Vater des Runden Tisches GIS“ würdigte Dr. Klement Aringer vom amtierenden Vorstand zu diesem Anlass Schilcher und erinnerte an die Ursprünge des Vereins, denn schon Jahre vor der offiziellen Gründung im Jahr 2000 entstand an der TU München die Idee eines Netzwerkes zum Thema Geoinformation. Bereits zu diesem Zeitpunkt sei allen Initiatoren der Charakter der Geoinformatik als Querschnittsdisziplin bewusst gewesen, wengleich dies tatsächlich in vielen Branchen erst viel später sichtbar werden sollte. **DK**

Maus folgt MESO

Mit der Stadt Illertissen hat sich die 12. Verwaltung für komuna.RSP entschieden

Alle zwölf Verwaltungen im Landkreis Neu-Ulm nutzen seit 2011 einheitlich MESO, das bundesweit marktführende Einwohnerverfahren. So war es nur konsequent, dass sich die Verwaltungen im Bereich eGovernment für komuna.RSP entschieden haben.

Künftig können somit rund 165.000 Einwohner in 17 kreisangehörigen Gemeinden im Landkreis Neu-Ulm ihre Behördenangelegenheiten erledigen. Über 30 Serviceleistungen stehen den Bürgern per Mausclick zur Verfügung. Mit optimalen Abläufen – ohne Medienbruch vom Bürger bis zum Sachbearbeiter im Rathaus – garantiert komuna.RSP somit höchste Effizienz.

Beide Seiten gewinnen: Bürger und Rathaus

Über 250 Verwaltungen bieten ihren Bürgern unter dem Motto „Mit der Maus ins Rathaus“ seit Jahren eine „Rundum-die-Uhr“-Serviceleistung an. Damit erledigen die Bürger

immer mehr Behördengänge über das Internet, einfach und bequem von zu Hause aus.

eGov-Basisdienste

Vom eGovernment profitieren die Bürger ebenso wie die Verwaltung: Zeitersparnis und Komfort auf der Bürgerseite, Entlastung und mehr Service auf Seiten der Verwaltung.

Zudem steht in komuna.RSP in Kürze ein weiterer Mehrwert zur Verfügung: die eGovernment-Basisdienste des Freistaats Bayern, nachdem diese den staatlichen und kommunalen Dienststellen betriebskostenfrei und dauerhaft über offene Schnittstellen zur Nutzung zur Verfügung gestellt werden. □

Neue TAL-Entgelte 2016:

BREKO setzt auf intelligente Berechnungsmethode

Der Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO) setzt bei der anstehenden Neufestlegung der Entgelte für den Zugang zur Teilnehmeranschlussleitung (TAL – die „letzte Meile“) auf einen konstruktiven Dialog mit der Bundesnetzagentur. Der führende deutsche Glasfaserverband wird sich hierzu in Kürze mit einem eigenen Vorschlag an die deutsche Regulierungsbehörde wenden.

Dieser basiert auf einer von der EU empfohlenen Berechnungsmethode 1, die von den EU-Mitgliedsstaaten ab dem 01.01.2017 verbindlich beachtet werden muss, aber bereits heute angewendet werden kann. Ziel ist es, den flächendeckenden Glasfaserausbau mittels eines effizienten Modells zu beschleunigen und damit die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft weiter voranzubringen.

Derzeit – seit 1. Juli 2013 – liegen die Entgelte für den Zugang zur letzten Meile bei 10,19 Euro pro Monat für die Anmietung der TAL am Hauptverteiler (HVt) und 6,79 Euro monatlich bei Anmietung am Kabelverzweiger (KVz – der „graue Kasten“ an der Straße). Dieser Betrag muss von alternativen Netzbetreibern an die Deutsche Telekom als Infrastrukturanbieter gezahlt werden. Die aktuellen TAL-Entgelte gelten noch bis 30. Juni dieses Jahres. Für den Zeitraum danach hat die Deutsche Telekom bei der Bundesnetzagentur nun Entgelte von 11,20 Euro für die HVt-TAL und 7,51 Euro für die KVz-TAL beantragt.

Intelligentes Szenario

„Wir wollen gemeinsam mit der Bundesnetzagentur ein intelligentes Szenario entwickeln, um die flächendeckende Verfügbarkeit ultraschneller Glasfaseranschlüsse – und damit den Weg in die Gigabit-Gesellschaft – möglichst schnell voranzutreiben“, erläutert BREKO-Geschäftsführer Dr. Stephan Albers das Vorgehen des Verbands. „Durch die neue Berechnungsmethodik würde sich insbesondere das Entgelt für die KVz-TAL verringern, was weitere Anreize dafür schafft, zukunftssichere Glasfaserleitungen näher zum Kunden zu bringen. Gleichwohl würde sich auf diesem Wege auch der Mietpreis der nach wie vor meist genutzten HVt-TAL verringern.“

Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Berechnungsmethodik sieht einen möglichst reibungslosen Übergang von reinen

Kupfernetzen hin zu auf Glasfaser basierenden Netzen der nächsten Generation (NGA-Netzen) vor. Im Gegensatz zu bisherigen deutschen Berechnungsmodellen, das die Wiederbeschaffungskosten des gesamten (historischen) Kupfernetzes zu heutigen Preisen zur Grundlage hat, berücksichtigt das EU-Modell diejenigen Infrastrukturkomponenten – so etwa Kabelkanäle und –schächte, Rohre, Gräben oder Masten –, die beim Übergang zu Glasfasernetzen weiterhin genutzt werden können.

Quote der alternativen Netzbetreiber steigern

Die Kosten solcher (im Wesentlichen bereits abgeschriebener) Elemente werden bei der Berechnung der fiktiven Wiederbeschaffungskosten dementsprechend in Abzug gebracht. Durch die aus dieser Berechnungslogik resultierenden, günstigeren TAL-Entgelte bleibt es alternativen Netzbetreibern auch weiterhin möglich, zunächst die notwendigen Investitionsmittel zu erwirtschaften, um im Anschluss direkte Glasfaseranschlüsse bis ins Gebäude oder die Wohnung (FTTB/FTTH) auszurollen.

Der BREKO setzt darauf, auch über diesen Weg die Quote der alternativen Netzbetreiber an der Verfügbarkeit ultraschneller Glasfaseranschlüsse (FTTB / FTTH) stetig sowie deren Gesamtzahl deutlich nach oben zu treiben. Schon heute (Stand: Mitte 2015) erfolgen mehr als 80 Prozent des Glasfaserausbaus (FTTB/FTTH) in Deutschland durch die alternativen Netzbetreiber.

„Ein günstiges Monatsentgelt für die KVz-TAL ist sicher nur ein Baustein auf dem Weg zur Glasfaser für alle“, sagt Dr. Stephan Albers. „Wir müssen nun aber alle Weichen richtig stellen, damit Wirtschaft und Gesellschaft nicht abgehängt werden und es uns gelingt, zukunftssichere und nachhaltige Glasfaser-Infrastrukturen zum Standard zu machen.“ □



Von links: Josef Ledermann (Ingenieurbüro Ledermann), Alfons Steimer (Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung), Landrätin Tanja Schweiger und Harald Hillebrand (Breitbandbeauftragter des Landkreises Regensburg) freuen sich über die Zusage des Bundes. □

Landkreis Regensburg erhält Förderung für schnelles Internet

Letzte Breitbandlücken sollen geschlossen werden

Der Landkreis Regensburg ist einer der drei ersten Landkreise in Bayern, die einen Zuwendungsbescheid nach der Förderlinie des Bundes beantragt und nun auch erhalten haben. Insgesamt wurden erst 78 Förderanträge aus ganz Deutschland positiv beschieden.

Der Landkreis Regensburg erhält damit 50.000 Euro, wie Landrätin Tanja Schweiger erfreut mitteilte. Mit dem Geld sollen Ausbauprojekte für schnelles Internet geplant und gegebenenfalls Antragsunterlagen für eine Bundesförderung dieser Projekte erstellt werden. Der Landkreis Regensburg will den Gemeinden damit helfen, den letzten „Weißen Flecken“ auf den Zahn zu fühlen.

Nach ersten Gesprächen zwischen Josef Ledermann, vom Ingenieurbüro Ledermann, dem Amtsleiter des Amtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, Alfons Steimer und dem Breitbandbeauftragten des Landkreises Regensburg, Harald Hillebrand dürfte dies vor allem für die Gemeinden Hemau, Beratzhausen, Bernhardswald und Regentstau von Interesse sein. Abgefragt würden aber auf jeden Fall alle Gemeinden.

Technologieneutrale Förderung

Mit dem Bundesförderprogramm wird der Netzausbau technologieneutral gefördert. Der Fördersatz beträgt 50 Prozent und wird in Bayern durch Landesmittel bis 70 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten aufgestockt.

Nach Abschluss der Ausschreibungen im Rahmen des Bayerischen Breitbandförderprogramms wurden Mitte letzten Jahres 26 Förderanträge bei der Regierung eingereicht, wovon mittlerweile die Gemeinden Altmühltal, Bernhardswald, Brenn-

berg, Duggendorf, Hemau, Holzheim a. Forst, Mötzing, Pfakofen, Riekofen, Sünching, Thalmsing positiv beschieden sind. Petendorf wird zudem eigenwirtschaftlich durch die Telekom in FTTH ausgebaut.

Auf dem richtigen Weg

Im Landkreis Regensburg werden ca. 600 Kilometer neue Glasfaserleitungen und 220 Kilometer Leerrohre verlegt und ca. 550

DSLAM's (Digital Subscriber Line Access Multiplexer engl. für „DSL-Zugangsmultiplexer“, kurz DSLAM) errichtet. Insgesamt investieren die Telekommunikationsunternehmen ca. 20 Millionen Euro in den Landkreis.

Tanja Schweiger: „Der Landkreis unterstützt seit 2013 die Gemeinden auf diesem Weg durch die Bereitstellung eines Ingenieurs und Zuschüsse in Höhe von 1,5 Mio. Euro. Der Landkreis Regensburg wird durch die Anerkennung aus Berlin in seinem Kurs beim Thema Breitbanderschließung bestätigt. Das zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind.“ □

openBIT e.V. feierte zehnjähriges Jubiläum

Der in Nürnberg ansässige Verein openBIT e.V. hat sein zehnjähriges Jubiläum begangen. Aus der Open Source Software Branche entstanden, hat sich openBIT e.V. den Open Source Prinzipien verschrieben. Als Zusammenschluss von Unternehmen, Forschungsinstituten, Kommunen und Experten agiert der Verein als Plattform für Projekte, die durch Open Source Prinzipien unsere Gesellschaft weiterentwickeln.

Im Jahr 2006 wurde der Verein noch unter dem Namen Linux Business Campus Nürnberg gegründet. Bereits ein Jahr später wurde er umbenannt in Open Source Business Foundation und im Jahr 2015 in openBIT.

Breit gefächertes Themenspektrum

Projekte wie das openETCS (Open European Train Control System), in dem die openBIT gemeinsam mit der Deutschen Bahn die Grundlage für ein europäisches Zug-Sicherheitssystem geschaffen hat, bilden seit einem Jahrzehnt den Kern des openBIT e.V. Die Themenfelder, in denen die Open Source Prinzipien mittlerweile Anwendung finden, sind breit gefächert. Software, Hardware, Open Education, Industrie 4.0 bis hin zu Open Data bilden in vielen Bereichen das Rückgrat der deutschen Wirtschaft und geben eine Möglichkeit, die Technologieführerschaft der hiesigen Wirtschaft voranzutreiben und zu festigen. **DK**

Nächste Gebiete stehen fest:

Glasfaserausbau in München wird fortgesetzt

27 Erschließungsgebiete außerhalb des Mittleren Rings in den kommenden Jahren

Die Welt wird immer digitaler, das Internet hält zunehmend Einzug ins Privat- und ins Berufsleben. Die Digitalisierung benötigt sichere, stabile und immer leistungsfähigere Netze, um den wachsenden Datenverkehr zu bewältigen. Die SWM erschließen die Landeshauptstadt mit Glasfaser. So ermöglichen sie gemeinsam mit M-net, dem Münchner Telekommunikationsanbieter, High-Speed-Internet.

Bis 2014 hatten sie in einem ersten Schritt Stadtteile vorwiegend innerhalb des Mittleren Rings angeschlossen. Nach intensiver Planung steht nun der zweite Ausbauschnitt fest: Weitere 35.000 Gebäude mit über 230.000 Wohneinheiten außerhalb des Mittleren Rings sollen in den kommenden fünf Jahren erschlossen werden. Damit werden dann knapp 70 Prozent aller Münchner Haushalte direkten Zugang zur hochleistungsfähigen Glasfaser haben.

Ein weiterer Meilenstein für Münchens Infrastrukturentwicklung: Denn dank der Glasfaser profitieren nun auch Privatkunden, Selbstständige und kleinere Betriebe (SOHO) von einem der schnellsten und modernsten Datennetze Europas. Das kommunale Unternehmen SWM und seine Telekommunikationstochter M-net investieren in den weiteren Ausbau einen niedrigen dreistelligen Millionenbetrag.

Dieter Reiter, Oberbürger-

meister und SWM Aufsichtsratsvorsitzender: „Die Glasfaserausbau-Offensive von SWM und M-net erreicht nun auch die Stadtviertel außerhalb des Mittleren Rings. Damit ermöglichen sie in den kommenden Jahren immer mehr Münchnerinnen und Münchnern einen zukunftsfähigen Breitband-Internetanschluss.“

Deutschland fällt zurück

Verschiedene Studien und Diskussionsbeiträge zeigen, dass München und Deutschland bei schnellen Datenverbindungen und Glasfaserausbau hinter andere Städte und Länder zurückfallen. Im globalen Vergleich der durchschnittlich höchsten Verbindungsgeschwindigkeiten liegt Deutschland zwar über dem Durchschnitt, allerdings nur auf Rang 36 von 143 betrachteten Ländern. Die Spitzenplätze belegen Singapur, Hongkong und Südkorea. Im europäischen Vergleich der

FttB/H-Abdeckungsraten nach Wohneinheiten ist Schweden mit 46,2 Prozent eines der führenden Länder. Mit 2,6 Prozent liegt Deutschland hier deutlich unter dem Durchschnitt von 12,3 Prozent. München belegt im deutschen Städtevergleich von 70 Städten den 17. Rang.

Reiter: „Die Glasfaser-Erschließung für München basiert auf einem zukunftsfähigen und nachhaltigen Ansatz. Am Ende dieser zweiten Ausbauphase haben knapp 70 Prozent der Münchner Haushalte sowie deren Bewohner die Möglichkeit, den ‚kommunalen Highspeed-Internetzugang‘ zu nutzen. Der Zuzugewinn an Infrastruktur treibt auch die Digitalisierungsstrategie der Landeshauptstadt voran.“

Digitale Möglichkeiten

Josef Schmid, 2. Bürgermeister und Betreuungsreferent der SWM: „Der gezielte, flächendeckende Glasfaserausbau eröffnet Privatreuten und Unternehmen zahllose digitale Möglichkeiten und sie wirkt nicht zuletzt auch einer Unterversorgung von Randgebieten entgegen. Zusätzlich zu den Gewerbebetrieben im bisherigen

Erschließungsgebiet können künftig rund 21.000 weitere Betriebe einen Highspeed-Datenanschluss erhalten. Damit wird der Druck auf die bereits gut versorgten Kerngebiete in der Stadt gemindert und die Abwanderung von Gewerbebetrieben aus dem Stadtgebiet in Umlandgemeinden mit einer besseren Breitbandversorgung verhindert. Durch den Ausbau des Glasfasernetzes auch außerhalb des Rings tragen die SWM maßgeblich dazu bei, die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts München weiter zu stärken.“

Münchens Attraktivität sichern

Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der SWM Geschäftsführung: „Wir bauen das Netz schrittweise flächendeckend aus. Begonnen haben wir in der Innenstadt und den Innenstadtrandgebieten, nun bauen wir ‚den nächsten Ring‘. Dabei werden lokale Spezifika, wie die Gewerbestruktur, Neubaugebiete und bestehende SWM Infrastruktur mit berücksichtigt. Ebenfalls eine wichtige Rolle spielt natürlich das bei M-net bereits bekannte Kundeninteresse an schnellen Glasfaser-Internetanschlüssen.“

Bereits noch in diesem Jahr beginnen die SWM, die Gebiete Hasenberg und Harthof zu erschließen. Nach dem mehrmonatigen Aufbau und der Implementierung der hochmodernen Technikkomponenten stehen dann im ersten Schritt mehr als 21.500 Haushalten sowie fast 1.000 Gewerbebetrieben und Unternehmen ab dem ersten Halbjahr 2017 zukunftsfähige Breitband-Anschlüsse zur Verfügung.“

Nachfolgend soll die Glasfaser in diesen Gebieten ausgebaut werden: Messestadt Riem, Obersendling-Ost, Neuhadern-Ost, Laim-Ost, Freiham, Am Luitpoldpark, Infanteriestraße, Milbertshofen, Freimann-Süd, Parkstadt Bogenhausen, Josefsplatz, Balanstraße Nord, Perlach-Süd, Moosach-Süd, Alt-Moosach, Nymphenburg-Süd, Neupasing, Siebenbrunn, Alte Heide, Oberföhring-Ost, Thalkirchen, Mittersendling, Pasing-Ost, Nymphenburg Nord I, Nymphenburg Nord II.

Bis 2021 werden die SWM und M-net knapp 570.000 Haushalten sowie etwa 81.000 Gewerbebetrieben in München die Möglichkeit eines leistungsfähigen Glasfaser-Internetanschlusses bieten können.

Die SWM und M-net haben bereits von 2010 bis Ende 2013 ein engmaschiges Glasfasernetz weitgehend innerhalb des Mittleren Rings verlegt, um den Münchnerinnen und Münch-

ern einen zeitgemäßen Internetzugang zu ermöglichen – rund 36.000 Gebäude mit 340.000 Haushalten sowie gut 60.000 Gewerbebetriebe wurden so erschlossen. Es folgten im Jahr 2014 Nachverdichtungen sowie Gebäude, die während der Bauphase nicht erschließungsfähig waren, z.B. in der Borstei und im Olympiastadion, im Umgriff der Tunnelbaustelle an der Garmischer Straße oder des ehemaligen ADAC Geländes am Westpark. In die „Ausbauphase Glasfasernetz“ wurden bislang gut 250 Millionen Euro investiert.

Die SWM werden das flächendeckende Glasfasernetz auch für innovative Anwendungen im Strommarkt nutzen, wie zum Beispiel intelligente Zähler, Smart-Grid-Anwendungen oder Smart-Home-Dienstleistungen. Die nicht selbst benötigten Leitungskapazitäten verpachten die SWM an ihre Telekommunikationstochter M-net, über deren Infrastruktur die Kunden dann Telekommunikations- und Internetlösungen von M-net oder anderen Anbietern beziehen können.

Bandbreitenbedarf: Nur Glasfaser bietet Kapazität und Geschwindigkeit

Die Anforderungen an Höhe und Qualität der Bandbreite steigen kontinuierlich im privaten und gewerblichen Bereich sowie in der Immobilienwirtschaft. Vor allem das Datenaufkommen und einhergehend damit die Bandbreitenanfrage wachsen weiterhin exponentiell. So verdoppelt sich das Datenaufkommen in den Netzen von M-net inzwischen etwa alle 9 Monate, nachdem dies über viele Jahre hinweg im Zwei-Jahres-Turnus erfolgte. Zudem wird die Versorgung mit schnellem Internet immer mehr als Teil der Grundversorgung gesehen und auch zum immer bedeutenderen Wirtschaftsfaktor.

Jens Prautzsch, Vorsitzender der M-net Geschäftsführung: „Wir befinden uns auf einem unaufhaltsamen Weg zur Gigabit-Gesellschaft. Langfristig wird nur ein Glasfaseranschluss im Gebäude (FttB) oder in der Wohnung (FttH) den damit verbundenen Bandbreitenbedarf decken können. Glasfaserleitungen bieten enorme Potenziale an Kapazität und Geschwindigkeit, die technisch noch bei weitem nicht ausgereizt sind und sich mit dem künftigen Bedarf weiterentwickeln können.“

Der Bandbreitenbedarf steigt exponentiell mit der Vielzahl an attraktiven Anwendungen, wie beispielsweise Video-Streaming, Online-Gaming oder etwa Cloud-Diensten. Ebenso nimmt die Zahl an Nutzern so-

wie an internetfähigen Endgeräten, wie Tablets oder Smartphones in Haushalten stetig zu. Während in Deutschland in 2011 jeder Einwohner über drei internetfähige Geräte verfügte, werden es im Jahr 2016 bereits fünf sein. Im TV-Bereich erfordern mehr digitale Sender sowie neue Formate des digitalen Fernsehens mit höheren Auflösungen (Ultra HD) höhere Bandbreitenkapazitäten.

Der Stellenwert der digitalisierten Wirtschaft wird immer wichtiger. Die Digitalisierung trägt jährlich mit 145 Milliarden Euro zum Wachstum in Deutschland bei, 1,5 Millionen Arbeitsplätze sind hierzulande bereits in diesem Segment entstanden. Die Wirtschaft benötigt hier also schnelle und verlässliche Datenverbindungen, um weiter wachsen zu können. Im gewerblichen Bereich verlangen Cloud-Dienste und Home-Office-Arbeitsplätze zunehmend nach sehr hohen Übertragungsraten.

Die Abhängigkeit vom Internet steigt, entsprechend höher wird die Bedeutung einer hohen Verfügbarkeit des Zugangs. Deshalb sind insbesondere gewerbliche Immobilien nur noch bei Verfügbarkeit von hohen Internetbandbreiten langfristig attraktiv. Ein modernes TV-Angebot und Highspeed-Internet ist für die Wohnungswirtschaft unerlässlich, da dies entscheidende Faktoren hinsichtlich der Attraktivität einer Wohnung sind, und damit einen unmittelbaren Einfluss auf den Wert einer Immobilie einnehmen.

Hohe Leistungsfähigkeit

„Mittelfristig ist die Glasfaser das einzige Medium, das den Bandbreitenbedarf bewältigen wird. Alle aktuellen Parameter und jegliche Zukunftsprognosen weisen einhellig darauf hin, dass der Bandbreitenbedarf exponentiell weiter wachsen, ja explodieren wird. Schon in vier Jahren, d.h. 2020, benötigen Haushalte im Regelfall Internetanschlüsse mit 100 Mbit/s; andere Studien gehen sogar von viel höheren Datenraten – man betone bei Privathaushalten – aus“, so Prautzsch. „Glasfaser-Internetanschlüsse bieten gegenüber anderen Technologien aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit den relevantesten direkten Zugang auf die Daten-Autobahn. Und das wird schon bald zum alles entscheidenden Faktor, der den Grad der Standortqualität bemisst.“

Mehr Informationen auf www.swm.de/glasfaser und auf www.m-net.de/muenchen. Die SWM stellen ihr Glasfasernetz ihrem Tochterunternehmen M-net zur Verfügung. □

Von Risiken und Nebenwirkungen

Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder in Darmstadt

Auf ihrer Tagung in Darmstadt hat sich die Konferenz der Datenschutzbeauftragten, ein freiwilliger Zusammenschluss aller Landesdatenschutzbeauftragten und der Bundesbeauftragten für den Datenschutz, sowohl mit rechtlichen und rechtspolitischen Fragestellungen als auch mit den Auswirkungen technischer Entwicklungen der Datenverarbeitung befasst.

In einer Entschließung lehnte die Konferenz die vom Bundesgesetzgeber verabschiedete Reform des Verfassungsschutzes ab, weil sie mit der föderalen Ordnung der Bundesrepublik nicht vereinbar ist und die Grundrechte der Bürger bedroht.

Bedenkliche Gesetzesänderungen

Nach Auffassung der Datenschutzbeauftragten sind die vorgesehenen Gesetzesänderungen in zentralen Punkten verfassungsrechtlich äußerst bedenklich, weil zum einen die operativen Befugnisse des Bundesamtes für Verfassungsschutz und zum anderen die Verpflichtung zum Datenaustausch zwischen den Verfassungsschutzbehörden untereinander und zwischen den Verfassungsschutzbehörden und den Polizeibehörden erweitert werden. Diese Erweiterungen verstießen gegen das informationelle Trennungsprinzip zwischen Verfassungsschutzbehörden und Polizeibehörden. Zudem löse das Gesetz nicht das in Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages aufgezeigte Problem des Kontrolldefizits bei den Nachrichtendiensten.

Warnung vor Datenschutzrisiken

In einer weiteren Entschließung warnte die Konferenz vor den Datenschutzrisiken von Cloud-unterstützten Betriebssystemen, wie sie u.a. von Apple, Google oder Microsoft vermehrt angeboten werden. Die Standardeinstellungen dieser

neuen Betriebssysteme führten oftmals dazu, dass zunehmend personenbezogene Daten aller Art vom lokalen Endgerät (Personalcomputer, Laptop, Tablet, Smartphone) an die Betriebssystem-Hersteller oder deren Cloud-Dienste übertragen werden. Dadurch erhalte der Hersteller Informationen, die es ihm erlauben, das Verhalten der Benutzer nachzuvollziehen und im Detail zu analysieren.

Paradigmenwechsel

Mit derartigen Betriebssystemen vollziehen die Hersteller laut Datenschützer einen Paradigmenwechsel, dessen tatsächliche und mögliche Auswirkungen auf den Umgang mit personenbezogenen Daten längst nicht allen Anwendern, d.h. Benutzern und für den IT-Einsatz Verantwortlichen, klar sein kann.

Die Hersteller schaffen sich den Zugang zu einer Vielzahl personenbezogener Daten, sofern die Standardeinstellungen nicht aktiv durch die Anwender verändert werden. Weitreichende Datenverarbeitungsbefugnisse könnten nicht dadurch gerechtfertigt werden, dass Nutzern auf Basis von AGB oder datenschutzunfreundlichen Vorinstellungen lediglich ein Opt-Out ermöglicht wird.

Insoweit sei es erforderlich, der Datenherrschaft von Nutzern durch technisch unterstützte Einwilligungslösungen zu entsprechen. Solange nicht unabhängige Dritte die Wirkung der Einstellungen auf den Datenschutz geprüft haben, sei selbst nach deren Änderung häufig unklar, wie

weit Datenübertragungen tatsächlich eingeschränkt werden, welche Daten im Detail betroffen sind und zu welchen konkreten Zwecken diese Daten erhoben werden sollen.

Die Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder forderte die Hersteller dieser Betriebssysteme auf, die Software mit datenschutzfreundlichen Voreinstellungen auszuliefern. Darüber hinaus seien die Anwender detailliert und fortlaufend darüber zu informieren, welche Daten unter welchen Voraussetzungen zu welchen Zwecken übertragen werden. Nur so könnten sie einschätzen, ob sie die Software unter den gegebenen Umständen erwerben bzw. verwenden wollen. Zudem müssten Anwender die Möglichkeit haben, auf einfache Weise selbst festzulegen, welche Daten lokal gespeichert bleiben sollen und welche Daten in die Cloud bzw. an den Hersteller übermittelt werden.

Empfehlung

Den Benutzern der neuen Betriebssysteme empfehlen die Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern, sich möglichst schon vor dem Kauf detailliert über die Funktionsweise zu informieren und alle Möglichkeiten der datenschutzfreundlichen Einstellungen der Betriebssysteme zu nutzen. Insbesondere die Verantwortlichen im behördlichen und kommerziellen Umfeld seien angehalten, vor der Entscheidung für einen Einsatz zu prüfen, ob für ihr Umfeld zugeschnittene Betriebssystemversionen verfügbar sind und ob sie bei der Nutzung der neuen Betriebssysteme ihrer datenschutzrechtlichen Verantwortung als Daten verarbeitende Stelle gerecht werden können. DK

M ein neuer Heimvorteil

Auch auf dem Land mit Highspeed im Internet unterwegs.

20 Jahre M-net

breitbandausbau@m-net.de

M-net Mein Netz

Best of Security in Hannover:

IT-Sicherheitslösungen auf der CeBIT 2016

Die Digitalisierung von Geschäftsprozessen birgt immense Chancen, macht aber auch einen wirksamen Schutz der IT-Infrastruktur erforderlich: Jedes dritte mittelständische Unternehmen wurde bereits Opfer von Datenspionage oder Cyberkriminellen. Die CeBIT zeigt eine beeindruckende Bandbreite neuer Lösungen zum Thema IT-Security – vom hochkarätig besetzten Cyber Defence Center bis zur Cloud-Lösung für elektronische Identitäten.

Eine sichere CeBIT-Attraktion wird das Cyber Defence Center von Airbus Defence and Space in der Security-Halle 6 (Stand G28): Reale Szenarien zeigen die typischen Vorgehensweisen von Hackern, und Experten aus dem führenden Verteidigungs- und Raumfahrtkonzern Europas verraten, wie sie Cyber-Angriffe erkennen, analysieren und abwehren.

Während im Security Operation Center das Monitoring von Angriffen stattfindet, ermöglicht das Cyber Defence Center zusätzlich die detaillierte Analyse mittels neuester Technologien und Werkzeuge. Damit ist es in vielen Fällen möglich, Attacken aus dem Internet schon während der Entstehung zu erkennen und abzuwehren, bevor ein Schaden entsteht.

Unter dem Motto „Schärfer sehen dank Security Intelligence“ tritt Kaspersky Lab (6, F18) in Hannover an. Im Mittelpunkt stehen Cybersicherheitslösungen und Security Intelligence Services für Unternehmen jeder Größe sowie für kritische Infrastrukturen. Darüber hinaus soll auf der CeBIT ein brandneues Produkt von Kaspersky Lab Premiere feiern, das einen besonderen Schutz vor hochentwickelten fortschrittlichen Cyberangriffen bietet.

Sophos (6, E15) stellt auf der CeBIT das Thema „Synchronisierte Security“ in den Fokus. Dabei geht es vor allem um Endpoint- und Netzwerk-Security-Lösungen mit der neuen so genannten „Heartbeat“-Funktion: Sophos Security Heartbeat übermittelt in Echtzeit Informationen zwischen Endpoints und der Firewall, um ein verdächtig-

ges Verhalten einzelner Geräte im Firmennetzwerk oder bösartige Attacken von außen zu erkennen.

Pünktlich zur CeBIT stellt G DATA (6, D16) seine neue Business-Security-Generation vor, die mit neuen Features und Zusatzmodulen wie einem Netzwerk-Monitoring für noch mehr Sicherheit im Unternehmen sorgt. Mit nur einer Lösung können IT-Verantwortliche alle Clients, Server und Mobilgeräte im Unternehmen absichern. Eine weitere G DATA-Neuheit ist Managed Endpoint Security powered by Microsoft Azure: Die Cloud-Lösung mit Rechenzentren auf deutschem Boden gewährleistet, dass sensible Unternehmensdaten optimal vor fremdem Zugriff geschützt sind.

Verhinderung von Lauschangriffen

Das Aus für Spionageaktivitäten via Handy verkündet Secusmart (6, G44) auf der CeBIT: Mit einer App, die für Android, BlackBerry 10 und iOS erhältlich ist, verhindert die Software SecuSUITE für Enterprise Lauschangriffe weltweit. Auch die deutsche Bundeskanzlerin vertraut beim mobilen Telefonieren auf die Lösung des Unternehmens, die in Halle 6 zum Besuchertest bereitsteht.

Häufig unbemerkt nisten sich Schadprogramme beim Surfen im Unternehmensnetzwerk ein. Secunet safe surfer von Secunet (6, G30) eliminiert diese Gefahr: Der Webbrowser läuft nicht auf dem Mitarbeiter-PC, sondern auf einem externen Server. Dadurch wird sicherge-

stellt, dass Schadprogramme weder auf den Computer noch ins Netzwerk gelangen. Eine integrierte Datenschleuse sorgt zudem für den sicheren Datentransfer von Downloads ins interne Netz.

Jeder Unternehmer will verhindern, dass sensible Daten entwendet werden können. Mit der Enterprise Security Suite von itWatch (6, D15/1) sind alle Daten umfassend vor einem Diebstahl geschützt: Die Lösung vereint Cyber Defense für PCs und in der Cloud, Endgerätesicherheit, mobile Security und Schutz vor Malware. Auch den Datenklau über Drucker und andere Peripheriegeräte verhindert die Software.

Sichere Festplatte

Eine hochsichere, schnelle und robuste USB 3.0-Festplatte im 2,5-Zoll-Format mit austauschbarem Silikonenschutz bringt DIGITRADE (6, H06) mit nach Hannover. Zudem erfolgt zur CeBIT der Marktstart der „Chiffry“-Premiumversion: Die Smartphone-App zum abhörsicheren Telefonieren und Teilen von Bildern oder Videos wird für Android, BlackBerry 10 und iOS angeboten.

AdNovum (6, D30) aus dem CeBIT-Partnerland Schweiz bietet seine Identity- und Access-Management-Lösung NEVIS jetzt auch in Deutschland an. Ursprünglich für den Einsatz im E-Banking konzipiert, schützt NEVIS Portale von Banken, Versicherungen und Behörden. Dank modularem Aufbau fügt sich die Software nahtlos in gewachsene IT-Infrastrukturen ein.

Bei Wick Hill (6, E18) können sich die Messebesucher einen Überblick über aktuelle Sicherheitslösungen verschiedener Hersteller verschaffen und sich mit den Produktteams von Partnern wie Aruba oder Sym-

antec austauschen. Auch DTS Systeme (6, E16) präsentiert verschiedene Hersteller und berät die Besucher unter anderem zu Produkten von HP, Palo Alto Networks und SafeNet.

Für die sichere Verschlüsselung von Daten werden in den meisten Fällen kryptographische Schlüssel verwendet. Um diese digitalen Zertifikate erstellen und prüfen zu können, benötigen Unternehmen eine aufwändige Public-Key-Infrastruktur (PKI). Die Bundesdruckerei (7/C18) präsentiert auf der CeBIT eine Cloud-Lösung, die Zertifikate für elektronische Identitäten einfach und sicher in einem akkreditierten Trust-Center erstellt. Außerdem zeigt das Unternehmen, wie man mit dem Smartphone oder Personalausweis eine sichere elektronische Signatur vornimmt kann.

Doch damit nicht genug: Natürlich spielt die IT-Sicherheit mit all ihren Aspekten auch bei vielen anderen prominenten CeBIT-Ausstellern eine bedeutende Rolle, darunter Davey, die Deutsche Telekom, IBM, Intel, Microsoft, Salesforce, SAP und Vodafone.

Dazu kommen spannende Keynotes aus der Security-Szene bei den CeBIT Global Conferences – zum Beispiel von Lookout-Mitgründer und CTO Kevin Mahaffey, der als Achtjähriger mit dem Programmieren begann und heute zu den einflussreichsten Security-Experten zählt. Weitere Sprecher zum Thema IT-Security sind unter anderem Phil Zimmermann, der Erfinder der weltweit am häufigsten eingesetzten Verschlüsselungs-Software Pretty Good Privacy (PGP), der Chef des finnischen Anbieters von Sicherheitslösungen F-Secure, Christian Fredriksson, und der langjährige Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar, jetzt Vorsitzender der Europäischen Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz.

Ein weiteres Highlight ist die Premiere der European Cyber Security Conference im NordLB-Forum: Die Veranstaltung am ersten Messetag (14. März) behandelt wichtige Sicherheitsfragen aus der Sicht der Wirtschaft. Weitere Veranstaltungen in der Security-Halle 6 wie das Business Security Fachforum und die CeBIT Security Plaza runden ein pralles Programm zum Thema IT-Sicherheit ab, wie es weltweit kein zweites IT-Event bietet. □

Unter dem Namen „eMeld21“ arbeiten seit Mitte des vergangenen Jahres rund 400 hessische Meldebehörden erfolgreich mit VOIS. Ende Januar 2016 fiel nach einer anderthalbjährigen Projektphase auch in der Bundeshauptstadt der Startschuss für VOIS.

Im Zentrum des „FOKUS KOMMUNE“-Tages Meldewesen stehen ein Praxis- und Erfahrungsbericht des Berliner Landesamtes für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) sowie die Möglichkeiten, die sich mit dem Baukastensystem VOIS ergeben. Referenten sind Manuela Sandhop (LABO) und Stephan Hauber (Geschäftsführer HSH Soft- und Hardware Vertriebs GmbH).

Am 18. März heißt das Thema schließlich „VOIS | GESO – Eine neue Ära beginnt“ (naviga GmbH). In dem Vortrag von Michael Kratz wird das neue Gewerbe- und Erlaubniswesen auf der Grundlage der VOIS-Plattform vorgestellt. Im Mittelpunkt stehen dabei sowohl die Fachlichkeit von der Programmlogik über die Nutzerfreundlichkeit und Usability als auch die Vorteile und Möglichkeiten, die das Baukastensystem VOIS durch seinen integrativen Ansatz bietet. □



In der Eissporthalle Deggendorf stellt amplus Hotspots zur Verfügung. Bild: Rainer Taepper

ampus AG:

Hotspot-Initiative in ganz Bayern

Flächendeckendes WLAN für Kommunen, Vereine und soziale Projekte

Hotspots stellen den öffentlich zugänglichen und drahtlosen Internetzugang sicher. Außerhalb des im Haus installierten Internets haben Nutzer über öffentliche WLAN-Verbindungen Zugriff auf das World Wide Web. Gleichzeitig wird Internet mit Hotspots flexibel und mobil – und ermöglicht noch einfacher die Verbindung zur großen weiten Welt. Der Vorteil gegenüber LTE: Ganz ohne Volumen- oder Geschwindigkeitsbegrenzungen können Nutzer das mobile Internet genießen. Genau aus diesem Grund startet die amplus AG als zweitgrößter Carrier Bayerns eine Hotspot-Initiative über den gesamten Freistaat.

So haben auch Kommunen in abgelegenen Winkeln Bayerns Zugang zum mobilen Internet. Mithilfe der drahtlosen Datenübertragung setzt der Internetanbieter aus dem niederbayerischen Teisnach seine Unternehmensphilosophie „Schnelles Internet für Jeden“ auch im mobilen Bereich um.

Verlässlicher Partner

Mit der richtigen Planung und einem verlässlichen Partner im Breitbandausbau wappnen sich Kommunen für die Zukunft. Dazu gehört auch die Bereitstellung von kostenlosen Hotspots für die Allgemeinheit. Im Fokus der Hotspot-Initiative der amplus AG stehen daher alle Bürgerinnen und Bürger, Touristen, öffentliche Institutionen, Vereine und Gewerbetreibende im Gemeindegebiet.

Kabellose Datenübertragung

Mithilfe der WLAN-Technologie erfolgt eine kabellose Datenübertragung zwischen dem Hotspot und dem mobilen Endgerät des Kunden. Office-Anwendungen, Online-Dienste und Social Media sind so überall nutzbar. Die Basis des öffentlichen Netzwerks ist denkbar einfach: Entweder per direkter Verbindung zur aktiven Glasfasertechnik der amplus AG oder über einen VDSL-Anschluss innerhalb eines Gebäudes. Per WLAN verbundene Access Points an verschiedenen Positionen eines Areal sichern die stabile und schnelle Verbindung zum mobilen Internet für alle Nutzer.

Mit dem Hotspot-System der amplus AG stehen Kommunen verschiedene Optionen offen. Zum einen können Sie Bürgern unbegrenzt oder zum anderen einen bestimmten Zeitraum kostenloses WLAN zur Verfügung stellen. Gekoppelt den Fall, dass Nutzer nach Ablauf der kostenlosen Zeit weiter surfen möchten, stehen individuelle Buchungsmöglichkeiten per PayPal-Zahlung oder Barkauf von Voucher vor Ort offen.

Multiplikator im Standortmarketing

Aufgrund des notwendigen Logins der Nutzer sind Institutionen vor Konsequenzen eventuellen illegalen Missbrauchs des Hotspots gefeit. Gleichzeitig sind die Hotspots der amplus AG ein Multiplikator im Standortmarketing: Jede Kommune kann eine individuelle Startoberfläche erhalten – zum Bei-

spiel mit den interessantesten Informationen auf einen Blick oder durch das Hervorheben von Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten in der nahen Umgebung des Hotspots.

E-Wald-Projekt

Das bisher größte Hotspot-Vorhaben realisiert die amplus AG für das ursprünglich von der EU geförderte E-Wald-Projekt: Jede Ladesäule der Elektrofahrzeuge in ganz Niederbayern und der Oberpfalz bietet den E-Wald-Kunden schon bald die Möglichkeit, sowohl auf der Straße als auch im Internet mobil unterwegs zu sein. Für Kommunen verpflichtet sich die amplus AG über den Breitbandausbau hinaus: Der regionale Breitband-Carrier unterstützt Vereine vor Ort und soziale Projekte. Kostenloses Internet für Schulen oder WLAN-Hotspots für öffentlich zugängliche Bereiche stehen ganz oben auf der Agenda.

Eisstadion Deggendorf

Als Partner für kommunales Standortmarketing und als Teil ihrer Corporate Social Responsibility unterstützt das Unternehmen der Region Projekte quer durch alle gesellschaftlichen Interessensgruppen. So installiert die amplus AG beispielsweise im Eisstadion der Stadt Deggendorf mit dem hiesigen Eishockey- und Schlittschuh-Club (DSC) einen Hotspot für alle Zuschauer, Spieler und Talent-Scouts.

Die Besucher der VIP-Lounge können bereits heute bei den Heimspielen des Vereins eine kostenlose drahtlose Verbindung zum Teilen ihrer Stadion- und Spielerlebnisse nutzen. In den nächsten Wochen erfolgt die Verkabelung und Installation des öffentlichen Zuschauerbereichs.

Individuelle Konzepte

Im Punkt „soziales Engagement“ bietet die amplus AG ebenso allen Asylunterkünften kostenfreie Hotspot-Systeme an. So können beispielsweise Asylbewerber in der Chamer Gemeinde Rettenbach den stetigen Kontakt in ihre Heimatländer aufrecht erhalten. Zukünftig verstärkt die amplus AG ihr Engagement in diesen Bereichen, um die ländliche Region auch nachhaltig zu stärken und zu fördern. Per Anfrage an kommune@ampus.ag erarbeiten die rund 60 Mitarbeiter der amplus AG individuelle Hotspot-Konzepte für interessierte Kommunen. □

Databund auf der CeBIT 2016:

Zentraler Marktplatz für kommunale IT

Seit Jahren gilt der DATABUND-Gemeinschaftsstand im Public Sector Parc der CeBIT (Halle 7) als wichtigste Plattform für kommunale IT- und Fachverfahrenskompetenz. Fachbesucher finden hier praxiserprobte und leistungsfähige Fachanwendungen und Softwarelösungen für jeden Bereich der öffentlichen Verwaltung auf Länder-, Landkreis- und kommunaler Ebene. Vom 14. bis 18. März bietet sich die einmalige Chance, die führenden Fachverfahrens- und Softwarehersteller an einem zentralen Messestand zu treffen.

In diesem Jahr präsentieren sich insgesamt 19 führende Software- und Fachverfahrenshersteller mit ihren Produkten, Dienstleistungen und Lösungen auf dem 430 Quadratmeter großen Stand B 62 in Halle 7.

Eine von DATABUND in Auftrag gegebene wissenschaftliche Studie analysiert den juristischen und politischen Status quo und entwickelt das Grundkonzept der „digitalen Gewaltenteilung“ als Innovationsstrategie. Die Autoren Prof. Dr. Dirk Heckmann und Dr. Wilfried Bernhardt stellen die Studie am Montag, 14. März, ab 11 Uhr auf der CeBIT im „Public Sector Parc“ vor und stehen anschließend für Nachfragen am DATABUND-Stand zur Verfügung.

Unter dem Titel „FOKUS KOMMUNE“ finden an allen Messetagen Fachvorträge im Forum „Marktplatz Kommune“ des Public Sector Parcs statt – mit anschließenden Kofereaten, Praxisberichten und Gesprächsrunden

den in der DATABUND-Lounge. „FOKUS KOMMUNE“ beleuchtet jeden Tag ein anderes Themenfeld aus dem Bereich kommunale IT.

Am 14. März um 14 Uhr lautet das Thema „Verwaltungsweite eAkte“ (codia Software GmbH). In dem Vortrag „Die verwaltungsweite eAkte“ wird anhand eines Praxisbeispiels die verwaltungsweite Einführung der elektronischen Aktenführung in einer Kommunalverwaltung mit dem d.3ecm-System vorgestellt. Neben der allgemeinen Schriftgutverwaltung/Aktenplan wird außerdem auf Fall- und Fachaktenablagen mit Fachverfahrenintegration eingegangen. Der Besucher erhält darüber hinaus einen Überblick über die Möglichkeiten der Prozessunterstützung im Posteingang und der Vorgangsbearbeitung.

Am 15. März heißt es: „Wir helfen, das zu schaffen: Politik trifft informierten Sachbe-

arbeiter“ (Kommunix GmbH). Auf Merkels Zitat fokussieren viele, streiten über die Deutungshoheit und zermürben zunehmend diejenigen, die schon lange vor dem Sommer 2015 die Arbeit z. B. in der Ausländerbehörde gemacht haben.

Herausforderungen gab es in den vergangenen Jahren immer wieder und wie so oft sind die Kommunen diejenigen, die in ihrer Arbeit mit den Menschen handeln müssen. Heute sind Flüchtlinge diese Herausforderung.

Vor Ort seit langem bekannte Probleme erreichen endlich die Politik: Wer hat wem nicht zugehört? Gibt es etwa einen Spagat zwischen Politik und Verwaltung? Was kann kommunale IT schaffen? Auf jeden Fall kann sie Zahlen liefern, kann vage Eindrücke konkret untermauern, kann Gewissheit schaffen. Wie die Behörde unkompliziert und schnell reagieren kann, beleuchten der Vortrag und die anschließende Diskussionsrunde.

Am 16. März geht es um das Thema „AutiSta 2016: elektronische Prozesse im Standesamt“ (Verlag für Standesamtswesen GmbH) und am 17. März um „Die Zukunft ist Gegenwart: VOIS und andere Services“ (HSH Soft- und Hardware Vertriebs GmbH).

2. Zukunftskongress Bayern in München:

Digitalisierung und eGov zügig vorantreiben

Die Entwicklung von IT-Kooperation und E-Government stand beim 2. Zukunftskongress Bayern in München im Vordergrund. Die vom Behörden Spiegel veranstaltete Tagung wartete mit Podiumsdiskussionen und Vorträgen von Experten aus der IT-Branche auf. Außerdem hatten die Kongressbesucher Gelegenheit, an verschiedenen Fachforen, unter anderem zu den Themen Prozessrevolution und Digitale Infrastruktur, teilzunehmen.

Im Fachforum „Prozessrevolution“ – E-Akte, E-Rechnung und Co. verändern die behördliche Arbeitswelt“ gewährte Ludwig Hahn, EDV-Beauftragter der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Theres einen Einblick in die E-Akte, und damit „in die Zukunft, die schon in einer kleinen Verwaltung begonnen hat“.

Als erste unterfränkische Kommune bzw. als Verband der Gemeinden Theres, Gädheim und Wörfurt hat die VG Theres die elektronische Akte im Outsourcing-Verfahren eingeführt. Dabei werden die Daten nicht mehr auf einem Server vor Ort, sondern nach den aktuellsten Datensicherheitskonzepten und –vorschriften in einem Rechenzentrum gespeichert. Außerdem wurde mit dem Online-Bürgerserviceportal, dessen Umfang im Landkreis Haßberge einzigartig ist, der Service für die Bürger erweitert.

Die Einführung der E-Akte ist laut Ludwig Hahn ein lohnender Schritt. Denn die Dokumentenflut könne damit effektiv und rechts- und revisionsicher bearbeitet, verwaltet und archiviert werden.

Lohnender Schritt

Die VG Theres bietet die Dienste im Einwohnerwesen, Finanzwesen und Personendatenwesen auf ihrer Homepage www.vg-theres.de an. Über das Portal können beispielsweise Meldebestätigungen, Meldungen zum Umzug innerhalb der Mitgliedsgemeinden oder Wasserzählerstandsmeldungen erfolgen und Wahlscheine bei stattfindenden Wahlen angefordert werden.

Obwohl das Standesamtswesen an die Stadt Haßfurt übertragen wurde, können auch Ge-

burts-, Sterbe- und Eheurkunden beantragt werden, wenn die Geburt, der Sterbefall oder die Hochzeit in einer der drei VG-Gemeinden erfolgte. Hierauf wird bei Antragsstellung auch besonders hingewiesen. Außerdem werden kostenpflichtige Angebote dem Onlinenutzer deutlich erkennbar mitgeteilt und die Höhe der anfallenden Gebühren angezeigt. Am Ende eines Onlineantrages müssen dann die Gebühren über ein Onlinezahlungssystem (giro-pay Verfahren) entrichtet werden.

Mobiler Service

Geht es um Warnungen vor Umwelt- und Naturgefahren, Fahrplanauskünfte für Busse und Bahnen, Verkehrsmeldungen zu Staus und Behinderungen, Service für Millionen Besucher der bayerischen Nationalparks, um gesunde Ernährung während der Schwangerschaft, um kulinarische Spezialitäten des Landes, um die Gesundheit der Männer oder um die „BayernTour Natur-Bayern setzt auf mobilen Service.“

Wie Michael G. Möhnle, Leiter interministerielle AG „Mobile Kommunikation Bayern“ (Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz) beim Fachforum „Kunde sucht E-Government, E-Government sucht Kunden – Was kennzeichnet nutzerorientierte digitale Bürgerservices?“ hervorhob, ist der Freistaat Bayern das erste Land in Deutschland, das seinen Bürgern auf den beiden großen App-Marktplätzen einen kompakten mobilen Service anbietet. Die Bayerische Staatsregierung hat damit auf die wachsende Bedeutung einer Kommunikation mit mobilen Endgeräten reagiert und orientiert sich stärker Richtung „mobile Government“. In den nächsten Jahren wird das mobile Angebot weiter ausgebaut.

Dank hoher Kooperationsbereitschaft aller involvierten Verwaltungsebenen ist es im Landkreis Cham gelungen, auf effiziente Art ein interkommunales Geoinformationssystem einzuführen und die Transformation der Verwaltung zu einem Dienstleistungsunternehmen bis auf die kommunale Ebene zu forcieren.

Wie Dr. Ulrich Huber, E-Government-Verantwortlicher im Landratsamt Cham erläuterte, nutzten die Unternehmen aus der Region aus dem bereits bestehenden eGovernment-Repertoire insbesondere folgende Dienstleistungen sehr intensiv: das umfassende, im Web abrufbare Formularangebot, die stets aktuellen Daten des alle Landkreisgemeinden umfassenden Interkommunalen Geografischen Informationssystems (IK-GIS Cham) sowie das damit verbundene Digitale Planarchiv und die im Landkreis vorbildlich funktionierende Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Landratsamt.

vbw-Leitfaden

Die Präsentation des „Leitfadens Breitbandausbau – Effizienter Ausbau des Breitbandversorgungs in bayerischen Kommunen“ durch Dr. Benedikt Rüchardt, Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, war Bestandteil des Fachforums „Digitale Infrastruktur – innovatives, effizientes und sicheres Rückgrat einer Digitalen Verwaltung“.

Breitbandausbau ist laut Rüchardt ein Zukunftsprojekt. Erfolgsstrategien dazu setzen für die flächendeckende Grundversorgung auf kabelgebundene Breitbandtechnologien. Sie reißen finanzielle Handlungsspielräume konsequent aus, konzentrieren sich bei knappen Ressourcen auf sorgfältig geprüfte bedarfsgerechte Lösungen und beinhalten Ansätze, um verblei-

bende Ausbauaufgaben strategisch gezielt bewältigen zu können. Derlei Ausbaustrategien werden u. a. durch folgende Punkte abgesichert:

Eine laufend enge Zusammenarbeit und ein intensiver Erfahrungsaustausch mit dem regional zuständigen Breitbandmanager sowie mit Planungsbüros sind wesentliche Bestandteile eines effizienten und erfolgreichen Ausbauprojektes. Landratsämter können hier wertvolle Koordinationsarbeit leisten. Die sorgfältige Auswahl des Planungsbüros nach Kriterien wie Erfahrung, regionale Verbundenheit und Effizienz ist der erste Schritt hin zu einem erfolgreich und zielgerichtet handhabbaren Ausbauprojekt.

Besonderer Bedarf

Zur Definition der Mindestanforderung für den geförderten Ausbau muss der besondere Bedarf von Unternehmen und Versorgungseinrichtungen vor Ort abgefragt und berücksichtigt werden. Vielfach benötigen diese Einrichtungen schon heute Glasfaseranschlüsse. Regionale Wirtschaftsförderer können vor allem bezüglich der Abfrage des Unternehmensbedarfs wesentliche Hilfestellung leisten. Um auch bei begrenzten Ressourcen eine Ausbaulösung mit maximalem Nutzen generieren und politisch vermitteln zu können, sollte die Kommune in Zusammenarbeit mit den regionalen Breitbandmanagern eine sachlich gut begründete Prioritätenliste erarbeiten und kommunizieren.

Bei der Definition von Erschließungsgebieten, in denen gefördert ausgebaut wird, sollte die Kommune die Gebiete anhand nachvollziehbarer, sachgerechter und ausreichend differenzierter Kriterien intelligent abgrenzen und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in der Ausschreibung für die einzelnen Lose möglichst mehrere

Betreibergesellschaften ein Angebot abgeben. Kommunen sollten bei der Durchführung des Förderverfahrens sowohl Erfahrungswerte anderer Kommunen als auch Synergiepotenziale nutzen, wie sie sich etwa aus dem Bayerischen Grabungsatlas, dem Infrastrukturatlas der Bundesnetzagentur und weiteren Datenquellen zu vorhandenen Leerrohren verschiedener Infrastrukturanbieter oder aus interkommunalen Ausbauprojekten ergeben.

Überall dort, wo jetzt noch nicht vollständig auf Glasfaser umgestellt werden kann, sollten Kommunen bei anstehenden Tiefbauarbeiten auf Basis eines strategischen Entwicklungskonzeptes Leerrohre verlegen, die für ein späteres Glasfasernetz genutzt werden können. Landratsämter können hier wertvolle koordinierende Hilfestellungen leisten. Dort, wo die Fördermöglichkeiten und die finanziellen Möglichkeiten der Kommune selbst an Grenzen stoßen, sollten einer konsistenten Ausbaustrategie im Weg stehende Lücken durch die Förderangebote insbesondere der LfA geschlossen werden.

ISIS 12

Im Rahmen des Fachforums „Cyber-Sicherheit als individuelle und kollektive Herausforderung für die öffentliche Verwaltung“ präsentierte Andreas Hecker, Bayerischer IT-Sicherheitscluster e.V. ein pragmatisches und dennoch effektives IT-Grundschutz-Profil für Kommunen: ISIS12.

Gemeinsam mit dem Bayerischen IT-Sicherheitscluster e.V. in Regensburg unterstützt das Bayerische Innenministerium die Einführung eines aufwandsreduzierten IT-Sicherheits-Managementverfahrens bei kleineren und mittleren Kommunen. Der IT-Sicherheitscluster hat das Sicherheitsverfahren ISIS 12 bereits für kleine und mittelständische Un-

ternehmen etabliert. Auf Initiative des Innenministeriums wurde das Verfahren auf seine Eignung für Kommunen überprüft. Die antragsberechtigten Kommunen erhalten im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel 50 Prozent der Kosten für die Implementierung von ISIS 12 bis zur Höhe von 15.000 Euro. Die Förderabwicklung übernimmt der IT-Sicherheitscluster als Projekträger. **DK**

AKDB mit innovativen Praxisbeispielen

Das neue bayerische eGovernment-Gesetz ist wichtiger Bestandteil der Digitalisierungsstrategie Montgelas 3.0 des Freistaats. Auf dem 2. Zukunftskongress Bayern München wurden zahlreiche Topthemen der IT-basierten Verwaltungsmodernisierung aufgegriffen – und die AKDB zeigte dabei innovative Praxisbeispiele.

Das Geschäftsfeld eGovernment der AKDB wirkte aktiv mit. So referierte AKDB-Vorstandsvorsitzender Alexander Schroth bei einer Podiumsdiskussion zum Thema „Ebenenübergreifende IT-Kooperationen im Public Sector – wo liegen die Haupthandlungsfelder und Erfolgsfaktoren?“.

In einer begleitenden Ausstellung konnten sich die Kongressteilnehmer zudem anhand des Bürgerkontos und Unternehmenskontos im Bürgerservice-Portal überzeugen, wie eine sichere und vertrauenswürdige Authentifizierung bei Online-Prozessen für Bürger und Wirtschaft funktioniert. Bundesweit setzen bereits über 600 Kunden aus dem Kommunalbereich auf das Bürgerservice-Portal der AKDB. **DK**

Zum Internationalen Tag des Ehrenamts:

Ehrenamt 4.0: DsiN stärkt Freiwilligenarbeit – digital und sicher!

Zum Internationalen Tag des Ehrenamts mahnte der Verein Deutschland sicher im Netz e.V. (DsiN) die Bedeutung der souveränen Nutzung digitaler Dienste durch freiwillig Engagierte und ihre Organisationen an. „Die digitale Transformation macht auch vor dem Ehrenamt nicht Halt. Auf Herausforderungen wie Datenklau oder Rechtfertigen im Netz sind viele Freiwillige jedoch nur unzureichend vorbereitet“, erklärte Michael Littger, Geschäftsführer von Deutschland sicher im Netz.

Als Reaktion auf das Aufklärungsbedürfnis stellte DsiN die „Digitale Nachbarschaft“ vor. Zum Auftakt der Initiative wurden Workshops sowie Debatten über die Vermittlung digitaler Kompetenzen im Ehrenamt angeboten. Die Initiative schult ehrenamtlich Aktive und Organisationen kostenlos mit Webinaren und Materialien rund um die digitale Sicherheit und befähigt Interessierte, ihr Wissen weiterzugeben. Insgesamt werden mit dem Projekt über die nächsten Jahre mehr als eine Million Bürger in grundlegenden Fragestellungen der IT-Sicherheit erreicht.

„Die Entwicklung einer digitalen Gesellschaft schafft neue Möglichkeiten für Information, Interaktion und Partizipation. Doch zugleich entstehen damit auch neue Risiken und die Grenzen von Privatsphäre werden zu-

nehmend unscharf“, betonte Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). „Wir unterstützen das Projekt „Digitale Nachbarschaft“, das vielen engagierten Menschen in Vereinen und Verbänden hilft, die Möglichkeiten des Internets gut und sicher zu nutzen.“ Das Projekt wird gefördert vom Bundesministerium des Innern und unterstützt von Google Germany.

„Digitale Nachbarschaft“: Auftakt in Berlin

Die bundesweite Initiative „Digitale Nachbarschaft“ richtet sich an ehrenamtlich Aktive und organisierende Vereinsmitglieder, die zu IT-Trainern, sogenannten Scouts, ausgebildet werden. Eine zentrale Anlaufstelle im Internet bündelt alle Aktivitäten und Mate-

rialien des Projekts in einer digitalen Lernplattform. Auf dem Lehrplan stehen relevante Themen für den Vereins- und Lebensalltag von Anwendern: Vom erfolgreichen Auftritt in sozialen Medien, über sichere digitale Mitgliederverwaltung und Buchführung, bis hin zu Crowdfunding werden Interessierte geschult. Ehrenamtliche erlernen digitale verschlüsselte Kommunikation und den sicheren Umgang mit Bezahlung und Datenschutz im Internet.

Das erlernte Know-how ermöglicht den Scouts die Chancen des Internets selbst erfolgreich zu nutzen und befähigt sie außerdem dazu, ihr Wissen an andere Vereinsmitglieder, Gäste oder auch Freunde weiterzugeben.

Zum Projektauftritt der „Digitalen Nachbarschaft“ lud DsiN ehrenamtlich Aktive und Organisationen in die Kalkscheune Berlin ein. In praxisnahen Workshops wurden digitale Kompetenzen an Ehrenämter vermittelt. An der anschließenden Panel-Debatte „Ehrenamt digital – Potenziale sicher nutzen!“ nahmen Vertreter aus Politik, Wirtschaft und NGOs teil. □

* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de

Das Büro der Zukunft ist schon heute realisierbar

Innovative Arbeitsplatztechnologien helfen Unternehmen und Behörden, die wachsende Nachfrage nach flexiblen Arbeitsmodellen und intelligenten Büroräumen zu bedienen

Mehr als die Hälfte der deutschen Beschäftigten haben angegeben, dass ihnen flexible Arbeitszeiten wichtig sind, um sich an ihrem Arbeitsplatz wohlfühlen. Fast so viele fordern auch eine gute Work-Life-Balance, aber nur 31 Prozent bekommen diese von ihrem Arbeitgeber geboten. Themen wie ein gutes Verhältnis zwischen Freizeit und Beruf ist besonders für jüngere Arbeitnehmer wichtig. Sie gehören zu der Altersgruppe der 20- bis 40-jährigen Arbeitnehmer, die mit Digitaltechnik aufgewachsen und an deren Gebrauch gewöhnt ist. Flexible Arbeitszeiten, Fern- und Teamarbeit ist für die Digital Natives und die Generation Z entscheidend.

Für Arbeitgeber bedeutet das nicht nur, dass sie neue flexible Arbeitsplatzkonzepte einführen müssen, um sich dem technologischen Wandel anzupassen, sondern auch, um Talente für ihr Unternehmen zu gewinnen und diese zu halten.

Die meisten deutschen Organisationen folgen diesem Trend bereits. 40 Prozent der höchsten Entscheidungsträger in Unternehmen gehen vom Aussterben starrer und fester Büroarbeitsplätze

aus. Sie werden durch mehr visuelle, digitale, technologisch flexible und innovative Arbeitsplätze ersetzt werden. Von der unabhängigen und flexiblen Nutzung von Arbeitsräumen erhoffen sich Unternehmen neben der Gewinnung von Talenten, vor allem die Steigerung der Produktivität ihrer Mitarbeiter. Dabei ist eine moderne IT-Ausstattung für Unternehmen die tragende Säule ihrer neuen Arbeitsplatz- und Mobilitätsstrategie.

Verwaltung wird umweltfreundlicher:

Emmendingen startet in grüne Zukunft mit GreenITown

Die Verwaltung der Stadt Emmendingen in Baden-Württemberg soll umweltfreundlicher werden. Dies gilt auch für die Computersysteme im Rathaus und in der kommunalen Verwaltung. Jetzt fiel der offizielle Startschuss für das GreenITown Modellprojekt. „Neben der Wärmeversorgung ist die EDV einer der größten Energieverbraucher im Rathaus, weshalb wir schon einiges getan haben, um effizienter zu werden“, erläutert Oberbürgermeister Stefan Schlatterer. „Für Emmendingen bietet GreenITown eine große Chance, unsere Maßnahmen zu bewerten und weiterzuentwickeln.“

„Emmendingen als Mittelstadt ist ein wichtiger Baustein im Projekt GreenITown“, erläutert Projektleiter Steffen Holzmann von der Deutschen Umwelthilfe. „Die Stadt hat bereits erste eigene Schritte unternommen, die eigene IT effizienter zu machen. Unser Ziel ist es, diese nun weiterzuentwickeln und zu einer Gesamtstrategie zu machen. Die Ergebnisse sollen möglichst gut übertragbar sein und damit auch anderen Kommunen aufzeigen, wie Green IT strategisch umgesetzt werden kann.“ Emmendingen werde so zum Vorbild für viele andere Gemeinden im Bundesgebiet.

Umfassende Dokumentation

Schon vor dem offiziellen Startschuss gab es viel zu tun für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Emmendinger Rathaus. Sie erfassten mit ihrem von der DUH

entwickelten Starterkit, welche Geräte vorhanden sind, wieviel Energie sie verbrauchen und welchen Anforderungen sie genügen müssen. Auch die bereits umgesetzten Maßnahmen wurden umfassend dokumentiert. „Ein genaues Bild ist wichtig, um die Kommune möglichst zielgerichtet beraten zu können“, erklärt GreenITown Projektmanager Simon Mößinger, der das Starterkit maßgeblich entwickelt hat. Diese Informationen erlauben einen detaillierten Einblick in die IT-Struktur der Verwaltung. Sie ermöglichen es den Experten von der DUH und Holger Held, dem Geschäftsführer der FNT Cloud Solutions GmbH, der als externer Berater mit an Bord ist, eine ökologisch sinnvolle und ökonomisch tragbare IT-Planung für Emmendingen zu erarbeiten.

Maßgeschneiderte

Für insgesamt acht Modellkommunen in ganz Deutschland sucht die DUH gemeinsam mit externen Fachleuten maßgeschneiderte und nachhaltige Strategien zur Weiterentwicklung der kommunalen IT. „Das Projekt geht damit weit über eine einmalige Beratung hinaus“, erläutert Robert Spreter, Leiter Kommunaler Umweltschutz bei der DUH. „Unser Ziel ist es, Nachhaltigkeit und Ökologie als zentrales Element der kommunalen IT zu etablieren.“

Im Mittelpunkt stehen neben der Verringerung des Energieverbrauchs im Betrieb auch ein zukünftig geringerer Wartungs- und Verwaltungsaufwand für die Geräte. Eine moderne, „grüne“ IT-Infrastruktur spart somit mittel- und langfristige Kosten für die Administration. Neben dem ökologischen Vorteil der CO₂-Einsparung zählt sich GreenITown also auch für die Stadtkasse aus. □

Debra Ward, die Geschäftsführerin der Region EMEA von Condeco Software sagt: „Technologie kann einen großen Einfluss auf die Produktivität des Arbeitsplatzes und damit auch auf die Menschen die ihn nutzen haben. Mit Hilfe von Technologien kann der Arbeitsraum reibungslose Zusammenarbeit ermöglichen... und das ist genau das, wofür er gedacht ist. Die Art und Weise wie wir arbeiten hat sich komplett verändert und mit der Entstehung von mobilen und flexiblen Arbeitsweisen gehört der feste Arbeitsplatz der Vergangenheit an. Ein fester Schreibtisch, den nur eine Person nutzen kann, verschwendet nicht nur wertvollen Raum, sondern behindert darüber hinaus auch die Zusammenarbeit.“

Einfachere Kommunikation

Ein Büro, das mit der richtigen Technologie ausgestattet ist, ermöglicht es Menschen nahtlos zusammenzuarbeiten. Das führt wiederum zu einer Arbeitsatmosphäre, die stärker auf Ergebnisse ausgerichtet und damit für Unternehmen wertvoller ist. Neben starren Arbeitsplätzen bereiten den Firmen doppelt belegte Meetingräume Kopfzerbrechen. Sitzungen, die aufgrund eines Mangels an geeigneten Räumen zu spät beginnen, können die Produktivität der Sitzung hemmen und einen ganzen Arbeitstag durcheinanderbringen. Technologie kann diese Prozesse vereinfachen, sodass spontane Meetings auf Fluren aufgrund von Doppelbelegungen der Vergangenheit angehören. Ein besser vernetztes Büro macht es für Mitarbeiter einfacher zu kommunizieren, wodurch die Abläufe in Unternehmen reibungsloser vorantreiben und Teams produktiver arbeiten können.

Debra Ward fügt hinzu: „Arbeitsplatztechnologien können auch dazu beitragen Talente zu gewinnen und im Unternehmen zu halten. Studien haben gezeigt, dass die Generation, die mit digitalen Technologien aufgewachsen ist, ein flexibleres Arbeitsumfeld fordert. Wenn führende Unternehmen weiter wachsen wollen, müssen sie alles dafür tun, um diesen Erwartungen gerecht zu werden. Unternehmen werden sich die technologischen Werkzeuge, an deren Nutzung sich die Mitarbeiter gewöhnt haben, zu eigen machen müssen. Da die Nachfrage nach einem flexiblen Arbeitsumfeld steigt, verändert sich die Arbeitsplatzkultur und in diesem

BREKO:

Neues DigiNetzG kann zur Verbesserung der Breitbandversorgung beitragen

Der Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO) begrüßt grundsätzlich das vom Bundeskabinett beschlossene „Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze“ (DigiNetzG). Mit dem DigiNetzG wird die im Mai 2014 vorgelegte „EU-Richtlinie zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen“ in nationales Recht überführt.

„Durch das beschlossene Gesetz wird eine Kostenreduzierung durch die Nutzung von Synergien beim Ausbau mit ultraschnellen Breitbandanschlüssen möglich. Unsere Netzbetreiber setzen darauf, ihren vor allem in ländlichen und unterversorgten Regionen erfolgreichen Breitbandausbau durch mögliche Einsparungen weiter zu intensivieren und Bürger und Unternehmen so schneller mit

Sinne müssen die Büros verwaltet werden.“

Condeco Software bietet Unternehmen ein intelligentes Ökosystem an Kollaborationstools, um den wachsenden Bedürfnissen der Unternehmen und Behörden nach intelligenten und vernetzten Büros gerecht zu werden. Condeco Sense ermöglicht einfaches Messen von Arbeitsplatz- und Raumbelastung und erlaubt somit einen besseren Einblick für die Erschaffung eines produktiveren Arbeitsraumes. Condecos Applikationen zu Arbeitsplatzbuchung, Raumbuchung und digitaler Beschilderung bieten außerdem eine nahtlose Arbeitsplatzverwaltung von jedem Gerät aus.

Condeco Software – powering change

Condeco Software ist das am schnellsten wachsende Unternehmen im Bereich der Arbeitsraumnutzung und Raumverwaltung. Condecos Suite an Arbeitsplatzverwaltungsleistungen wird zu einem festen Bestandteil in den Strategien der Unternehmensführung von multinationalen Marken wie Barclays, Chevron und GE, um ihre Büroflächen zu optimieren und die Art wie sie ihr Unternehmen leiten zu transformieren.

Von der Schaffung eines flexiblen Arbeitsumfelds bis hin zu dem reibungslosen Management von Meetingräumen und Videokonferenzen in globalen Unternehmen, ermöglichen es Condecos führende Lösungen zur Buchung von Arbeitsplätzen und Meetingräumen sowie die attraktive digitale Beschilderung Unternehmen, den vollen Wert ihres zweitwertesten Unternehmenswertes auszuschöpfen – ihre Büroflächen. Heute stattet Condeco mehr als 500 Firmen über alle Branchen hinweg – Einzelhandel, Bankwesen, Versorgungswirtschaft und der Mediensektor – mit seinen Unternehmensplanungstools aus, eingnommen einige der größten Blue-Chip-Organisationen weltweit.

Neueste Innovation

Condecos neueste Arbeitsraumnutzung-Innovation Condeco Sense ist die erste Technologie am Markt, die es Unternehmen ermöglicht, die Belastung von Arbeitsplätzen, Meetingräumen und Besprechungsecken in Echtzeit und mit hundertprozentiger Genauigkeit zu überprüfen.

Der renommierte Sunday Times Tech Track 100 erklärte Condeco aufgrund seines außergewöhnlichen Wachstums vor kurzem zu einem der am schnellsten wachsenden Technologieunternehmen in Großbritannien. Die globale Präsenz des Unternehmens ist rapide auf 200 Mitarbeiter und neun Standorte weltweit gewachsen, darunter die USA, EMEA und die Region Asien-Pazifik. □



Feinstaub am Arbeitsplatz

Neues Mobilgerät zeigt Belastung

Entspricht die Luftqualität am Arbeitsplatz den Vorschriften? Diese Frage sollten sich viele Betriebe stellen. Denn in der aktualisierten Fassung der Technischen Regeln für Gefahrstoffe (TRGS 900) wurden die Arbeitsplatzgrenzwerte nahezu um den Faktor 3 verschärft. Das neue Messgerät Respicon 2 TM von Hund ermittelt die Gefährdung.

Der Wetzlarer Hersteller stellt es als Messeneinheit auf der A+A in Düsseldorf vor. Entwickelt wurde es zusammen mit dem Institut für Arbeitsschutz (IFA) und dem Fraunhofer-Institut für Toxikologie und experimentelle Medizin (ITEM).

Als wohl einziges seiner Art versetzt es Betriebe und Behörden in die Lage, die Konzentration aller drei Fraktionen von Schwebstaub direkt, simultan und sekundengenau zu messen: den einatembaren (E-Staub), den thoraxgängigen (T-Staub) sowie den alveolengängigen (A-Staub). Besonders letzterer gilt als gefährlich. Diese Stäube sind so fein, dass sie die Lungenbläschen erreichen.

Das Gerät ist kleiner als eine Getränkedose und wird mit einem Datenlogger und Touchscreen kombiniert. Größe, Gewicht und Akkuleistung erlauben den mobilen, personenbezogenen Einsatz über 8 Stunden. Dabei erkennt das System mit seinem gravimetrisch-fotometrischen Messverfahren sogar Partikel, die kleiner als 4 Mikrometer sind.

Die Abscheidecharakteristik über drei Messstufen entspricht der EN481, womit das Verhalten der menschlichen Lunge nachgebildet wird. Der Messbereich umfasst 0-10 Milligramm mit einer Nachweisgrenze von etwa 30 Mikrogramm pro Kubikmeter. Alle Daten können leicht via USB oder Bluetooth exportiert und per mitgelieferter

Software am PC ausgewertet und weiterverarbeitet werden.

Damit stellt das Respicon 2 TM nicht nur eine echte Alternative zu den üblichen Verfahren dar, die aufwendig und zeitintensiv sind. Es vereint die Vorteile einer präzisen Kalibrierung durch Staubsammler mit kontinuierlichen photometrischen Messungen. Durch das in jeder Stufe integrierte Streulichtfotometer sind sogar zeitaufgelöste Konzentrationsmessungen in Abständen von 1-3600 Sekunden über 6-9 Tage möglich.

Mehr dazu unter www.hund.de im Internet oder am Stand D11 in Halle 7a auf der Messe A+A. □

Die Arbeitsplatzgrenzwerte sind in den Technischen Regeln für Gefahrstoffe (TRGS) geregelt. Diese geben den Stand der Technik, Arbeitsmedizin und Arbeitshygiene sowie sonstige gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse für Tätigkeiten mit Gefahrstoffen, einschließlich deren Einstufung und Kennzeichnung, wieder. Sie werden vom Ausschuss für Gefahrstoffe (AGS) aufgestellt und von ihm der Entwicklung entsprechend angepasst. Die TRGS werden vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) im Gemeinsamen Ministerialblatt (GMBI) bekannt gegeben. □

auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft weiter voranzubringen. Nach Ansicht des Verbands sollte diese aus der EU-Kostensenkungsrichtlinie resultierende Vorgabe jedoch bundeseinheitlich im DigiNetzG geregelt werden, anstatt von jedem Bundesland individuell umgesetzt werden zu müssen. Für den BREKO gilt: Ein zusätzlicher Breitbandausbau in Gebieten, in denen bereits hochleistungsfähige Glasfasernetze ausgerollt worden sind, macht volkswirtschaftlich keinen Sinn. Der Verband spricht sich daher dafür aus, die vorgesehene, generelle Zugangsverpflichtung zu bestehenden und für den Breitbandausbau nutzbaren Telekommunikationsinfrastrukturen auf besonders unterversorgte Gebiete („weiße Flecken“, meist im ländlichen Raum) zu beschränken, in denen bislang noch keine schnelle Breitbandanschlüsse verfügbar sind. □

Qualität aus Niederbayern!

ERDEN RINDEN KOMPOST und mehr!

Lose oder Sackware, Lieferung ab 2 Paletten.

BBG
Donau-Wald

www.erdenprofis.de

09903/920-170

Den europäischen Gedanken leben

Präsidium der Europaregion Donau-Moldau tagte
Zahlreiche Aktionen in Niederbayern

Freyung/Hrádek. Die Zusammenarbeit in der Region Bayern, Böhmen und Österreich, die Stärkung der Region und die Umsetzung des europäischen Gedankens stehen im Mittelpunkt der trilateralen Arbeitsgemeinschaft Europaregion Donau-Moldau (EDM). In einem feierlichen Akt übergab der Pilsener Vizehauptmann Ivo Grüner im Rahmen der EDM-Präsidiumssitzung die Federführung für das Jahr 2016 an die niederösterreichische Landesrätin Barbara Schwarz. Nun leitet Niederösterreich für ein Jahr die Geschicke der trinationalen Arbeitsgemeinschaft. 2017 wird Niederbayern den Vorsitz übernehmen.

Im Rahmen der Präsidiumssitzung in Hrádek und Susice beschlossen die politischen Vertreter der sieben Mitgliedsregionen den Rechnungsabschluss für 2015 und berieten über das Arbeitsprogramm der Geschäftsstelle sowie der Wissensplattformen für 2016. Die aktuellen Entwicklungen in den Regionen und die Projekte, die in jeder Wissensplattform umgesetzt werden sollen, wurden vorgestellt.

Aktionen für Jugendliche

Derzeit läuft ein Schulwettbewerb, zu dem alle weiterführenden Schulen in der EDM aufgerufen sind. Sie sollen eine Kennenlerntour durch die gesamte Region gestalten und dabei auf die verborgenen Schätze und Sehenswürdigkeiten hinweisen. Wettbewerbsbeiträge können noch bis 15. April bei den regionalen Kontaktstellen der Europaregion eingereicht werden. Im Juni werden die drei besten Arbeiten ausgewählt und mit Geldpreisen für

Ausflüge in die Region prämiert.

Ebenfalls im Sommer 2016 wird erstmalig eine „Energy Future Tour“ durchgeführt. 14 Jugendliche aus der gesamten Europaregion sollen in allen sieben Regionen Betriebe, Forschungseinrichtungen und Fachleute, die sich mit dem Thema „Erneuerbare Energien“ beschäftigen, besuchen. Ziel der Rundreise ist es, innovative Möglichkeiten der Energieerzeugung und der effizienten Energienutzung zu entdecken. Die Tour macht am 7. Juli in Niederbayern Halt.

In Niederbayern setzt man dieses Jahr unter anderem auf Öffentlichkeitsarbeit: So präsentiert sich die EDM auf der Dreiländermesse in Passau von 5. bis 13. März. Einen speziellen Niederbayern-Tag wird es am 6. März geben. Partner an diesem Tag ist die Landesausstellung „Bier in Bayern“, bei der die EDM wiederum Ende Juni in Aldersbach mit einem Stand zu Gast sein wird. Zudem wird die EDM alle in der Region befindlichen Uni-

versitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf zwei Bildungsmessen vorstellen: im März im Landkreis Rottal-Inn und im April im Landkreis Altötting.

Niederbayern übernimmt 2017 den Vorsitz

Der Vorsitz wechselt gemäß den Statuten der Europaregion jährlich zwischen den sieben Regionen bzw. den drei Mitgliedsländern. Niederbayern wird 2017 den Vorsitz übernehmen. Dann

sollen vor allem die Themen Technologietransfer und Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft im Vordergrund stehen. Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, der die politische Spitze Niederbayerns in der EDM vertritt, freut sich auf die Zusammenarbeit und den Vorsitz im kommenden Jahr. „Es gibt noch viel zu tun. Ich freue mich, dass die Regionen in unseren drei Ländern mittlerweile so eng kooperieren. Gemeinsam werden wir viel erreichen und die Zusammenarbeit in den kommenden Jahren noch stärker intensivieren. Ein richtungsweisendes Gespräch steht hierzu bereits Ende März mit der politischen Vertretung Oberösterreichs in Linz an“, so Dr. Heinrich. □



V. l.: Bezirkstagspräsident Franz Löffler (Oberpfalz), Regierungspräsident Heinz Grunwald (Niederbayern), Landesrätin Barbara Schwarz (Niederösterreich), Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich (Niederbayern) und Kaspar Sammer, Geschäftsführer Euregio Bayerischer Wald. Bild: EDM

Neu erschienen:

„Qualitätsmanagement im Gesundheits- und Sozialwesen nach DIN EN ISO 9001:2015 visuell verstehen, vermitteln und verankern“

Nichts vermittelt Informationen so lebendig und spannend wie ein gutes Bild. 300 Illustrationen erläutern die ISO-Norm verständlich und unterstützen die nachhaltige Verankerung in Ihrer Organisation.

Qualitätsmanagement (QM) gewinnt in vielen Arbeitsfeldern des Gesundheits- und Sozialwesens an Bedeutung. Gesetzgebung, Kostenträger und zunehmend auch Kunden fordern ein systematisches Qualitätsmanagement, dessen Wirksamkeit durch unabhängige Prüfinstitutionen bestätigt wird.

Allerdings ist QM schwer zu vermitteln, denn die Normensprache ist abstrakt und berührt Themen außerhalb des direkten Erfahrungsspielraums der Mitarbeiter. Folglich brauchen Führungskräfte, QM-Berater und QM-Beauftragte Kompetenzen und Methoden, um den Nutzen von QM und die dazugehörigen Anforderungen interessant und spannend zu vermitteln und QM somit „begreifbar“ zu machen.

Wie die Autorinnen in ihrer langjährigen Beratungs- und Trainingsarbeit erfahren, vertieft eine ansprechende, lebendige und visuelle Darstellung die verbale Vermittlung. Ihren über viele Jahre gesammelten umfangreichen QM-Bilderschatz, ihr Methodenwissen und ihre didaktischen Erfahrungen stellen sie in diesem Buch anderen QM-Anwendern zur Verfügung.

Elisabeth Trubel, Andrea Bastian: „Qualitätsmanagement visuell verstehen, vermitteln und verankern“; 2016, 296 Seiten, Klappenbroschur, 32,90, ISBN 978-3-7841-2735-4, alle Preise zzgl. Versandkosten; Lambertus-Verlag GmbH, Postfach 1026, D-79010 Freiburg, Telefon 0761/368 25 0, Telefax 0761/368 25 33, info@lambertus.de, www.lambertus.de □

„Bürgerdialog anstoßen, führen, kanalisieren“

Ein Buch zur Einbindung von Bürgern in Entscheidungsprozesse der Kommunen

„Gerade in Zeiten, in denen sich Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse beschleunigen und das Wissen exponentiell wächst, müssen abstrakte und komplexe politische Entscheidungen dem Einzelnen vermittelt und erklärt werden. Dieser Herausforderung müssen sich alle stellen, die sich mit öffentlicher Kommunikation befassen. Dabei gilt es nicht nur, die Bevölkerung zu informieren und in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, sondern auch den Anforderungen der eigenen Gemeinden Rechnung zu tragen.“ Der Vorsitzende des Landkreistages, Christian Bernreiter bringt auf den Punkt, weshalb der Dialog mit dem Bürger für alle Kommunen und Landkreise von so großer Bedeutung ist.

Bürgerinnen und Bürger wollen mitgestalten und bestehen auf ihr Mitspracherecht. Deshalb ist es wichtig, die Kommunikationswege zu kennen, um möglichst alle Bürger gleichwertig und umfangreich über anstehende Entscheidungen zu informieren und sie bestmöglich einzubinden. Die Aufgabe besteht darin, geeignete Ansprachemuster zu finden, Diskussionsräume zu eröffnen und in absehbarer Zeit Entscheidungen herbeizuführen.

Das Buch „Bürgerdialog anstoßen, führen, kanalisieren“ behandelt alle relevanten Kanäle der Bürgereinbindung. Es fokussiert auf mediale Kommunikationsmittel und deren crossmedia-

le Nutzung. Es wendet sich an alle verantwortlichen Gestalter im Umfeld der Bürgerbeteiligung. Es ist das zweite Buch zur kommunalen Kommunikation der Autorin Gisela Goblirsch. Sie bildet an der Bayerischen Verwaltungsschule die Pressesprecher und Öffentlichkeitsarbeiter aus. Mit ihrem Team begleitet sie zudem Bürgerbeteiligungsprozesse in Konzeption und Durchführung.

„Bürgerdialog anstoßen, führen, kanalisieren“, 29,90, ISBN 978-3-9815512-5-9, erschienen im Verlag Dr. Gabriele Hooffacker, zu bestellen unter: medienstelle@pr-competence.de bzw. www.verlag-hooffacker.de □

Ratgeber „WAHLEN gewinnen“ in der edition 'der gemeinderat'

Die pvs – pro Verlag und Service GmbH & Co. KG präsentiert den exklusiven Ratgeber „WAHLEN gewinnen“ in der edition 'der gemeinderat'.

Das hochwertige Buch richtet sich an Bürgermeisterkandidaten, Fraktionsvorsitzende und Landräte, aber auch an kommunale Spitzenverbände, kommunale Bildungswerke, Hochschulen der öffentlichen Verwaltung, Bundestags- und Landtagsabgeordnete und Parteien sowie an alle, die eine Wahl gewinnen möchten und sich für Wahlkampfstrategien interessieren.

Die Politikberater und Autoren dieses Werkes, Achim Moeller und Gwendolin Jungblut, haben über 750 Bürgermeisterkandidaten und 450 Fraktionen im Wahlkampf begleitet und erfolgreich gecoacht. Sie kennen die Kardinalfehler und decken in „WAHLEN gewinnen“ die ge-

heimen Erfolgsmuster der Sieger auf.

Der Premium-Ratgeber wurde sowohl für Neulinge als auch für erfahrene Kandidaten konzipiert und stellt mit seinen 100 zusätzlichen Online-Arbeitshilfen sowohl Nachschlagewerk als auch Arbeitsbuch dar.

Die Arbeitshilfen enthalten Selbst-Checks, die Entwicklung eines Stärkenprofils sowie Tipps zur Durchführung von Konkurrenzanalysen. Eine Bestellung ist über www.treffpunkt-kommune.de oder per E-Mail an info@pro-vs.de möglich.

Erstauflage: 7.500 Stück; Format: DIN A5, Hardcover; Preis: 44,90 Euro pro Exemplar (zzgl. Porto); ISBN 978-3-9817688-0-0

Bundespreis REGIOkommune - jetzt bewerben!

Gesucht: Kommunal unterstützte Projekte, die Stadt und Land verbinden

Was machen Kommunen zur Stärkung der Regionalität? Was kann man tun, um der steigenden Nachfrage der Verbraucher nach regionalen Produkten einen Markt zu bieten, die Lebensqualität vor Ort zu steigern und regionale Wertschöpfungsketten zu stärken? Der Bundespreis REGIOkommune will Beispiele für den Nutzen und Mehrwert derartiger regionaler Netzwerke sichtbar machen, um Geleistetes hervorzuheben, Anregungen zu geben und zur Nachahmung zu motivieren.

Seit dem 1. Februar 2016 werden Städte und Gemeinden im Rahmen des Bundespreises REGIOkommune dazu aufgerufen, innovative Ansätze zur Steigerung der Erzeugung, der Verarbeitung und des Absatzes von regionalen Produkten und Dienstleistungen vorzustellen, die sie in Zusammenarbeit mit der örtlichen Wirtschaft, Institutionen, Regionalinitiativen und Verbänden umsetzen. Besonders erfolgreiche Konzepte werden von einer Jury ausgewählt und ausgezeichnet.

der Gemeinderatsitzung, Bauern- und Handwerkermärkte, regionale Schlachthöfe, Märkten für Regionales bis hin zu regionalen Einkaufsführern: Das alles und vieles mehr können die Kommunen und deren Akteure gemeinsam beim Bundespreis REGIOkommune publik machen“, erläutert Heiner Sindel, 1. Vorsitzender des Bundesverbandes der Regionalbewegung.

Kooperationspartner

Der Bundespreis REGIOkommune ist eine Initiative des Bundesverbands der Regionalbewegung (BRB) und wird durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) gefördert. Kooperationspartner sind das Aktionsbündnis Tag der Regionen, der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), der Deutsche Bauernverband (DBV), der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA), der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH).

Der Bewerbungszeitraum läuft bis zum 15. Juni 2016. Weitere Informationen zum Bundespreis, zu den Bewertungskriterien und Teilnahmebedingungen stehen unter www.regiokommune.de. Hier finden sich ein Online-Formular und weitere detaillierte Anleitungen zum Verfahren. □

Anreize geben

Die Wettbewerbsbeiträge sollen anderen Kommunen einen Anreiz geben, regionale Produkte durch Verwendung zu fördern oder selbst im Bereich der Regionalvermarktung aktiv zu werden und so zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung, zur regionalen Arbeitsplatzsicherung sowie zum Erhalt der örtlichen Nahversorgung und Daseinsvorsorge beitragen.

Möglichkeiten der Initiative

Viele Initiativen des Handwerks und der Landwirtschaft, der regionalen Finanzdienstleister, kirchlicher Gruppen und Umweltverbände bieten ein großes Angebot regionaler Produkte und Dienstleistungen an. „Vom Streuobstsecco als belebendem Aperitif bei öffentlichen Veranstaltungen über regionale Getränke bei

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

Donau-Kraftwerk Ingolstadt: www.rmd.de

RMD

RHEIN-MAIN-DONAU

/ REGENERATIV

/ MODERN

/ DYNAMISCH

Jahrespressegespräch Tourismusverband Franken:

Rekordergebnis übertroffen

Der fränkische Tourismus befindet sich konstant in der Erfolgspur. Wie der Vorsitzende des Tourismusverbandes Franken, Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, beim Jahrespressegespräch in Nürnberg informierte, stiegen im vergangenen Jahr die Übernachtungen im Vergleich zum Vorjahr um 3,2 Prozent.

Besonders beliebt waren Städtereisen. So wurden in Bamberg fast 607.000 Übernachtungen gezählt – so viel wie noch nie. In der Fränkischen Schweiz waren es über 950.000. Beliebtestes Ziel in Franken war Nürnberg, über 3 Millionen Gäste haben 2015 in der Stadt übernachtet. Auch bei den Gästeankünften hat Franken mit einem Plus von 5,2 Prozent auf 9,2 Millionen deutlich zugelegt.

„Mit einer klaren Kommunikationsstrategie und der Konzentration auf nachhaltige Themen ist der fränkische Tourismus sehr gut aufgestellt“, machte der Verbandsvorsitzende deutlich. Als Höhepunkte für das Jahr 2016 nannte Herrmann zuvörderst die Bayerische Landesgartenschau in Bayreuth, die Bayerisch-Tschechische Landesausstellung zu Kaiser Karl IV. in Nürnberg und die Jubiläumsveranstaltungen zum 150. Todestag von Friedrich Rückert, außerdem das Jubiläum 500 Jahre „Bayerisches Reinheitsgebot“ sowie das 25-jährige Bestehen des Samba-Festivals in Coburg.

Landesgartenschau

In Bayreuth entfaltet die Gartenkunst neue Blüten: Die Stadt ist vom 22. April bis 9. Oktober 2016 Gastgeberin der Bayerischen Landesgartenschau. Das Motto „Musik für die Augen“ nimmt Bezug auf Bayreuths Bedeutung als Musikstadt und seine kunstsinigste Markgräfin Wilhelmine. Herzstück der Landesgartenschau wird die Wilhelminenaue, die eine blühende Brücke zwischen historischer Innenstadt, markgräflichem Hofgarten und Eremitage schlägt. In dieser Park- und Auenlandschaft entlang des Roten Mains reihen sich unter anderem wie Balkone fünf „Kabinette“ aneinander. Viele weitere Angebote und ein nahezu barrierefreier Zugang machen die Bayerische Landesgartenschau zu einem Ziel für Besucher jeden Alters – darunter die Konzerte auf der Seebühne, ein Spielplatz mit begehbaren Vogelhäusern, ein Weidenlabyrinth und eine Dirtbike-Anlage.

Der 700. Geburtstag von Kaiser Karl IV. ist Anlass für die Bayerisch-Tschechische Landesausstellung, die vom 20. Oktober 2016 bis zum 5. März 2017 im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg zu sehen ist (vorher: 14. Mai bis 25. September 2016 in Prag). Das Haus der Bayerischen Geschichte lädt mit dieser Ausstellung ein zu einer Reise ins Mittelalter, bei der man eine der schillerndsten Gestalten dieser Zeit kennenlernt. Die Ausstellung beleuchtet den Herrscher, unter dem die berühmte „Goldene Bulle“ als eine Art Grundgesetz des „Heiligen Römischen Reiches“ ausgehandelt wurde, in vielen Facetten: als kluger Regent und skrupelloser Opportunist, als Förderer von Kunst und Kultur und tiefgläubiger Christ, als böhmischer „Vater des Vaterlandes“ und als nationalistisches Symbol. Lebendig werden die Exponate der Ausstellung durch interaktive Stationen und die mediale Aufbereitung. So kann man digital in mittelalterlichen Handschriftenblättern oder Schlössern am Modell erkunden.

Vom Mittelalter in die Zeit der Romantik führt der nächste fränkische Höhepunkt: 2016 jährt sich der Todestag des Dichters, Gelehrten und Orientalisten Friedrich Rückert zum 150. Mal. Rückert war ein „Weltpoet“ –

doch seiner Heimat Franken tief verbunden. Seine Geburtsstadt Schweinfurt stellt ihn und sein Werk das ganze Jahr über in den Mittelpunkt. Dabei bringt vor allem die Literatursammlung „Der Weltpoet: Friedrich Rückert (1788-1866) – Dichter, Orientalist, Zeitkritiker“ in der Kunsthalle Schweinfurt (8. April bis 10. Juli 2016) den Besuchern Rückerts Zeit und Werk näher und zeigt gleichzeitig, wie aktuell viele seiner Gedanken heute noch sind.

Literatursammlung

Im Lauf des Jahres zieht die Ausstellung in zwei weitere fränkische Städte, die in Rückerts Leben eine große Rolle spielten: Zu sehen ist sie im Stadtmuseum Erlangen (24. Juli bis 13. November 2016) und beim Kunstverein Coburg (14. Januar bis 17. April

Landkreis Donau-Ries:

Ortsbild soll belebt werden

Baulücken und Leerstände – Eigentümer werden befragt

Die Anzahl von Baulücken ist beträchtlich. Und auch Leerstände prägen inzwischen häufig das Ortsbild. Im Rahmen des Projektes „Flächenmanagement“ fand bereits eine Bestandsaufnahme in sechs Modellkommunen statt. Nun soll herausgefunden werden, ob die Eigentümer Beratungsbedarf hinsichtlich der Nutzung und/oder Sanierung haben oder ob sogar ein Verkauf beabsichtigt ist.

Das Konversionsmanagement des Landkreises Donau-Ries unterstützt die Modellkommunen im Projekt „Flächenmanagement“ bei der innerörtlichen Entwicklung. Bei dem Modellprojekt geht es um eine vorausschauende Flächen- und Bautwicklung im Siedlungsbestand. In erster Linie geht es um noch unbebaute Grundstücke und Leerstände. Durch eine Befragung sollen der Beratungsbedarf und die Interessen der Eigentümer abgeschätzt werden.

In den vergangenen Monaten wurde in den Modellkommunen Nördlingen, Kaisheim, Monheim, Oettingen, Fünftheten und Wemding eine flächendeckende Erhebung von Innenentwicklungspotenzialen durchgeführt. Baulücken, Leerstände und Brachflächen wurden mit Hilfe der Flächenmanagement-Datenbank erfasst und können nun kontinuierlich fortgeschrieben werden.

Attraktives Angebot an Bauflächen

Die Verwaltungen erhalten häufig Anfragen nach Baugrundstücken im gewachsenen Siedlungsbereich. Gezielt werden auch Häuser nachgefragt. Ziel der Befragung ist es, durch Kenntnis von verkaufsbereiten Eigentümern interessierten Bürgerinnen und Bürgern ein breiteres und damit auch attraktiveres Angebot bieten zu können. Baugrundstücke und Immobilien können auf Wunsch in eine internetgestützte Börse der Kommune oder des Landkreises kostenlos eingestellt werden.

Gleichzeitig liegt es im Interesse der Kommunen, dass freie Grundstücke in bereits erschlossenen Bereichen bebaut und Leerstände wieder genutzt werden. Negative Effekte für das Ortsbild können so vermieden werden. Die technische Erschließung (Kanal, Strom, Gas) wird effizienter genutzt. Das gilt auch für den Erhalt der sozialen Infrastruktur, die durch Zuzug von Familien mit Kindern gestärkt wird. Diese tragen zudem zu einer Verjüngung älterer

2017). Schweinfurt, Erlangen und Coburg bieten wie die weiteren Rückert-Orte Oberlauringen, Hofheim i. Ufr., Ebern, Rentweinsdorf, Bad Rodach, Seibach und Neuses bei Coburg 2016 zahlreiche Rückert-Veranstaltungen.

Bayerisches Reinheitsgebot

Ein Jubiläum, das 2016 im gesamten Urlaubsland Franken gefeiert wird, ist der 500. Geburtstag des „Bayerischen Reinheitsgebots“. Am 23. April 1516 verkündete der bayerische Herzog Wilhelm IV. zusammen mit seinem jüngeren Bruder Ludwig X. in Ingolstadt, dass nichts anderes als Wasser, Hopfen und Malz für das Bierbrauen verwendet werden dürfe. Damit machten die beiden solch abenteuerlichen Bierzutaten wie Ruß, Kreidemehl und sogar Stechapfel und Fliegenpilz den Garaus. In Franken, das mit der weltweit größten Brauereidichte, seinen zahlreichen kleinen Privatbrauereien und Brauereigasthöfen und

ungezählten Bierspezialitäten eine wahre „Heimat der Biere“ ist, wird bei zahlreichen Gelegenheiten auf das Jubiläum angestoßen.

In Coburg treibt das Samba-Fieber bunte Blüten – und das seit 25 Jahren. Heiße Rhythmen und farbenfrohe Kostüme verwandeln die Stadt auch 2016 wieder in ein buntes, fränkisches Rio (8. bis 10. Juli 2016). Sambagruppen und Capoeira-Tänzer aus aller Welt – insgesamt rund 3.000 Tänzer – feiern zusammen mit den Zuschauern ein Fest der Tanzfreude und Lebenslust in der historischen Innenstadt. Genauso bunt gemischt wie die Gäste und das Programm präsentiert sich an diesem Wochenende auch die Küche: Neben brasilianischen Leckereien kommt die Coburger Bratwurst zu Ehren, Caipirinha und fränkisches Bier sorgen für Erfrischung.

Ganz neu im Portfolio des Tourismusverbandes Franken ist außerdem das Thema „Wohnmobiltouren“, zu dem auch eine neue Broschüre mit 20 Routenvorschlägen durch Franken erschienen ist. Als einen zentralen Schwerpunkt des Jahres 2017 nannte Herrmann das Jubiläum „500 Jahre Reformation“ – vor allem auch mit Blick auf eine internationale Vermarktung. DK

Bildungsmanagement:

Landkreis Neu-Ulm kooperiert mit Transferagentur Bayern

Der Landkreis Neu-Ulm war bei den „Bildungsregionen in Bayern“ ganz vorne dabei und wurde als erste Gebietskörperschaft mit diesem Gütesiegel ausgezeichnet. Die im Rahmen der Bildungsregion entwickelten Strukturen sollen nun zu einem gezielten Management des Bildungssystems ausgebaut werden, damit der Landkreis die Bildungslandschaft vor Ort noch besser entlang der Bedarfe seiner Bürger ausrichten und entwickeln kann.

Die Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement unterstützt dabei nun den Landkreis. Landrat Thorsten Freudenberger und Tobias Schmidt, der Leiter des Regionalbüros Süd der Transferagentur, unterzeichnen nun im Landratsamt Neu-Ulm die Kooperationsvereinbarung.

Beratendes Netzwerk des Bundesbildungsministeriums

Die Transferagentur ist Teil einer bundesweiten Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), eines Netzwerkes, das Kommunen beim Auf- und Ausbau ihres Bildungsmanagements berät. In einer gemeinsamen Kooperationsvereinbarung, die vom Landratsamt und der Transferagentur erarbeitet wurde, sind die Schwerpunkte der Zusammenarbeit festgehalten.

Kooperationsformen

Im Mittelpunkt steht dabei der Auf- und Ausbau von Kooperationsformen, mit denen sich bestehende Bildungsangebote noch effizienter gestalten lassen, etwa indem Parallelstrukturen vermieden werden. Dafür soll nicht nur die Zusammenarbeit innerhalb bildungsverantwortlicher Stellen in der Verwaltung, sondern auch die Abstimmung der Kommunalverwaltung mit externen Partnern weiter verbessert werden.

Bildung als Schlüssel

Landrat Thorsten Freudenberger stellt die Bedeutung dieses Vorhabens heraus: „Bildung ist der Schlüssel für eine gute Zukunft unseres Landkreises und seiner Bürgerinnen und Bürger. Zusammen mit allen relevanten

Bildungsakteuren wollen wir das Bildungsangebot im Landkreis weiter verbessern und fortentwickeln.“

Qualifizierung

„Im Zuge der Qualifizierung als Bildungsregion hat der Landkreis Neu-Ulm bereits eine sehr gute Ausgangsbasis für den Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagements“, sagt Tobias Schmidt, Leiter des Regionalbüros Süd der Transferagentur. „Zusammen mit den Verantwortlichen im Landkreis wollen wir diese Basis nun ausbauen, damit die Bürger und Bürgerinnen dauerhaft von einer Bildungslandschaft profitieren, die allen bestmöglichen Entwicklungschancen bietet.“ □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 50 vom 01.01.2016

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,-- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66

BIC: BYLADEMI33

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergsstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Wohnquartiere bei. Es geht um Vorteile und Kostenersparnisse sowohl für die Kommune als auch für die einzelnen Bürger und Anlieger.

Auf Mitarbeit angewiesen

Die Fragebögen an die Eigentümer werden in Kürze zusammen mit einem Anschreiben durch die Kommunen verschickt. Das Ausfüllen des zweiseitigen Fragebogens ist freiwillig und verpflichtet zu nichts. Die Angaben in den Fragebögen werden streng vertraulich und ausschließlich für diese internen Zwecke verwendet. Die Unterstützung der

Bezirk Unterfranken:

Rollback in Sachen Chancengleichheit

Führungspositionen sind heute stärker männlich dominiert als vor sechs Jahren

Würzburg: Der Bezirk Unterfranken ist ein weibliches „Wesen“: Von den über 3.000 Beschäftigten in der Verwaltung und den bezirklichen Einrichtungen sind fast 75 Prozent Frauen. Um die Chancengleichheit zwischen den männlichen und weiblichen Beschäftigten, seit zwölf Jahren erklärtes Ziel des Bezirkes, ist es allerdings noch immer nicht gut bestellt. Über 60 Prozent aller Führungspositionen werden von den im Bezirk tätigen Männern besetzt.

Das geht aus dem aktuellen Gleichstellungskonzept hervor, das dem unterfränkischen Bezirkstag jüngst von Gleichstellungsbeauftragter Brigitte Steinruck vorgestellt wurde. Dem Chancengleichheitsplan zufolge stieg der Anteil der Frauen auf Leitungsebene in den vergangenen sechs Jahren zwar um zwei Prozent. Was die Stellvertretungspositionen anbelangt, hat sich das Verhältnis allerdings zugunsten der Männer leicht verschoben: 2009 gab es noch mehr Frauen in stellvertretenden Führungspositionen als zum Erhebungsstichtag Juni 2015.

Ein Blick auf die unmittelbaren Führungspositionen in den Verwaltungen zeigt, dass der Bezirk in den vergangenen Jahren von seinem 2004 definierten Ziel, jeden zweiten Leitungsjob mit ei-

ner Frau zu besetzen, weiter abgerückt ist. Nur rund ein Viertel aller Spitzenposten in der Bezirksverwaltung sowie in den Verwaltungen der Kliniken und Heimen ist in Frauenhand. So haben in der bezirklichen Haupt- und Sozialverwaltung 32 Männer, aber nur zwölf Frauen eine Führungsposition inne.

Die Gesamtquote verschlechterte sich damit seit 2009 um fast zwölf Prozent. Das Gleichstellungskonzept mahnt vor diesem Hintergrund an, Vorurteile gegenüber weiblichen Führungskräften abzubauen und Rollenklischees zu revidieren.

Frauen müssen der Beauftragten für Chancengleichheit zufolge besser beruflich gefördert werden. So sollen weibliche Fachkräfte bei der Besetzung von höheren Posten ausdrücklich auf-

gefordert werden, sich zu bewerben. Um Parität durchzusetzen, appellierte die Gleichstellungsbeauftragte weiter, die Erfahrungen von Frauen in der Erziehung von Kindern, der Betreuung Pflegebedürftiger sowie aus ehrenamtlicher Arbeit bei der Personalentscheidung miteinzubeziehen.

Mehr als jeder zweite Bezirksbeschäftigte arbeitet derzeit in Teilzeit. Das Gros sind Frauen: 1.420 weiblichen Teilzeitbeschäftigten stehen nur 145 männliche gegenüber. Auch sind Männer, die Elternzeit nehmen, stark unterrepräsentiert. Bei der letzten Erhebung Mitte 2015 kümmerten sich gerade einmal drei Männer zu Hause um ihre Kinder. Dem standen 81 Frauen in Elternzeit gegenüber.

„Es gibt nach wie vor viel zu tun“, so Steinruck. Was auch Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel (CSU) so sieht: „Wir sind noch nicht am Ziel.“ Stark aufgeholt hätten Frauen immerhin im Pflege- und Betreuungsdienst. Hier überwiege mit 51 Prozent der Anteil der Frauen in den Führungspositionen. Pat Christ

Integrationspreis der Regierung von Oberfranken:

Dreifache Freude

Zum 8. Mal lobte die Regierung von Oberfranken den Integrationspreis für gelungene Integrationsarbeit aus. Mit dem Preis werden Initiativen ausgezeichnet, die sich erfolgreich dafür einsetzen, dass Menschen mit ausländischen Wurzeln in der Region Fuß fassen und Einheimische mit fremden Kulturen vertraut gemacht werden. Das Preisgeld in Höhe von insgesamt 5.000 Euro wurde vom Bayerischen Landtag über das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration zur Verfügung gestellt.

Preisträger Nummer 1, die DITIB Yeni Camii – Türkisch Islamische Gemeinde zu Coburg e.V., wurde im Jahre 1986 gegründet und hat sich zum Ziel gesetzt, eine unabhängige Religions-, Jugend- und Frauenarbeit zu leisten. Sie bietet Deutschkurse für türkische Frauen und Asylbewerberinnen an. Seit dem Jahre 2009 ist sie maßgeblich an der Erstellung des Integrationsprojekts der Stadt Coburg beteiligt. Zu den hieraus entstanden maßgeblichen Projekten zählt die Durchführung der „Interkulturellen Wochen“.

Gelebtes Miteinander von Kulturen und Religionen wird zunehmend von religiöser Intoleranz beeinträchtigt. Religiös motivierte Gewalt bedroht nicht nur die Meinungsfreiheit, sondern auch Leib und Leben. Dagegen gilt es ein Zeichen zu setzen. Deshalb haben die Buddhisten, Christen, Juden und Muslime in Coburg ein „Friedensfest der Religionen“ ausgerufen, das 2015 unter dem Motto „Coburg ist bunt und tolerant“ stattfand. Kennenlernen und Begegnungen standen dabei im Mittelpunkt. Das Miteinander von Menschen unterschiedlicher Religion und Kultur wurde durch gemeinsame Aktionen sichtbar, hörbar und spürbar. Die DITIB Gemeinde Coburg e.V. hat als Mitveranstalter hierzu einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Des Weiteren trifft man sich einmal monatlich mit Vertretern der Evangelisch-Lutherischen Kirche zu einer Dialogstunde. Seit zehn Jahren kommen auch bis zu 80 Gläubige verschiedener Religionen zweimal jährlich zu einem multireligiösen Gebet in den diversen Gotteshäusern zusammen. Auch hier wird durchaus über weltliche Fragen gesprochen wie z. B. über die Erfahrungen zu 25 Jahre Grenzöffnung oder die Flüchtlingsproblematik.

Aufklärung

Die DITIB Gemeinde Coburg e.V. hat erkannt, dass der Abbau eventueller bestehender Vorurteile über die Kultur und Religion des Anderen möglichst frühzeitig erfolgen muss. Sie veranstaltet daher jeden Monat Führungen von Schulklassen in der Moschee und klärt die Anwesenden über den Islam auf. Gerade in diesen Zeiten ist es besonders wichtig, den Jugendlichen zu vermitteln, dass die wahren Werte des Islams nicht mit den Ereignissen in Syrien und Paris in Einklang stehen. Hierzu leistet die DITIB Gemeinde Coburg e.V. wichtige Aufklärungsarbeit.

Seit November 2014 beherbergt die Gemeinde Viereth-Trunstadt – Preisträger Nummer 2 – Asylbewerber, die dezentral vom Landratsamt Bamberg untergebracht werden. Von Anfang an haben sich viele Einzelpersonen und Vereine bereit erklärt, die

Neuankömmlinge zu begleiten und zu unterstützen. Die Kommune koordiniert die diversen Aktionen und vernetzt die einzelnen Akteure miteinander. Der Integrationspreis geht daher stellvertretend für alle privaten Initiativen und Vereine an die Gemeinde Viereth-Trunstadt.

Bereits im Januar 2015 wurde ein Deutschkurs organisiert, der dreimal wöchentlich stattfindet. Ziel ist es zunächst, solide Grundkenntnisse der deutschen Sprache zu vermitteln und die Teilnehmer anschließend zu ermuntern ihre Fähigkeiten durch Selbststudium weiter zu verbessern. Darüber hinaus erteilt ein pensionierter Lehrer einmal wöchentlich einen speziellen Förderunterricht für Asylbewerberkinder.

Freizeitgestaltung

Für eine sinnvolle Freizeitgestaltung setzen sich die Sportvereine in der Gemeinde ein. Sowohl beim 1. FC Viereth und der SpVgg Trunstadt als auch beim Kegelclub „Gut Holz Viereth“ besteht die Möglichkeit am Training teilzunehmen, wovon auch reichlich Gebrauch gemacht wird. Unterstützung erfahren die Asylbewerber auch bei Fahrdiensten zu Ärzten, Behörden und Lebensmittelgeschäften. Die Betroffenen bedanken sich für diese Hilfe, indem sie sich z.B. bei der Reinigung entlang des Kreuzweges engagieren.

Im Juni 2014 wurde die Gemeinschaftsunterkunft in Neuenmarkt eröffnet. Dort hat sich, zunächst aus der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde heraus, ziemlich schnell der CAS Asylhelferkreis Neuenmarkt –

Preisträger Nummer 3 – gebildet, der die Neuankömmlinge begleitet und unterstützt, damit sich diese in der neuen Umgebung möglichst rasch zurechtfinden.

Ein weiteres Hauptanliegen besteht darin, den Kontakt zur einheimischen Bevölkerung herzustellen. Am Beginn steht eine Dorfbesichtigung, bei der die Neuankömmlinge mit den wichtigsten Einrichtungen in der Kommune vertraut gemacht werden. Der nächste Schritt ist das Erlernen der deutschen Sprache, wozu bei den dreimal wöchentlich stattfindenden Deutschkursen Gelegenheit besteht.

Kleiderkammer

Rasch setzte sich beim privaten Helferkreis auch die Idee durch, eine Kleiderkammer zu eröffnen. Einmal wöchentlich haben sowohl Asylbewerber als auch die einheimische Bevölkerung die Möglichkeit gegen ein geringes Entgelt gebrauchte Kleidung, Haushaltswaren und Spielsachen zu erwerben.

Durch die Teilnahme an diversen religiösen Veranstaltungen, wie z.B. einem Gebetskreis in Gößweinstein oder Kinder- und Jugendgottesdiensten, wird Verständnis und Toleranz für den Glauben der Anderen geweckt. Dazu, miteinander ins Gespräch zu kommen und sich besser kennenzulernen, dienen verschiedene sportliche Aktivitäten wie Bowlingabende oder Kurse in „Break-Dance“ und „Line-Dance“.

Regierungspräsident Wilhelm Wenning, der die Verleihung der Integrationspreise an die drei Preisträger vornahm, konstatierte: „Wir erleben tagtäglich, dass Integration in Bayern funktioniert. Sie funktioniert deshalb, weil der Wille dazu da ist. Der Wille der Migranten, aber auch der Wille unserer einheimischen Bevölkerung. Mit dem Integrationspreis der Regierung von Oberfranken setzen wir ein Signal, wie wichtig das Engagement vor Ort ist.“ DK

Sozialpreis 2015 des Landkreises Rosenheim:

Ausgezeichnete Helferkreise

Ehrenamtliche Helferkreise in den Gemeinden sind bei der Betreuung von Asylbewerbern schlichtweg unverzichtbar. Deshalb beschloss der Kreisausschuss des Landkreises Rosenheim, den Sozialpreis 2015 – stellvertretend für alle Helferkreise – an das Patenprojekt Asyl in Wasserburg, an Susanne Pühler und Christine Klingensmeier aus Breitbrunn sowie an Gerda Flori aus Schechen zu vergeben. Dotiert ist der Sozialpreis mit 3.000 Euro; die diesjährigen Ausgezeichneten teilen sich diese Summe.

Seit November 2013 kümmert sich in Wasserburg der Helferkreis Patenprojekt Asyl unter der Leitung von Monika Rieger um die in der Innstadt untergebrachten Asylbewerber. Ziel des Helferkreises ist es, ein gutes Miteinander von Wasserburger Bürgern und den Flüchtlingen zu erreichen.

Hilfe zur Selbsthilfe

Die Aktivitäten der Helfer sind vielfältig und umfangreich. So werden beispielsweise Deutschkurse und Übungsstunden in den Unterkünften angeboten, gemein-

same Feste organisiert, Veranstaltungen mit Asylbewerbern besucht, Hilfe zur Selbsthilfe angestrebt, Sachspenden entgegengenommen und verteilt sowie Hilfestellungen bei Behörden- und Arztbesuchen geleistet.

Fortbildungen

Außerdem unterstützt das Patenprojekt Asyl andere Gemeinden bei der Gründung eigener Helferkreise und organisiert Fortbildungen für die ehrenamtlichen Helfer. Bemerkenswert ist ein Internet-Blog, den Ehrenamtliche, Interessierte und Flüchtlinge gleichermaßen zum Informationsaustausch nutzen.

In Breitbrunn haben Susanne Pühler und Christine Klingensmeier als ehrenamtliche Helferinnen die Aufbauarbeit geleistet. Sie begleiten Asylbewerber mit außergewöhnlich persönlichem Einsatz und betreiben sehr erfolgreich deren Integration. Sie unterstützen mit Rat und Tat sowie bei Behördengängen, vermitteln Arbeitsmöglichkeiten in örtlichen Betrieben, sind bei der Beschaffung von Wohnraum behilflich, kümmern sich um die Freizeitgestaltung vor allem der jungen

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Jetzt geht es um die Wurst. Oder besser gesagt um einen wichtigen tierischen Kulturträger. Es geht ums Schwein. Hat es bei uns noch eine kulinarische Zukunft?“ Mein Chef, der Bürgermeister, las gerade den Brandbrief einer Elterninitiative, die ihn aufforderte zu erklären, ob auch unsere Stadt dem Caterer der städtischen Kindertagesstätten und Schulen verbieten würde, Schweinefleisch anzubieten. Geschähe dies aus Rücksicht auf die muslimischen Schüler, wäre eine solche Anweisung ein Anschlag auf unsere abendländische Kultur.

Was die besorgten Bürger, die sich als Eltern ausgaben, nicht wussten: Die Stadt beschäftigt keinen Caterer, sondern das Essen für die Müttagverpflegung wird in der Krankenhausküche gekocht – frisch, ausgewogen, mit Bio-Zutaten aus der Region und nach einem ausgefuchsten



aussagt, auf welchem Planeten manche Menschen wohnen. Überhaupt drängt sich manchmal der Eindruck auf, als würden die höchsten Ansprüche an das Schulleben von denjenigen kommen, die daheim ihrem Scheißerchen aus Zeitmangel regelmäßig ein übersalzenes, aus Analogkäse, Pressfleisch und Geschmackverstärkern bestehendes Fertiggericht vorsetzen.

Und jetzt also auch noch das Schwein. Hand aufs Herz, ich kann jede Verwaltung verstehen, die unter dem Ansturm all dieser Ansprüche diesen tierischen Stein des Anstoßes vermeiden will. Muslime dürfen es nicht essen und andere wollen es aus ernährungsphysiologischen Gründen nicht auf den Tellern ihrer Kinder haben. Dabei ist das Hausschwein einer der treuesten Begleiter des Menschen auf dem Weg in die Zivilisation. Es diente schon unseren frühesten Vorfahren, die in Mittelasien und dem Nahen Osten sesshaft wurden als Nahrung, wie archaische Funde beweisen. Ohne den genügsamen Allesfresser hätte es um die Proteinversorgung unserer Vorfahren um einiges schlechter ausgesehen. Darum sind vom bayerischen Schweinsbraten, dem preußischen Eisbein, dem dänischen Flæskesteg bis hin zum japanischen Chashu überall da Gerichte mit Schwein besonders populär, wo die klimatischen Lebensbedingungen früher eher hart waren. Noch heute ist die Schweinezucht ein Rückgrat der Landwirtschaft bei uns.

Schwein haben - oder lieber nicht?

Wocheplan. Denn lieber den berühmten Sack Flöhe hüten, als einen Speiseplan für Schulen oder Kindergärten aufzustellen. Ginge es nach den Endverzehrem würde ein wechselndes Angebot aus Pommes, Schranke (d.h. rot/weiß mit Ketchup und Mayonnaise), Burger und Pasta mit Sauce reichen. Ab und zu vielleicht Fischstäbchen aus delphinfreundlichem Fang und Pizza an Tagen mit Mathe-Klassenarbeiten – zum Trösten. Aber die Eltern haben da mehr als differenzierte Ansichten.

Natürlich muss es neben einem Gericht mit Fleisch auch etwas Vegetarisches geben, besser noch vegan. Rücksicht zu nehmen ist auf die Glutenintoleranz vieler Kinder sowie darauf, dass zu viel Zucker, Salz, Fruktose und was weiß der Himmel noch auch schädlich ist. Käse ja, aber nur in der Magerstufe, Margarine oder Olivenöl statt Butter ist selbstverständlich. Fisch geht auch, aber nur die Sorten, die laut Greenpeace nicht überfisch sind und natürlich um Gottes Willen nicht aus Aquakulturen. Garnelen gehen auch gar nicht, weil deren Zucht die Gewässer vor Indien versalzt. Wobei allein schon die Unterstellung, man könnte ein Schullehrer sein, das ja aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit nur ein paar Euro dreißig kosten darf, mit Garnelen anreichern, viel darüber

mittelbaren Nachbarschaft wohnenden Flüchtlinge. Flori organisiert Möbel, Teppiche und alles zum Leben Notwendige für die Unterkünfte, aber auch Kleidung und Spielzeug. Sie sorgt für Sprachkurse an der Volkshochschule durch ehrenamtliche Lehrer und vermittelt Sportmöglichkeiten wie Fußball oder Tischtennis in den Vereinen. Auch bei Ämter- und Arztbesuchen steht sie hilfebereit zur Seite. Für bereits anerkannte Flüchtlinge kümmert sich die Preisträgerin um Arbeitsstellen und Wohnungen. DK

Jahresempfang der CSU in Markt Bibart:

„Wir brauchen Solidarität in Europa!“

Markt Bibart. „Das Elend der Welt kann Deutschland nicht alleine lösen“, so Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, beim Jahresempfang der CSU in Markt Bibart. Angesichts der nicht nachlassenden Flüchtlingsbewegung forderte Schmidt die Weltgemeinschaft dazu auf, endlich die getroffenen diesbezüglichen Vereinbarungen einzuhalten. „Und wir brauchen auch in Europa Solidarität, weil wir das Problem nur gemeinsam lösen können.“

Ganz im Gegensatz zur mangelnden europäischen Zusammenarbeit und der verpassten frühzeitigen Vorbereitung auf zu erwartende Flüchtlinge sei in Bayern „aktives Handeln angesagt“, meinte CSU-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter Hans Herold. „Allein im Haushaltsjahr 2016 sind 5.500 neue staatliche Stellen zur Bewältigung der Herausforderungen vom Ankommen der Flüchtlinge bis hin zur Bildung und Integration vorgesehen“. Kein an-

deres Land könne mit derartigen Leistungen aufwarten.

Reduzierung der Auflagen

Für Landrat Helmut Weiß sind die im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim untergebrachten 1.500 Flüchtlinge die derzeit größte Herausforderung. „Wir helfen, fördern und unterstützen wo wir nur können. Aber unsere Werteordnung muss akzeptiert werden, sonst kann die Integration nicht gelingen“. Er-

ster Bürgermeister Klaus Nölpl berichtete von etwa 70 Asylbewerbern in der 2.000-Einwohner-Gemeinde Markt Bibart und forderte im Zusammenhang mit der notwendigen Schaffung von Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge eine deutliche Reduzierung staatlicher Auflagen, welche oft „die schnelle und preisgünstige Sanierung gemeindeeigener Gebäude verhindern“. Denn während Alleinstehende gerne in Großstädten untergebracht würden, „sehen Familien durchaus auch gute Perspektiven in ländlichen Regionen“.

Gute Zusammenarbeit

Unter dem Motto „Die kommunale Familie Hand in Hand mit Bund und Land“ lobte Landrat Weiß die gute Zusammenarbeit der politischen Ebenen vor allem bei der Bewältigung der Herausforderungen durch die demografische und technologische Entwicklung. Mit Christian Schmidt zeigte er sich darin einig, dass der schon von Franz Josef Strauß beschriebene „Rohstoff Geist“ weiter gefördert werden müsse. „Ich bin stolz darauf und Staatsminister Dr. Markus Söder für seine Unterstützung dankbar, dass sich alle 38 Gemeinden und Städte des Landkreises in der Breitbandförderung befinden können“, so der Landrat. „Das wird sich als gravierender Standortvorteil beweisen, von welchem alle profitieren“.

CSU-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter Hans Herold war davon überzeugt, dass der Landkreis insgesamt über eine sehr hohe Lebensqualität verfüge. pm

the sabriul

Generallandesanwältin Heidrun Piwernetz wird Regierungspräsidentin von Oberfranken

Die Leiterin der Landes-anwaltschaft Bayern, Generallandesanwältin Heidrun Piwernetz, wird neue Regierungspräsidentin von Oberfranken. Das beschloss das Kabinett in seiner jüngsten Sitzung. Sie wird bereits am 1. März 2016 die Dienstgeschäfte des scheidenden Regierungspräsidenten von Oberfranken Wilhelm Wenning übernehmen. Piwernetz verfügt über umfangreiche Erfahrungen in der Bayerischen Verwaltung. Sie war unter anderem bereits Regierungsvizepräsidentin von Unterfranken und von Oberbayern sowie Leiterin der Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union in Brüssel und Leiterin der Vertretung des Freistaates Bayern beim Bund in Berlin. □

Dorf-Verschönerungs-Wettbewerb:

Gemeinsam zum Erfolg

Unter dem Motto „Gemeinsam zum Erfolg“ veranstaltete die Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten (SDL) ein Seminar, um oberbayerische und schwäbische Gemeinden und Dörfer zur Teilnahme am Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft - unser Dorf soll schöner werden“, zu motivieren.

Hat ein Wettbewerb überhaupt noch Sinn, diese Frage beantwortete der Scheidegger Bürgermeister Ulrich Pfanner, Vorsitzender des Schwäbischen Bezirksverbandes für Gartenbau und Landschaftspflege, eindeutig mit ja. „Sich mit anderen zu messen und zu vergleichen hilft den eigenen Standort zu finden“, so Ulrich Pfanner. Dabei geht es nicht nur um Verschönerungen im Dorf, sondern um die Gestaltung von zukunftsfähigen Strukturen mit bürgerschaftlichem Engagement.

Neben Informationen zum Inhalt und Ablauf des Wettbewerbes sowie zur Aufgabe der Bewertungskommission, wurde vor

allem auf Erfahrungsaustausch Wert gelegt. Unter den 50 Teilnehmern (aus Egau, Rögling, Wemding, Ketershausen, Stöttwan, Ottobeuern, Illertissen und Egling a.d.Paar) waren Fachleute, interessierte Bürger und Kommunalpolitiker. Im Seminar konnten Vorbehalte und Ängste vor Begehrlichkeiten abgebaut werden.

Aktives Dorf

Gemeinden, die am Wettbewerb teilnehmen, haben einen großen Nutzen. Die Dorfbewohner werden aktiv und setzen sich engagiert mit ihrem eigenen Le-

bensraum auseinander. Nicht das Museums-Dorf ist gefragt, sondern das Dorf mit aktiver Bürgerschaft und Zukunftsorientierung, erklärte Josef Stocker, Kreisfachberater Landkreis Günzburg. Anni Eschenbach vom Gartenbauverein Kissendorf, Gemeinde Bibtal, Lkr. Günzburg, stellte begeistert viele Projekte vor. In Kissendorf ist es gelungen die Jugend einzubinden und nachhaltige Strukturen zu schaffen. „Es war ein Wettbewerb für das Miteinander“, resümierte Frau Anni Eschenbach.

Potenziale ausschöpfen

Neben den sichtbaren Verbesserungen im Dorfbild lernt man durch die Teilnahme am Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ sein Dorf neu kennen, resümierte SDL Geschäftsführerin Gerlinde Augustin. Wir konnten unsere Teilnehmer motivieren und Rüstzeug sowie wertvolle Tipps mitgeben. Egal wie wir abschneiden, wir werden am Wettbewerb teilnehmen, äußerte sich spontan ein schwäbischer Bürgermeister. Darüber freute sich Gerlinde Augustin, „wir werden die Gemeinden durch maßgeschneiderte Seminarangebote unterstützen“. Es geht um das „sichtbare Dorf“,

aber auch um das „Unsichtbare“ wie die Kultur, das Soziale und die Gemeinschaft. „Das gemeinsame Vorbereiten, Präsentieren, Mitfeiern und Feiern war für das ganze Dorf ein unvergessliches Erlebnis.“

Auch die wertvollen Hinweise durch die Kommission seien nicht zu unterschätzen, denn diese Beratung ist kostenlos und qualifiziert, erklärte Maria Theresia Fugger von Glött, Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Personen mit Identifikationskraft gesucht

Spannend war auch der Erfahrungsbericht von Karl Fleschhut, Erster Bürgermeister von Wolfertschwenden, Lkr. Unterallgäu. Der Ortsteil Niederdorf wurde 2011 im Bezirksentscheid mit der Silbermedaille ausgezeichnet. Fleschhut konnte den Teilnehmern jede Menge wertvolle Tipps auch zur Präsentation geben. Der Wettbewerb ist das größte Bürgerbeteiligungsmodell und eine gewaltige Vitaminbombe für die Dörfer, so Karl Fleschhut. Bürger und Kommunalpolitiker entwickeln gemeinsam Strategien und Ehrgeiz für eine nachhaltige Zukunftsentwicklung. Sein Fazit „Die Teilnahmen am Wettbewerb bringt kein Geld, manchmal eine Auszeichnung, er ist aber immer ein „Gewinn für das Dorf und die Gemeinschaft“.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt als **Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH eine Einladung zum 1. Bayerischen Infrastruktur-Forum bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.**



Hermann-Oberth-Museum in Feucht eröffnet Astronauten-Sonderschau

Feucht – Deutschland, eine Raumfahrernation? In einer Sonderschau stellt das Hermann-Oberth-Museum bis Ende April die bislang elf deutschen Astronauten im Pfingzschloss vor. Bei der Eröffnung mit dabei: Einer der elf Pioniere. „Helden. Unsere Elf im All“ ist die Sonderschau betitelt. Allen deutschen Astronauten ist im Erdgeschoss eine Vitrine und eine Infotafel gewidmet. Ganz persönliche Erinnerungen liegen für die Besucher aus. So etwa Originalteile der Raumanzüge wie etwa Patches, also bestickte Stoffstücke. Genau so eins hatte auch Prof. Dr. Ulrich Walter, selbst einer der elf deutschen Astronauten und Museumspräsident, neben zahlreichen unterschriebenen Fotos als Geschenk an das Museum zur Eröffnung der Sonderschau mitgebracht. Er erzählte den Gästen bei der Eröffnung aus seinem Leben als Raumfahrer.

Bild: Kappes

Vorschau auf GZ 5

In unserer Ausgabe Nr. 5, die am 10. März 2016 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge · Dienstfahrzeuge
- Stadtereinigung
- Kommunale Museen
- Handwerkliche Dienstleistungen
- Ausstattung kommunaler Gebäude

LIEFERANTEN - **GZ** - NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com



Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST GmbH
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten, Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsamm-
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der BAYERISCHEN Gemeindezeitung
www.gemeindezeitung.de

- im Einzelabo für 81,43 € und
 - ab 10 Zeitungen im Sammelabo für
 - 28,89 € (Lieferung an eine Adresse) oder
 - 40,93 € (Lieferung mit Einzelversand)
- Auf Wunsch jeweils als Kombination print/ePaper

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910

Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbekbau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Kindergarteneinrichtungen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Komfortlüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung

LTM **LTM GmbH**
Eberhardtstr. 60 | 89073 Ulm
Tel. 0731 - 40 98 67 - 0
info@ltm-ulm.de
www.ltm-ulm.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne-Unimog GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.bassewitz.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Für Ihre Lüftungsanlagen: Multifunktionale Wärme- / Kälterückgewinnungstechnik

Die multifunktionale Rückgewinnungstechnik von SEW® reduziert die Heiz-, Kälte- und Rückkühlleistungen und in Folge:

- ⇒ kleinere Heizkessel
- ⇒ kleinere Kältemaschine
- ⇒ Wegfall von Rückkühlwerken

Damit bezahlt sich die SEW®-Energieeinsparungstechnik bereits von selbst und Energie wird auf Jahrzehnte eingespart!

Fordern Sie unsere kostenlose Werksberatung an oder besichtigen Sie eine Musteranlage in Ihrer Nähe: Tel.: 02152/91560

SEW® GmbH
47906 Kempen
info@sew-kempen.de
www.sew-kempen.de seit 1983

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen 05326 / 502-0

Wartehallen
38685 Langelsheim | www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Anmeldung

(Bitte beachten Sie, dass die Teilnehmerzahl begrenzt werden muss)

Fax: 08171/930722 • www.bayerisches-infrastrukturforum.de
eMail: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Ja, ich nehme am 10.03.2016 am 1. Bayerischen InfrastrukturForum teil.
Eintritt kostenlos für kommunale Entscheider und Behördenvertreter.
Registrierung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Name

Funktion/Behörde/Abteilung/Kd.Nr.

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel.

eMail

Organisatorisches

Veranstaltungsort: Bayerischer Bauindustrieverband e.V.
Oberanger 32, 80331 München

Termin: 10. März 2016, 10.00 Uhr - 17.00 Uhr

Aktueller Stand über Vorträge und Aussteller:
www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Veranstalter: Bayerische GemeindeZeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Geretsried

So erreichen Sie das 3. Bayerische InfrastrukturForum:
ÖPNV: U-Bahnhaltestelle Sendlinger Tor; ca. 400 m Fußweg
PKW: Parkhaus Oberanger 27 (gegenüber)
www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Tagungsbeitrag: Für Teilnehmer aus den Bayerischen Kommunen ist nach vorheriger Registrierung die Teilnahme am 1. Bayerischen InfrastrukturForum kostenfrei.
Für Wirtschaftsvertreter beträgt der Tagungsbeitrag 95 €; Mitgliedern des Bayerischen Bauindustrieverbands sowie Abonnenten der Bayerischen GemeindeZeitung berechnen wir einen reduzierten Tagungsbeitrag von 55 € pro Person.

Verköstigung: Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Anmeldungen:

Bayerische GemeindeZeitung • Breslauer Weg 44 • 82538 Geretsried,
Telefon: 08171/9 30 7-11 • Telefax: 08171/9 30 7-22
www.bayerisches-infrastrukturforum.de
eMail: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Unsere Partner und Aussteller



BAYERISCHE
GemeindeZeitung



1. BAYERISCHES INFRASTRUKTUR FORUM

Donnerstag, 10. März 2016, 10.00 Uhr
in den Räumen des
Bayerischen Bauindustrieverbands e.V.
Oberanger 32, 80331 München
www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Liebe Gäste
der Bayerischen GemeindeZeitung!

Die Qualität des Lebens in einer Kommune wird bestimmt durch ihre Infrastruktur. Ob die Menschen in einer Stadt, einer Gemeinde, einem Landkreis glücklich und zufrieden - oder gar stolz auf ihre Region - sein können, hängt wesentlich ab von günstigen Rahmenbedingungen im Bereich Wohnen, Kommunikation, Mobilität und Verkehr, Energie- und Leitungsinfrastruktur, Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, Bildung, Kultur sowie Sport- und Freizeitangebot.

Für Effizienz und Nachhaltigkeit harter und weicher Standortfaktoren tragen die (kommunal-)politischen Entscheidungsträger große Verantwortung.

In der guten Tradition hochkarätiger Tagungen lädt die Bayerische GemeindeZeitung in Partnerschaft mit dem Bayerischen Bauindustrieverband und den kommunalen Spitzenverbänden zum 1. Bayerischen InfrastrukturForum.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!



Theresa von Hassel
Leiterin Veranstaltungsmanagement

Vortragsprogramm

Bitte entnehmen Sie die aktuelle Vortrags- und Zeitplanung unserer Website www.bayerisches-infrastrukturforum.de

10:00

Begrüßung

Theresa von Hassel

Bayerische GemeindeZeitung

Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer

Bayerischer Bauindustrieverband e.V.

10:20

Energiewende ist Infrastruktur - Infrastruktur verändert die Landschaft

Detlef Fischer, Geschäftsführer

Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
- VBEW

11:10

KfW Förderprogramme für Kommunen

Sylvia Bischoff-Salim, Key Account Managerin
Infrastrukturfinanzierung, KfW Bankengruppe

Der Generalplaner am Kunden und am Projekt

Stephan Weber, Vorstand, COPLAN AG

11:50

Assetklasse Infrastruktur / Erneuerbare Energien: Bedeutung, Umsetzung und Perspektiven aus Sicht der VKB für die Kommunen

Georg Distler, Leiter Finanzierung Infrastruktur,
Versicherungskammer Bayern

Nachhaltigkeit in der kommunalen Infrastruktur

Dr.-Ing. Werner Weigl, Vorstand
Bayerische Ingenieurekammer-Bau

12:30

Schneller Wohnraum – Flüchtlingsunterkünfte in Holzbauweise

RA Alexander Habla, Hauptgeschäftsführer
Landesinnungsverband des Bayerischen
Zimmererhandwerkwerks

Mobilität in der Metropolregion München: Wichtige Basis für die Entwicklung der Region und den Infrastrukturausbau. Und umgekehrt.

Wolfgang Wittmann, Geschäftsführer
Europäische Metropolregion München e.V.

Mittagspause

13:30

Schnell bezahlbaren Wohnraum schaffen

Dr. Josef Wallner

Bayerisches Bauindustrieverband e.V.

Erfahrungen mit Hackschnitzel-Heizwerken und deren Wärmenetzen

Dipl.-Ing. Bertram Kölsch

BayWa Energie Dienstleistungen GmbH

14:15

Beitritt der Bayerischen GemeindeZeitung zur Bayerischen Klimaallianz

Ulrike Scharf, MdL, Bayerische Staatsministerin
für Umwelt- und Verbraucherschutz/Verbraucherschutz

15:00

Digitale Infrastruktur für Bayern

MDirig Dr.-Ing. Rainer Bauer, Leiter der Abt. VII
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat

Finanzierung von Flüchtlingsunterkünften

Wolfgang Schmidt, BayernLabo

15:45

IFAT - Weltleitmesse für kommunale und städtische Infrastruktur

Stefan Rummel, Geschäftsführer Messe München GmbH

Flexible und wirtschaftliche Gas- und Wärmeversorgungen jenseits von Erdgas-Netzen

Arndt Bertleff,

Vertriebsleiter Produkt- und Key Account Management
Tycza Totalgaz GmbH

16:30

Aktuelle Perspektiven des Flughafens München und der Region

Dr. Michael Kerkloh, Vorsitzender der Geschäftsführung
Flughafen München GmbH

Frühzeitiger Dialog und Bürgerbeteiligung als Erfolgsfaktoren für Infrastrukturprojekte

Fabian Böttger, Project Manager
Hendricks & Schwartz GmbH

Unsere Partner

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat • Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz • Bayerischer Städtetag • Bayerischer Gemeindetag • Bayerischer Landkreistag • Bayerischer Bauindustrieverband e.V. • COPLAN AG • Bayerische Ingenieurekammer-Bau • BayernLabo • BayWa Energiedienstleistungs GmbH • Dr.-Ing. Pecher und Partner Ingenieurgesellschaft • Europäische Metropolregion München e.V. • Flughafen München GmbH • gabo Systemtechnik GmbH • Gec-co / fokus Mensch • Hendricks & Schwartz • Kominfo - geoinform Softwarevertrieb AG • Landesinnungsverband des Bayerischen Zimmererhandwerks • Langmatz GmbH • LfA Förderbank Bayern • Messe München GmbH • Muth KG • Rödl & Partner GbR • Romold GmbH • TV Bayern Live • Tycza Totalgaz GmbH • VBEW - Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. - VBEW • Versicherungskammer Bayern